

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Dritteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgepaltenen Kolonellen
oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gesellschaftliche Redaktionen
und Veranlassungen-Anzeigen, sowie
Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate für die
nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochentagen
bis 7 Uhr abends, an Sonn-
und Festtagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Freitag, den 3. Februar 1899.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Zum Post-Etat.

Der erste Post-Etat, für dessen Aufstellung der neue
Staatssekretär, Herr v. Bobbielski, die Verantwortung trägt,
gelangt heute vor den Reichstag.

Die Postfinanzen stehen gut. Aber nicht des „neuen
Herrn“ Verdienst ist es, wenn der Post-Etat den normalen
Durchschnitt weit übersteigende Einnahmen und dementsprechend
höhere Ueberschüsse aufweist. Herr v. Bobbielski schöpft aus
dem wirtschaftlichen Aufstiege. Zweifelhaft ist aber, ob ihm
für die Verrückung seiner Anschauungen über die staats-
bürgerlichen Rechte der unteren Beamten,
sowie für seine sonstigen Reformideen ein ebenso ungetheiltes
Lob gezollt werden wird.

Wenn Herr v. Bobadovsky vor nicht langer Zeit das
Wort von den „größten Rechtsgarantien“ prägte, die das
deutsche Volk besitzen sollte, so hat Herr v. Bobbielski sich
breit, durch sein Vorgehen gegen die Fachpresse und den
Verband der Unterbeamten sowie gegen mißliebige Angestellte
des Postassistenten-Verbandes dieser schönen Theorie eine gar
rauhe Praxis entgegen zu stellen. Seine Maßregeln sind be-
kannt. Schärfer noch als sein Vorgänger griff er zu. Und
er wußte, daß er sich das erlauben konnte. Handelte es sich
unter Stephan um eine Beamtenklasse, die auf eine gewisse
gesellschaftliche Stellung Anspruch machte und infolge dessen
die Sympathie der linksstehenden bürgerlichen Parteien
genießt, so kommt jetzt zwar eine zahlreichere, aber
eine Beamtengruppe in Frage, die die unterste
Schicht in der Beamtenhierarchie bildet, aus der
arbeitenden Klasse hervorgeht und durch den tagtäglichen
Verkehr mit dieser für die Aufnahme „staatsfeindlicher Ideen“
besonders empfänglich erscheint. Handelt es sich nun auch
nur um völlig lokale Bestrebungen, richtet sich der Kampf
Bobbielski's auch gegen ein Blatt, das seinen patriotischen
Rummel ohne demüthvolle Verbergung vorübergehen läßt, so
ist das Verhalten der bürgerlichen oppositionellen Presse, be-
sonders der des Zentrums, zu diesen Unterdrückungs-Prak-
tiken doch ein sehr laues. Führende Organe der Zentrums-
partei, so z. B. die „Königliche Volkszeitung“, haben an der
inszenierten Hege gegen das Unterbeamten-Fachblatt tapfer
theilgenommen. Ob die Zentrums-Fraktion im Reichstage
das wieder gut machen wird, was ihre Organe ver-
schuldet, ob sie Herrn von Bobbielski ebenso energisch
zum Rückzuge nöthigen wird, wie wenigstens in der ersten
Zeit, gelegentlich der Assistentenverfolgungen, bleib
abzuwarten.

Es ist wahr: eine breite Strömung im Postbeamtenthum
erwartete von einem General an der Spitze der Verwaltung
eine größere Förderung der Beamten-Interessen als von
einem Fachmann. Für das Stephan'sche Regiment kann es
keine schärfere Beurtheilung geben, als diese Thatfache. Aber
wir glauben, diese Illusion hat sich gar schnell verflüchtigt.
„Mein Vater hat Euch mit Peitschen gezüchtigt, ich aber werde
Euch mit Skorpionen züchtigen“ — dies Bibelwort soll in den
letzten Monaten von den unteren Beamten sehr häufig
variirt worden sein. Das heißt, kaum hörbar. Denn zu
einem männlichen Protest gegen die Haltung des Staats-
sekretärs hat sich kein einziges Beamten-Fachblatt aufraffen
können. Selbst die unabhängigen Organe der Postbeamten,
die die Sache in erster Linie angeht, stecken den Kopf in
den Sand.

Man darf es nicht wagen, offen gegen die Unter-
drückungspolitik der höheren Behörde zu rebelliren, selbst
auf die Gefahr hin, daß die murrenden und grollenden Unter-
beamten immer mehr an der Hüfte ihrer Fachorgane ver-
zweifeln und sich anderen Fürsprechern zuwenden.

Im Uebrigen weiß der Etat manche Vorschläge auf,
die eine Abschlagszahlung auf unsere seit Jahren vor-
gebrachten Forderungen zu betrachten sind. Die jetzt zugestandene
Gleichstellung der nach dem 1. April 1895 angestellten Unter-
beamten mit den vor diesem Zeitpunkt angestellten, was für
erster eine Aufbesserung ihres Anfangsgehalts von 800 M.
auf 900 M. bedeutet, und die Erhöhung des Reisgehalts der
Landbriefträger von 900 M. auf 1000 M. ist auf unsere all-
jährlich wiederholten Anträge zurückzuführen; die geplante
Ausdehnung der Unterbeamten-Kaufbahn auf solche Stellen,
deren Inhaber bisher zum Beamtenthum im engeren Sinne
zählten, wurde bereits 1894 von unserem Redner gefordert;
damals von Herrn Dr. Fischer zurückgewiesen, findet der Plan
heute bessere Würdigung.

Aber diese Reform hat auch ihre Schattenseite. Man
will auch bei dieser Gelegenheit den Bureaokratismus und
den oberbehördlichen Einfluß stärken. Nicht wird die Zulage,
die den in Beamtenstellen verwendeten Unterbeamten zu theil
wird, in fester Form gegeben, etwa in der Form einer Er-
höhung des Anfangsgehalts dieser Klasse, sondern ihre Höhe
schwankt zwischen 100—200 M. — durchschnittlich 200 M. —,
und die Einreichung der Unterbeamten erfolgt nicht unter be-
stimmten Bedingungen, sondern ist dem Belieben der Vor-
gesetzten überlassen. Daß „gute Gesinnung“ hierbei den Aus-
schlag geben wird, ist kaum zu bezweifeln.

Jahrtausend, ja, ja, wird auf Schärfe gegen das System
der Gratifikationen und Bewilligungen nach freiem Belieben
gekämpft. Und obgleich auch die schon vorhandenen Stellen-
zulagen, die den Beamten für besonders schwierige oder ver-
antwortliche Arbeit zu theil werden sollen, die bei der Ge-
währung der Unterstützungsgelder gemachten üblen Er-

fahrungen durchaus bestätigen, giebt man durch Bereitstellung
einer abermaligen Million dem Gutdünken der Behörde einen
weiteren Spielraum und macht gleichzeitig den Untergebenen
noch abhängiger.

Rechnlich bedenklich steht es mit den Absichten der Re-
gierung bezüglich der Wohnungsverhältnisse der
Beamten. Auch hier hat die Reform einen recht unangenehmen
Beigeschmack. 1897 hat der Reichstag die Regierung auf-
gefordert, den Wohnungsgeldzuschuß (Lokalzuschlag) der Be-
amten von den im Militärwesen angelegten Servisverhältnissen zu
trennen, und Herr v. Bobadovsky versprach auch, eingehende
Erhebungen über das Wohnungsbedürfniß des Personals
zu veranstalten und event. eine Reform in die Wege zu
leiten. Statt aber die Säge einer längst not-
wendigen Revision zu unterziehen und einen Zustand
zu beseitigen, unter dem gerade die hunderttausende
von Unterbeamten am allerschwersten leiden, beabsichtigt jetzt
die Regierung, Thuerungszulagen einzuführen. Da
diese sich aber nicht auf alle Orte erstrecken und noch nicht
einmal die Sicherheit gegeben wird, daß alle Unterbeamte
desselben Ortes in den Genuß der Zulagen gesetzt werden, so
ist auch diese Maßregel nur eine Halbheit. Eine anderweitige
Normirung der Säge, so meint die Regierung, würde große
Rehraufwendungen erheischen. Somit scheint die vor zwei
Jahren vom Reichstag geforderte Reform auf lange Zeit
hinaus begraben zu sein.

Auch die Einstellung von 750 000 M. für „Herabminderung
des Leistungsmaßes der Unterbeamten im Ortdienste“ be-
trachten wir als ein Jugendsündchen an unsere Zeit Jahren vor-
gebrachten Klagen über zu große Belastung der Unterbeamten.
Aber was wollen zu diesem Zwecke 7/8 Millionen Mark sagen!
Ein Herabminderung ist bei allen Unterbeamten, auch den
Landbriefträgern nöthig. Ist doch kein einziger Unterbeamter
weniger als 70 Stunden wöchentlich im Dienste! 52—54 Stunden
bei den größeren Postämtern I. Klasse, also in größeren Städten,
und 60 Stunden in den übrigen Orten, wie es für die
Beamten jetzt bereits vorgeesehen ist, ist auch für die Unter-
beamten das wenigste, was gefordert werden muß. Aber
bezüglich dieser Beamtenklasse gilt noch heute, was das Reichs-
Postamt 1874 als Leitmotiv aufstellte, und noch 1885 aus-
drücklich als seinen Grundsatz betonte, daß es oben „einen
günstigen Eindruck über die dienlichen
Fähigkeiten“ der Vorgesetzten begründen würde, wenn
„sie veruchten und im stande wären, mit
wenigen Kräften umfangreiche Geschäfte zu bewältigen!“

Vom Völkerverkriege.

Herr v. Köller geht wieder, unter den Segenswünschen der
sogenannten Gesamtregierung an die Arbeit. Es wird wieder
flott ausgewiesen, der Oberpräsident denkt bereits an den Jubiläums-
Fadenzug der 5000. Ausweisung.

Der Hofbesitzer V. J. Krogh erhielt den Befehl, aus allen
dänischen Vereinen auszutreten, widrigenfalls sein — Hirte an-
gewiesen werde. Die Landräthe rufen nicht nur Gottes Hilfe gegen
die Dänen auf, sie fühlen sich selbst als Nachgötter. Ein Landrath
v. Nistrich hielt z. B. eine Ansprache, in der, wie vermuthen
unter Donner und Blitzen, er also sprach:

„Wollt Ihr nicht den Frieden, laßt Ihr Euch noch fernerhin
von den Dählern aufreizen, dann sollt Ihr mich kennen
lernen. Denn bei Gott, ich trete nicht von dem einmal ein-
geschlagenen Weg zurück, bevor ich Frieden geschaffen habe.
Noch eine Versammlung, in welcher gegen uns gehetzt wird,
und Ihr sollt mich kennen lernen von einer ganz anderen
Seite.“

Wenn so zu Rekruten gesprochen wird, dann mag das allenfalls
hingehen. Daß ein Verwaltungsbeamter in diesem Tone zu sprechen
wagt, zeigt, daß die Ausweisungspolitik tief in dem Wesen unserer
Verwaltung wurzelt. Deutschtum und Junkerthum sind scharfe
Gegensätze, und wo das Junkerthum sich annahmt, das Deutschtum
zu vertreten, da geriebt selbst der Deutsche oft genug in Harnisch;
nichts selbstverständlicher, als daß da der Fremde das Deutschtum
haßt oder verachtet. Es ist geradezu ein Zeichen kultureller Ueber-
legenheit der Fremden, wenn sie gegenüber einem derartigen
Ansprüche des Junkerthums deutschfeindlich werden. Und wenn
wir sie billigen, so würde das nur heißen, unseren Niedergang
bekennen. Es giebt nur eine fruchtbarere Germanisierungspolitik,
und die besteht darin, den Todfeind des wahren deutschen Wesens, den
Junkergeist, auszurotten.

Die lange Liste der neuen Ausweisungen, die meist Ruedte und
Dienstnächden enthält, ist ein weiterer Deutstein, der ewig an die
Zeiten erinnern wird, da man uns um die Achtung der Welt brachte.
Wenn nun unsere Helfersbester der Köllerei die Schuld auf die
dänische Agitation schieben, so ist das nichts als eine halt-
lose Ausrede. Gerade über diese Frage der dänischen Agitation
erhalten wir vom dänisch-deutschen „Kriegs-Konflikt“ eine
Zuschrift, die wir dem Finanzminister des preussischen
Chancensindnis zur Kenntniß empfehlen:

Die vielen offiziellen Erklärungen und Behauptungen, zu denen
die Ausweisungen in Nordschleswig den Anlaß gegeben haben, lassen
nur wenig Wahrheitsliebe erkennen. Man hat den Ludwig gesucht,
laut und erregt von einer in der jüngsten Zeit besonders
frechen dänischen Agitation zu reden; eine solche läßt sich
jedoch garnicht nachweisen. Was vorliegt, ist nur so viel, daß die
Wahlen in 1898 eine bedeutende Zunahme der dänischen Stimmen
zeigten. Die Wahlfreiheit ist aber ja doch ein Recht der preussischen
Staatsbürger und deutschen Reichsunterthanen. Die dänischen Nord-
schleswiger hängen ihrer Muttersprache mit ebenso großer Treue an,
wie die Deutschen und geben deshalb solchen Männern ihre Stimme,
die dahin wirken wollen, daß die Muttersprache nicht geteubelt und
ausgerottet wird.

Bei der Eroberung des Herzogthums Schleswig wurde die
dänische eingeborene Bevölkerung des nördlichen Theils durchaus
nicht nach ihrer Meinung befragt; man bestreite sie ohne weiteres
und erzählte ihr, daß sie nun preussisch und reichsdeutsch sei und
schönen Tagen entgegenstehe! Sowie sie sich aber die durch die
preussischen und deutschen Gesetze verbürgte Freiheit zu nütze machte,
soh es arg aus — das waren dänische Umtriebe im deutschen Lande.
Es ist ein in Deutschland sehr weit verbreiteter Aberglaube, daß das
Dänenthum während des Zeitraums 1851—1863 in Schleswig ein-
geschmuggelt sei; im Laufe von 12 Jahren sollte das Dänenthum
also die deutsche Sprache und deutschen Sitten bis ganz nach Angeln
verdrängt haben. Danach müßte das Dänenthum weit lebenskräftiger
sein als das Deutschtum, dem in 34 Jahren nur geringe Fortschritte
in Nordschleswig gelungen sind!

So gering und so weich wie Wachs ist das Deutschtum indes
nicht. Die Erklärung liegt in der geschichtlichen
Wahrheit, daß Schleswig ursprünglich ein durch-
aus dänisches Land war, in welches das Deuth von Süden her
langsam einbrang und sich eigentlich erst während des zweiten
Viertels dieses Jahrhunderts in der südlichen Hälfte einbürgerte.
Was jetzt in Nordschleswig vorgeht, ist kein Versuch, eine abtrünnige
deutsche Bevölkerung „wieder zu belehren“, sondern der geistige
und materielle Vertilgungskrieg einer anderen Nationalität
wider die angekommene Bevölkerung des Landes.

Und da wüthet eine ganze Schaar ziviler, militärer und nicht
zum wenigsten geistlicher Beamten gegen diese Bevölkerung, die ihre
Herkunft und Sprache nicht verlernen will.

Dänische Privatschulen sind seit langem verboten, ebenfalls
hänslischer Privatunterricht in der dänischen Sprache; in den Schulen
wird die Muttersprache nicht gelehrt und schicken die Eltern ihre
Kinder nach Beendigung des gesetzlichen Schulunterrichts auf
Schulen in Dänemark, so entzieht man ihnen das Elternrecht über
die Kinder und giebt diesen deutsche Vormünder oder Kuratoren;
hat doch ein solcher Zwangsvormund oder Kurator eines jungen
Mädchens sogar die Forderung gestellt, die Mutter, eine Wittve,
müßte ihr Geschick mit dem Kinde theilen, was dem Wunsch und
Willen der beiden durchaus widersprach.

Amisvorsände, Komitteesvorsände, Schullehrer und selbst-
verständlich Gendarmen stecken die Nase in Alles, was die Leute
vorhaben und geben einander Bericht hierüber. Die Obrigkeit läßt
sich's angelegen sein, dänisch geklammerten Leuten ihre Dienstboten zu
entziehen, die ausgewiesen werden, wenn sie sich auch so still wie
Mäuschen verhalten und nichts verbrochen haben. In der jüngsten
Zeit hat man in einigen Fällen ein „milderes“ Verfahren angewandt,
indem man die Dienstboten im Lande bleiben ließ, wenn sie bei dem
Gemeindevorstand oder einem seiner Freunde in Dienst traten.

Zur Humanität gehört vor allen Dingen, daß man sich völlig
in die Lage des Widerstehers zu versetzen vermag. Es giebt an
Dänen im Ganzen ca. 2 1/2 Millionen Menschen, von denen ungefähr
der zehnte Theil Preußen und Deutschland einverleibt ist. Die Anzahl
der Deutschen beträgt ungefähr 50 Millionen. Ist es nun nicht
leicht erklärlich, daß die Dänen nicht recht die Nothwendigkeit erkliden
können, welche das große Deutschland zwingen sollte, diese not-
gedrungenen Untertanen zwangweise zu germanisiren? Allerdings,
sagt man, das Land ist mit deutschem Blut — übrigens auch mit
kroatischem — erungen. Es ist ja auch mit Blut, mit dänischem,
vertheilt worden und wohl mehr mit dänischem, als mit deutschem
Blute geränkt —

Was den Dänen ebenfalls schwer begreiflich scheint, ist folgendes:
Wie kann es der Wahrheit entsprechen, daß Preußen, während es
den seiner Gewalt unterstehenden zehnten Theil aller Dänen zu
zerbröckeln droht, zugleich versichert, es wünsche den Dänen kein Leid
zugufügen.

Andererseits giebt es vielleicht Dinge, die den Deutschen schwer
erklärlich vorkommen. Im Königreich Dänemark mit seinen
2 1/2 Millionen Menschen werden der Errichtung deutscher Schulen
und deutscher Kurse, sowie deutschen Privatunterrichts durch-
aus keine Hindernisse bereitet, darin herrscht völlige Freiheit.
Ja in der Mitte der Hauptstadt Kopenhagen überr die deutsche
Gemeinde augenblicklich einen großen Komplex von Schulgebäuden
für Knaben und Mädchen auf, ohne daß dies in irgend einem Dänen
ängstliches Bedenken erwecke. Man geht dahin, sieht sich den Bau
an, und fragt sich, ob dies nun auch schöne und interessante Gebäude
werden. Sollte aber ein Lehrer der dänischen Sprache das Wagniß
unternehmen, sich in Nordschleswig einzufinden, oder sollte auch
nur ein Mann den lähnen Versuch anstellen, den Kindern seines Nachbarn
ein wenig Unterricht in der Muttersprache zu geben, so findet Herr
v. Köller nicht mehr die erforderliche Ruhe und Ordnung im Lande,
Minister und Geheimräthe halten Zusammenkünfte und erwägen,
wie diese hochverrätherische Bevölkerung sich am besten maßregeln
lasse. Und zuguterletzt verlangt die Mehrheit des preussischen
Abgeordnetenhauses, daß zur Verhinderung dieser staatsauflösenden
Agitation“ echt deutsche, zweckbewußte Mittel ergriffen werden!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 2. Februar.

Die Scharfmacher und die Flaumacher.

Herr Boffe will, so wurde mitgetheilt, unseren Partei-
genossen Arons delbrücken, d. h. er will ihn maßregeln, wenn
er ihm „Erzesse“ in der Kritik von Staatsbeirichtungen oder
Regierungsmahnahmen nachweisen kann.

Dies Verfahren des Herrn Boffe findet keine Gnade vor
dem Organ des Freiherrn v. Stumm. Für die „Post“ ist
Herr Boffe allerdings ein Minister des Geistes, der Geistes-
freiheit. Die „Post“ wird fast von Mitleid für Herrn
Delbrück befallen, weil Herr Boffe den Arons ihm gleich,
nämlich gleich schlecht, behandeln will. Die „Post“ wünscht,
daß Arons noch schlechter behandelt werde. Ihn, dem
Sozialdemokraten, brauchen nicht erst besondere Beweise
formeller Verfehlung erbracht werden, damit er reif werde,
auf dem Scheiterhaufen deutscher Geistesfreiheit verbrannt zu
werden. Er ist als Sozialdemokrat der Verdammniß
werth und unwerth, an einer deutschen Hochschule die Gesetze
der Physik zu lehren.

Ein ander Bild. Als die Kunde kam von dem Disziplinarverfahren gegen Professor Delbrück, da dachten einige vertrauensselige Gemüther: Nun wird sich die Solidarität des Professorenthums zeigen, es werden sich Universitätslehrer finden, die dem freien Wort ein freies Wort reden werden. Und jetzt kommt die Kunde, daß wirklich die Häupter der Berliner Universität zusammengesessen sind und über den „Fall des Kollegen Delbrück“ berathen haben. Die „Hilfe“ erzählt uns darüber:

„Die obersten Häupter der Berliner Universität haben eine Besprechung gehabt und dabei beschlossen, nichts für Delbrück zu thun, obwohl sie sich dem Eindruck nicht verschließen, daß eine Verwarnung Delbrücks auf die geistige Freiheit aller Professoren ungünstig wirken müsse. Der Buchstabe tödtet, der Geist macht lebendig. Nach dem Buchstaben läßt sich gegen die Disziplinaruntersuchung gegen Delbrück nichts sagen, so lange die Disziplinarordnung besteht. Gegen diese müßte vorgegangen werden. Das aber ist ausichtslos.“

Eine wunderbare, eine unübertreffliche Selbstcharakteristik. Weil die erleuchteten Häupter der Berliner Universität nicht die von ihnen so hoch geachtete geistige Freiheit völlig uneingeschränkt erhalten können, darum lassen sie den „ungünstigen Wirkungen auf die geistige Freiheit aller Professoren“ freien Lauf. Weil sie nicht die Disziplinarordnung beseitigen können, darum lassen sie widerstandslos Delbrück mahregeln. Weil sie das Ideal der Gedankenfreiheit nicht haben können, darum lassen sie jede Unterdrückung jeder noch so milden Kritik entsagungsvoll gewähren.

Kein Wunder, daß dieses flau winselnde Gelehrtenhum den Stumm'schen Scharfmachern den Kamm schwillen macht! —

Deutschland und die Philippinen.

Mehrfach ist namentlich von Amerika aus die Befürchtung ausgesprochen worden, daß Deutschland den Nordamerikanern bei Annexion der Philippinen Schwierigkeiten bereiten würde oder gar selbst Anspruch auf die Philippinen-Inseln erhebe. Der deutsche Vorkämpfer in den Vereinigten Staaten, v. Holleben, hat aber dieser Ansicht entschieden widersprochen und hat die Veröffentlichung seiner Meinungsäußerung veranlaßt. Er sagte u. A.:

„Was die amerikanische Expansionsfrage anbelangt, so kann ich nur sagen, daß Deutschland jedenfalls nicht in Angelegenheiten sich mischt, die ausschließlich Amerika angehen; hat dieses doch keinen Widerspruch gegen unsere Befragung von Kiautschou erhoben; warum sollten wir der amerikanischen Befragung der Philippinen widersprechen? Wir haben in den Philippinen keinerlei größeres Interesse, als Amerika in China hat. Seitdem Amerika, obwohl man es hierzu zu drängen suchte, nicht gegen unseren Eintritt in seinen Handelsbereich in China protestierte, können wir nur seinem Beispiel folgen und uns einer Kritik seiner Akte in den asiatischen Gewässern enthalten. Wir haben auf den Philippinen nur kommerzielle Interessen und sind vollständig befriedigt, wenn Amerika alle unsere Rechte in dieser Hinsicht garantiren will. Deutschland hatte auch nicht einen Augenblick die Absicht, von Territorien auf den Philippinen Besitz zu ergreifen.“

Wenn die deutsche Regierung durch die That die Ausführungen ihres amerikanischen Vorkämpfers bestätigt, so kann das deutsche Publikum mit dieser Haltung wohl zufrieden sein. Schlimm genug, daß die Nordamerikaner — ihrer demokratischen Vergangenheit zum Troz — es nicht weit von sich weisen, einem Volke gegen dessen Willen sein Selbstbestimmungsrecht zu rauben. —

Der Staatsanwalt als Friedensapostel.

Nicht vom preussischen, sondern vom österreichischen Justizminister stammt die geniale Idee, die Staatsanwälte zu benutzen, auf die „Widerung und Ausgleichung der Gegensätze“, wie sie durch den politischen Kampf entstehen, hinzuwirken. In seiner ministeriellen Bescheidenheit hatte er — ganz nach preussisch-deutschem Muster — seine sinnreiche Neuerung nicht aller Welt kund gethan, sondern hat sie in einem „Geheim-erlaß“ gekleidet, nur den funkelnelneuen Friedensaposteln mitgetheilt.

Der Geheimerlaß, der am 24. November vorigen Jahres gegeben ist, wird erst jetzt bekannt. Er empfiehlt den Staatsanwälten zweierlei:

Erstens die Konfliktation aller Ursachen, in denen zum Vorkommen gegen bestimmte Klassen der Gesellschaft „aufgereizt“ wird, und zweitens die Verfolgung aller Redner, die zu einem solchen Vorkommnis mündlich aufordern. So offen sagt das der Herr Justizminister allerdings nicht; nichts Anderes aber ist der Inhalt dieses Erlasses, der, wie die Wiener „Arb.-Ztg.“ dazu bemerkt, zu den unerhörtesten Dingen gehört, die je in Oesterreich verübt worden sind. Der Erlaß beginnt mit einer Jeremiade, daß der politische Kampf über die Vertretungskörper hinaus in das wirtschaftliche und soziale Leben einbringe, und deshalb trete an die Staatsanwältschaften die Pflicht heran, nichts zu veräumen, „was zur Widerung und Ausgleichung der Gegensätze führen und normale, friedliche Verhältnisse anbahnen könnte.“

Um die Staatsanwälte für ihr ungewohntes Amt als Friedensstifter auch gehörig vorzubereiten, macht sie der Justizminister darauf aufmerksam, daß sich an der Spitze solcher Bewegungen oft Personen der „sogenannten Intelligenz“ befinden, was aber ihren Blick für die Gesetzwidrigkeit eines solchen Kampfes nicht trüben dürfe. Aber der Herr Justizminister thut noch ein Weiteres. In der Annahme, daß die Staatsanwälte ihre neue Aufgabe allein nicht gut werden durchführen können, richtet er seinen Erlaß auch an die Obergerichte und durch diese an sämtliche Gerichtshöfe erster Instanz.

Diese „Ausgleichung der Gegensätze“ erinnert ganz an die Weise, wie man im wilden Westen Amerika's Gegensätze — dem Arizona-Kider zufolge — ausgleichen soll. Man erwürgt oder erschießt die Personen, die sich „im Gegensatz“ befinden. Dann ist Alles ausgeglichen.

In diesem Geheimerlaß wird die schon bestehende Geheimtendenz der Hüter des Rechts, als rechtsfeindlicher Klassenkämpfer einmal deutlich ausgesprochen.

Welch' Verfall der kulturellen Sittlichkeit in — Oesterreich! —

Es wird fortgeschwindelt. Man telegraphirt aus Petersburg d. d. 2. Februar:

Das „Journal de St. Pétersbourg“ führt in einer Besprechung der Artikel, welche anlässlich des Communiqués der russischen Regierung zur Frage der Beschränkung der Rüstungen in der ausländischen Presse erschienen sind, aus: Die in dem Communiqué vom 30. Dezember (11. Januar) angegebenen Thesen bilden noch nicht das definitive Programm der Regierung, und es wird daher von den Mächten abhängen, die Punkte zu beseitigen, welche sie für unzulässig halten, und andere einzusetzen, welche ihnen eine genügende Grundlage für eine nähere Erörterung zu bieten scheinen. Die über diese speziellen Fälle in der öffentlichen Meinung bisher

geäußerten Erörterungen werden ohne Zweifel ein werthvolles Element bilden, aus dem die große Sache der Humanität, welche dem Gegenstand der Verhandlungen der Konferenz bilden wird, Vortheil ziehen kann.

Den besten Kommentar zum russischen Abrüstungsschwund bilden zwei Nachrichten: die eine aus Europa, daß der bulgarische Minister Stollow hat abtreten müssen, weil er das Land nicht den Russen überliefern wollte und daß er Gefahr lief, gleich Stambulow durch russische Soldaten ermordet zu werden. Und die andere Nachricht aus Asien, daß der Kaiser von China, der, weil den Engländern freundlich gesinnt, durch einen russischen Staatsstreich von der Regierung entfernt ward, so schwer erkrankt ist, daß jeden Tag sein Tod erwartet wird. So rüftet „Väterchen“ ab. —

Deutsches Reich.

„Aber die Inschrift — die Inschrift.“

Die Nichtbestätigung Kirchner's treibt recht wunderbare Blüthen. Durch die liberale Presse geht folgende Notiz:

Dem Bürgermeister Kirchner wird seitens der Kommunalbehörden beabsichtigt, bis zum Amtsantritt des Oberbürgermeisters für die Dauer der Vertretung des Letzteren eine besondere monatliche Remuneration von 1000 M. zuzuschicken.

In der Stadtverordneten-Versammlung wird ein solcher Antrag schwerlich günstig aufgenommen werden, da dieselbe doch eine für die städtische Selbstverwaltung überaus wichtige Frage nicht zu einer Einmündung für den Bürgermeister Kirchner herabwürdigen lassen wird. —

Die Militärlast.

In seiner soeben erschienenen „Wirtschafts- und Handelspolitischen Rundschau“ berechnet R. E. May auch die Militärlast in den zivilisirten Staaten. Für Deutschland ergibt sich dabei folgendes Resultat:

In Deutschland beträgt schon heute die Militärlast 21 M. auf den Kopf der Bevölkerung. Und da auf einen Durchschnittshaushalt 4.646 Köpfe entfallen, so zahlt das deutsche Familienhaupt durchschnittlich heute schon 97 1/2 M. zu den Militärlasten. Von den deutschen Staatsausgaben (ausschließlich der Provinzial- und Kommunallasten) in Höhe von 472 Millionen werden nur 347, also nur 7 pCt., durch direkte Steuern aufgebracht, die zu einem Theil wieder auf die Wassen abgewälzt werden, die keine Einkommensteuer zahlen. Aber dies Abwälzen ganz unberücksichtigt gelassen, berechnet sich, daß die Staatserfordernisse und die Militärlasten, die in Deutschland rund den vierten Theil derselben ausmachen, zum größten Theil von der nicht zur Einkommensteuer herangezogenen Bevölkerung, der Bevölkerung unter 900 M. Einkommen, aufgebracht werden. Da ist es natürlich von großer Bedeutung, ob die Militärlasten 100, oder wie im nächsten Jahr wahrscheinlich 110 M. für die Haushaltung ausmachen. Die deutschen Staatsausgaben betragen (ausschließlich Kommunal- und Provinziallasten) bereits 17 1/2 pCt. des gesammten Volkseinkommens und da die Mehrerfordernisse nicht durch Mehreinkünfte gedeckt werden können, so nimmt das Anleihe-aufnehmen kein Ende.

Sommer wieder werden wir selbst und unsere Nachkommen mit den Jinsen der Summen bedrückt, die wir selber aufzubringen uns außer Stande sehen. Während des Vierzehnjahrs hundert 1870 bis 1895 haben die Staatsschulden Europas sich um zwei Drittel erhöht, diejenigen Anhalts, Oesterreichs, Italiens und der anderen europäischen Staaten mit Ausschluß von Deutschland, England und Frankreich haben sich ebenfalls gerade um zwei Drittel erhöht. In derselben Zeit haben sich die Staatsschulden Frankreichs aber fast verdreifacht, während Deutschland einen neuen Rekord geschaffen hat, da seine Staatsschulden sich verdreifacht haben und zwar von 2000 Millionen in 1870 auf 12.000 Millionen in 1895. In derselben Zeit haben sich die englischen Staatsschulden um 8 pCt., diejenigen der Vereinigten Staaten um 13 pCt. vermindert. Dieser Gegenstand, sagt May, redet eine deutsche Sprache, man möchte sagen eine Militärsprache. —

Bismarck als Geschäftsmann.

Wenn Bismarck nicht als preussischer Junker, sondern als schlichtes Bürgerkind auf die Welt gekommen wäre, so hätte er es zwar nicht zu einem Kanzler, aber doch zu dem Besizer einer Brei- hofefabrik nach Art des „Berliner Lokal-Anzeiger“ bringen können.

Die „Kreuz-Zeitung“ veröffentlicht drei Briefe, die Bismarck im Jahre 1848 an das damals gegründete Junferorgan schrieb, dem er ja ein fleißiger Mitarbeiter war. Der erste Brief zeigt, daß er die Sache verstand.

Ein Vorwurf, den ich dem Blatte mache, und der seiner Verbreitung auf dem Lande hinderlich wird, ist, daß es zu wenig Annoncen giebt. In der ländlichen Einsamkeit ist es ein Bedürfnis, solche zu lesen, die Frauen besonders können nicht ohne sie existiren, und zuletzt beruht auch das selbständige Bestehen eines Blattes wesentlich mit auf den Insertionsgebühren. Neue Blätter pflegen sich sonst damit zu helfen, daß sie die Annoncen der bestehenden mit abdrucken, und so vermöge des Adressen allmählig in die Wirklichkeit eines bedeutenden Intelligenzblattes überzutreten, indem sich die Insertionen dahin wenden, wo sie dem Anschein nach Geschäften und Leuten finden. Die Verlobungs-, Geburts- und Sterbe-Annoncen müßten m. E. jedenfalls vollständig in Ihre Listen aus der Spener-Vossischen übergehen, wenn auch ohne die Epithelen. Sie glauben nicht, wie viele Frauen auch in dieser Zeit lediglich nach diesen Annoncen in die Zeitung sehen, und wenn sie sie nicht finden, ihrem Mann das Blatt verbieten. Eine ausgedehnte Liste der angekommenen Fremden, am Schluß mehr Handels- und Vorkontrollberichte, auch nach Art der Zeitungshalle eine Eisenbahn-tabelle, ist vielen Lesern ein Grund, ein Blatt zu halten. Klappen gehört zum Handwerk.“

Das hätte August Scherl auch nicht besser auseinanderlegen können.

Der dritte Brief zeigt, daß Bismarck schon 1848 die Politik als ein Geschäft auffaßte, bei dem man möglichst zu profitieren suchen muß:

„In jedem Blatt Ihrer Zeitung suche ich, sobald ich es enthalte, nach Artikeln, welche die Frage der Grundsteuer und der Rentablösung behandeln, und jedesmal suche ich zu meinem Schummer vergebens. Dem größten Theil der Leser wird gewiß eine gründlichere Beleuchtung dieser Fragen, die bisher in der Zeitung kaum anders als oberflächlich berührt worden sind, wichtiger sein als die zerbrochenen Scheiben sämtlicher Minister-hoteis, oder alle mystores der rothen Republik.“

Es handelt sich in diesen Fragen nicht nur buchstäblich um die Existenz eines großen Theils der konservativen Partei, sondern darum, ob der König und die Regierung, am Scheidewege stehend, sich der Revolution in die Arme werfen, sie für permanent erklären und auf das soziale Gebiet überzutragen wollen, oder ob sie den Weg Nechtens, so gut es sich thun läßt, gehen wollen, ob sie den Weg Nechtens den Krieg erklären, oder nicht.

Eine Vereinfachung der Privilegien des Besitzes, insonderheit des Grundbesitzes, war hier Bismarck — Revolution. Und er eignet sich in seiner damaligen Geldklemme das Argument seines reaktionären Herzbruders Gerlach an:

„Gerlach sagte neulich sehr gut: es ist ein Kriterium des Adels, daß er dem Lande unsonst dient; um das zu können, muß er aber ein eigenes Vermögen haben, von dem er leben kann, sonst geht die Sache absolut nicht. Daher müssen wir schon so materiell sein, unsere materiellen Interessen zu vertheidigen.“

Bismarck hat nun freilich das Kriterium des Adels nicht erfüllt: er hat dem Lande nicht unsonst gedient. Die Veranschlagung aber hat er durch die That berührt: der Adel muß Vermögen haben.

Nebrigens dürften auch die anderen Klassen der Bevölkerung es als ein wünschenswerthes Kriterium ihres Standes ansehen, dem Lande unsonst zu dienen, unter der Voraussetzung, daß ihnen das Land das nötige Kleingeld giebt.

Das Unsonstbienen des Adels ist für das Volk sehr kostspielig geworden, zumal nachdem es Bismarck ermöglicht war, seine theoretische Geschäftsphilosophie von 1848 praktisch zu verwirklichen. —

Herr Tirpitz. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ hatte letzter Tage die Neuerung des Staatssekretärs der Marine betreffend die Wahlbeeinflussungen auf der Danziger Werft in einer Weise besprochen, daß man glauben mußte, die Hinterzimmer des Blattes seien nicht einverstanden mit den Worten und Anschauungen des Herrn Tirpitz in dieser Angelegenheit. Heute leistet die „Norddeutsche“ ein wenig Abhilfe, ihre Neuerung sei nicht gegen den Staatssekretär des Reichsmarineministers gerichtet gewesen.

Man weiß aber, daß jene Neuerung des Herrn Tirpitz dem maßgebendsten Manne der Reichsregierung, dem Freiherrn v. Stumm, nicht gefallen habe. Dies ist das Defizit, was einem heutigen Minister bleiben will, postum kann. —

Graf Altkoosström hat in der Montagssitzung des Reichstages behauptet, sein Gegenkandidat, Braun-Remel, habe in einem gegen ihn eingeleiteten Disziplinar-Verfahren erklärt, er sei königstreu. Um seinen Jertum auskommen zu lassen, so schreibt die Königsberger „Volkstribüne“, theilen wir mit, daß im Kreise Friedland-Gerdauen-Rastenburg, wo Graf Altkoosström gewählt ist, Gutsbesitzer Braun-Remel kandidirt. Ob und unter welchen Umständen derselbe die ihm nachgesagte Erklärung abgegeben hat, wissen wir nicht. Genosse Braun-Rostberg, der in Remel kandidirt, hat mit der Sache gar nichts zu thun. —

Der Entwurf des Invalidenversicherungs-Gesetzes ist, wie bürgerliche Blätter hervorheben, zu stande gekommen, ohne daß die Vorstände der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalten gehört worden sind. Das müßte als sehr bedauerlich bezeichnet werden, da gerade diese Anstalten die größte Sachkunde besitzen. Die Vorstände der Versicherungsanstalten treten nimmere am 6. Februar in Eisenach zu einer Konferenz zusammen, um zu dem Besize Stellung zu nehmen.

Man scheint im Reichsamt des Innern bei Ausarbeitung von Gesetzentwürfen die sachverständigen Leute konsequent fernzuhalten. Von dem Invalidenversicherungs-Entwurf, der dem vorigen Reichstag vorlag, war nicht einmal dem Präsidenten des Reichsversicherungsamts, Herrn Bödiker, Kenntniß gegeben worden. Ob der jetzige Präsident dieser Anstalt, Herr Gaebele, glücklicher gewesen und für würdig befunden worden ist, bei Ausarbeitung des diesmaligen Entwurfes mit zu rathen und zu thaten, wissen wir nicht. —

Beim besten Willen, so gesteht die „Kreuz-Zeitung“, vermag sie nicht zu erkennen, wo beim „Vorwärts“ die Satire anfange. Wir möchten der Kollegin verrathen, daß derartige Unterstellungen nicht mit dem Willen, sondern in einem noch werthvolleren Departement des menschlichen Bewußtseins erledigt werden. Allerdings scheint dieses Gebiet in dem Junferblatt gegenwärtig brach zu liegen. Darum wittert die „Kreuz-Zeitung“ auch in einem jeden Spottlied des „Wahren Jakob“ die Janfare einer blu — blu — blutigen Revolution, und darum verlockt sie die Wendung „Pfaff, 's ist aus“, einen Vorstoß gegen unsere Programmforderung „Religion ist Privatangelegenheit“ zu konstatiren. Sie vermag aber beim besten Willen nicht zu erkennen, daß Religion und Pfaffenhum eher einen Gegensatz als ein Gleiches bedeutet, und ihr allerbestes Wille reicht nicht aus, zu begreifen, daß die Existenz des Pfaffenhum „eben der Grund ist, warum wir es überhaupt noch nötig haben, statt des Staatskirchentums die Religion — wir Feinde des Besitzes! — zum Privateigentum zu machen.“

Eigenartige Agitation. Die „Soziale Praxis“, das Organ der Herren v. Verleppsch, Dr. v. Rottenburg, Köfide und Genossen wird in dem Ammonitenheft von Comar's „Jahrbuch für Rational-Defonomie“ unter anderem mit den Worten empfohlen: „Sie ist völlig unabhängig in ihrer gesammten Stellung und wird von den Gesinnungsgenossen aus allen politischen Parteien unterstützt. Dieser Angabe gemäß figurirt unter den aufgeführten Namen der Mitarbeiter auch ein Angehöriger der sozialdemokratischen Partei, der noch als Reichstags-Abgeordneter aufgeführt wird, obgleich wir leider den Wahlkreis, den er vertritt, in der letzten Wahl verloren. Man darf wohl annehmen, daß der Name des betreffenden Parteigenossen als „Gesinnungsgenosse“ der oben genannten Herren und einer Reihe anderer Persönlichkeiten, wie z. B. des Fabrikanten Fritsch, Prof. Schmolzer, Geh. Regierungsrath v. Jager u. s. w. aufgeführt wird. Es liegt im Interesse der Partei, seine Zweckbestimmungen auskommen zu lassen.“

Die Heberleitung des bestehenden ehelichen Güterrechts in den Rechtszustand des bürgerlichen Gesetzbuches für die jetzt bestehenden und bis 1900 zu schließenden Ehen ist wesentlich der Gegenstand des Entwurfs des preussischen Einführungsgegesetzes zum bürgerlichen Gesetzbuch. Der Entwurf hat es unterzogen, die große Mehrzahl der bestehenden Ehen unmittelbar derart den güterrechtlichen Vorschriften des bürgerlichen Gesetzbuches zu unterwerfen, daß mit dessen Inkrafttreten an die Stelle der bis dahin maßgebenden Vorschriften die auf den entsprechenden Güterstand des neuen Rechts bezüglichen Bestimmungen treten. Der Güterstand bleibt hiernach in seinem Wesen unverändert; für eine Ehe mit Verwaltungsgemeinschaft besteht auch künftig Verwaltungsgemeinschaft, für eine Ehe mit allgemeiner Gütergemeinschaft auch künftig allgemeine Gütergemeinschaft und so fort. Nur die Einzelheiten der rechtlichen Ausgestaltung werden von der Aenderung berührt. In das Rechtsverhältnis nach der Auflösung der Ehe durch den Tod eines der Ehegatten einzugreifen, wird thätlich vermieden; doch wird dem überlebenden Gatten bei der gesetzlichen Erbfolge die Wahl eingeräumt, ob er lieber nach dem alten oder nach dem neuen Rechte erben will. —

Die Frage der Stellvertreterkosten für den zum Landtags- und Reichstags-Abgeordneten gewählten Professor Pauli-Eberswalde ist vorläufig erledigt worden. Der Regierungspräsident hat den Magistrat angewiesen, die von den städtischen Körperschaften abgetheilten Vertretungskosten in den städtischen Etat einzustellen. Der Magistrat ist in diesem beim Ober-Verwaltungsgericht wegen Aufhebung gedachter Verfügung des Regierungspräsidenten klagbar geworden. —

Die Waarenhandsteuer ist auch in Hamburg abgelehnt worden. Die Hamburger „Bürgerzeitung“ entschied sich in ihrer Sitzung vom 1. Februar gegen die Umsatzsteuer.

Der Annuhmetarif für Eis in vollen Wagenladungen, der auch im vergangenen Jahre in Geltung war, ist vom 1. Februar dieses Jahres ab bis zum Jahresabschluß wieder in Kraft gesetzt worden. —

Und Ostpreußen. (Fig. Ver.) Lebhaftige Beunruhigung hat bei den Kleinbauern der Kreise Ristit und Odenburg eine Petition aus der „Heugegend“ des Kreises Niederung hervorgerufen, in der ein Schutzgoll für den gefordert wird. Die kleinen Besitzer der genannten Kreise, arme Teufel, die auf sandigen, wenig ertragreichem Boden sitzen, müssen aus Mangel an ziemlich bedeutenden Mengen Getreide, dessen sie zur Viehhaltung bedürfen, holen. Dieses Getreide wird zu sehr teurem Preise eingekauft. Die schwer reichen großen Viehbesitzer der Niederung, deren landwirtschaftliche Thätigkeit zum Theil darin besteht, Viehwald einzuziehen und zu verzehren, und die auf bestem Boden sitzen, wollen nur durch Einführung eines Schutzzolles noch höhere Preise erzielen. Die Petition ist von dem Führer der konservativen Reichsanwalt Meier eingebracht. Die Bauerfreundlichkeit der Konservativen wird dadurch trefflich illustriert.

Zur stillen Qualität unserer Reaktionen. Der fromme „Reichsbote“ enthält folgende Notiz: Es geht von einem früheren Offizier, der am 18. März 1848 auf dem Schloßplatz stand, folgender Brief mit der Bitte um Ab-

druck zu, der auch die sittliche Qualität der März-
gefallenen illustriert. Er lautet:

Die Majorität der Stadtverordneten Berlins empfindet viel
Umsicht darüber, daß den am 18. März 1848 auf den Barricaden
gefallenen Soldaten — wie sie sie nennen — kein Denkmal gesetzt
werde. Schreiber dieses stand am 18. März 1848 auf dem Schloß-
platz mit seiner Batterie. Friedrich Wilhelm IV., welcher sein Volk
so lieb hatte, wie es nur ein gottesfürchtiger König haben kann,
hatte befohlen, daß auch die Gefallenen und Verwundeten vom Jübiläum
in das königliche Schloß gebracht werden sollten. Hier war für
ärztliche Pflege und körperliche Erquickung Fürsorge getroffen.
Die Batterie hatte schon etwa 24 Stunden auf dem Schloßplatz
gestanden. Prinz Hohenlohe und ich holten nach Mitternacht aus
dem Marschallamt Breitenstraße Futter für die Pferde. Es ruhten
mit den Wagen die tiefen Minnefeine, deren Belag vom Bau von
Barricaden verwendet war, überprüngen werden. Vor- und nach-
her bin ich mit Mannschaften in die königliche Küche gegangen,
um Verpflegungs-Objekte daraus zu holen. Und jedes Mal ging
ich auch in denjenigen Saal, worin Gefallene und Verwundete
vom Jübiläum lagen.

Niemals habe ich in meinem Leben einen penetranteren
Geruch gehabt, als darin. Alle waren betrunken gewesen
oder noch betrunken. Die Freiheitskämpfer hielten sich für zu
gut, auf die Barricaden zu gehen, es war kein
Robert Blum darunter.

Es waren von der Artillerie nur zwei Schiffe gefallen, einer
am Oranienburger Thor, einer in der Breitenstraße. Trotzdem
der Aufstand, nach allen Seiten hin, mit wenigen Mitteln nieder-
geschlagen war, befahl Sr. Majestät, daß die Truppen aus
Berlin zögen. Niemals ist Offizieren und denkenden Soldaten
der Gehorsam so schwer geworden.

Dies die Notiz. Die „sittliche Qualität“ ist im Spektakel.
Wir wissen nicht, wer der L. H. ist. Wenn er wirklich lebt und nicht
blos freie Erfindung des „Reichsbote“, so ist der angebliche „frühere
Offizier“ entweder ein unverschämter Lügner oder ein Alkoholist
mit Wahnsinnseigenheiten. In dem „Bericht“ ist so ziemlich Alles er-
logen. Vor Allem ist erlogen, daß die Armee am 18./19. März ge-
stiegen habe. Sie war auf Hauptgeschlagen. Und ebenso
erlogen ist die Betrunketheit der Barricadenkämpfer. Von Ver-
trunkenen und gar sinnlos Betrunkenen ist die preussische Garde
nie bestet worden. Das wäre ja eine Schande ohne Gleichen — für
die preussische Garde.

Was soll man aber von der „sittlichen Qualität“ und
von der geistigen Qualität einer Redaktion sagen, die solche
Lügen, solche idiotischen Lügen in Umlauf setzt? —

Der Kaiser dankt.

Der Kaiser veröffentlicht im „Reichs-Anzeiger“ die folgende
Dankagung:

Gefühle innigsten Dankes für Gottes gnädige Fügung erfüllen
mich an meinem diesjährigen Geburtstage, wenn ich den Blick rück-
wärts lenke auf die hinter mir liegenden vier Jahrzehnte meines
Lebens und das erste Jahrzehnt meiner Regierung. Sind mir im
Wechsel der Zeiten auch tief schmerzliche Ereignisse und
Erfahrungen nicht erspart geblieben, so habe ich doch in
meinem Hause und in meinem Herrscherberufe Gottes Güte in
reichem Maße erfahren. Eine besondere Gnade war mir im letzten
Jahre dadurch beschieden, daß der sehnliche Wunsch meiner Jugend
durch den Besuch der heiligen Stätten, wo der Herr und
Heiland der Welt gewandelt und sein Erlösungswerk vollbracht hat,
erfüllt wurde und ich zugleich zur Förderung des deutschen Aufsehens
in jenen fernem Landen beitragen durfte, in denen viele unserer
Landsleute als Träger deutscher Kultur und christlicher Nächstenliebe
dem deutschen Namen Ehre machen. Die herzliche Anteilnahme an
dem glücklichen Verlaufe meiner Palästinafahrt ist mir auch
in den überaus zahlreichen Rundgedichten entgegengetreten, durch
welche mir beim Eintritt in ein neues Lebensjahr warme Glück-
und Segenswünsche aus allen Kreisen der Bevölkerung
schriftlich und telegraphisch zum Ausdruck gebracht worden
sind. In den Grenzen des Vaterlandes wie in fernem Ländern
und Erdtheilen, wo deutsche Patrioten weilen, haben festliche Ver-
einigungen und Veranstaltungen aller Art Zeugnis von dem Ver-
trauen der engen Zusammengehörigkeit von Fürst
und Volk abgelegt. Hochbeglückt danke ich allen Theilnehmern
aufrichtig für diese Aeußerungen treuer Liebe und Anhänglichkeit.
Sie bestärken mich in dem Bestreben, meine volle Kraft auch ferner
für das Wohl und die Größe des Vaterlandes einzusetzen und ihm
die Grundlage seiner gedeihlichen Weiterentwicklung, den Frieden,
mit Gottes Hilfe zu erhalten.

Ob die tief schmerzlichen Ereignisse und Erfahrungen, an denen
der Kaiser sprich, privater oder politischer Natur, vermögen wo die
Zerfleischenden nicht zu entscheiden. —

Diebespräntien.

Unter dieser Epithete hat der „Vorwärts“ einen Artikel ge-
bracht, der nach Ansicht der „Atheinisch-Westfälischen Zeitung“ wieder
einmal ein Zeugnis dafür gäbe, wie es der Sozialdemokratie einzig
und allein darum zu thun sei, Unfriede in die Arbeiterkreise zu
tragen, ganz unbekümmert darum, daß ihre Gebreden der Wahrheit
und Vernunft geradezu ins Gesicht schlägen. Die „Atheinisch-West-
fälische Zeitung“ ärgert sich der Reihe nach über verschiedene unserer
Angaben, kann aber nicht umhin, alle unsere Ausführungen in der
Hauptfrage als berechtigt anzuerkennen. Schon die Ueberschrift
„Diebespräntien“ gefällt dem Unternehmungsblatt nicht. Sie wolle den
Eindruck erwecken, als ob der westfälische Bergwerksbesitzer
mit dem § 19 seiner Arbeitsordnung den Diebstahl geradezu
herausfordere, während sich jedes Kind sagen müsse,
daß gerade umgekehrt der Anreiz zum Verbrechen in's Unangenehme
gesteigert würde, wenn der Arbeiter sich sagen dürfte: ich bekomme
unter allen Umständen meinen Lohn auch ohne Lohnbuch ausgezahlt.
Die „Atheinisch-Westfälische Zeitung“ verdröh die Sache. In § 19
der bezüglichen Arbeitsordnung wird bestimmt, daß der Lohn einfach
denjenigen ausbezahlt werde, der das Lohnbuch vorweist. Diese
Bestimmung wurde in die Arbeitsordnung aufgenommen, weil die
Zechenverwaltungen wußten, daß sie andernfalls verpflichtet wären,
den Arbeitelohn dem Arbeiter auszahlen zu müssen, der materiell
zur Empfangnahme berechtigt ist. Es konnte der Fall eintreten, daß
ohne § 19 die Zechenverwaltung den Lohn zweimal auszuzahlen
hätte, zunächst an den, der das Lohnbuch vorzeigt, sodann aber, nach-
dem sich herausgestellt hätte, daß das Lohnbuch gestohlen war, an
den wirklich zum Lohnempfang berechtigten Arbeiter. Wenn nun,
um diese doppelte Zahlung zu vermeiden, die Zechenverwaltungen
den § 19 in ihre Arbeitsordnung aufnehmen, so erklären sie doch
damit rundweg: Wir zahlen den Lohn ohne weiteres an den, der
das Lohnbuch bringt, mag er nur dasselbe gestohlen haben oder
nicht. Wir kümmern uns gar nicht weiter darum, ob der wirklich
zum Lohn berechtigten Arbeiter seinen Verdienst erhält, oder ob er
aber um ihn getrennt wird. Und dieses Verfahren, diese Begünstigung
des Diebstahls, das für die Zechenverwaltung jede weitere Kontrolle
überflüssig macht, dieses unbedenkliche Auszahlen an jeden
Ueberbringer des Lohnbuches bringt es mit sich, daß man von
Diebespräntien sprechen kann. Doch die „Atheinisch-Westfälische
Zeitung“ und verschiedene Zechen sehr genau empfinden, daß der § 19
der Arbeitsordnung eine Verachtlichung der Arbeiter ist, geht
aus dem Schlußsatz hervor, mit dem die „Atheinisch-Westfälische
Zeitung“ ihre Kritik unseres Artikels abschließt. Sie schreibt:
„Uebrigens ist bisher nach den uns gewordenen Mittheilungen von
zuverlässiger Seite in vielen Fällen, zumal wenn den Verstoßenen
keine grobe Nachlässigkeit traf, Ersatz des Verlustes seitens der Zechen
gewährt werden.“ Hier hat das böse Gewissen geschlagen! Nicht
der Arbeiter, sondern die Zechenverwaltung hat dafür zu sorgen,
daß der zum Lohnempfang Berechtigte auch den Lohn wirklich
erhält. Und gegen diese Selbstverständlichkeit verstößt der § 19 der
Arbeitsordnung.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Zu der Reichsraths-Vertagung gehen der „Voss. Ztg.“ aus
Wien folgende Informationen zu: Die deutsche Fortschritts-
partei theilte über ihre heutige Versprechung folgendes mit:
Uebereinstimmung wurde die Ansicht ausgesprochen, daß die Ver-
tagung des Reichsraths zu dem Zwecke erfolgt ist, um mit Hilfe des
§ 14 die Regierung des Staates führen zu können, was eine Verletzung
der Verfassung darstellen würde. Die Ueberführung der Vertagung
nach den beiden letzten Abgeordnetenhaus-Sitzungen zeige die vollstän-
dige Rathlosigkeit der Regierung und beweise ihre Energielosigkeit und
Schwäche. Die freie deutsche Vereinigung beschloß die
Führung mit andern deutschen Oppositionsparteien auch während
der Vertagung aufrecht zu halten und erklärte, daß der Abschluß
des ungarischen Ausgleiches mit dem § 14 ungesetzlich und
für die österreichische Wirtschaft äußerst schädlich wäre. Die
„N. Fr. Pr.“ berichtet, die Vertagung des Reichsraths hänge
mit der Oekonomie des Ausgleiches zusammen. Die öster-
reichische Regierung rechne auf das Zustandekommen eines Kom-
promisses in Ungarn. Die Regierung wolle den Reichsrath nicht
vor dem Herbst wieder einberufen. Die Delegationen sollen erst im
November tagen, weshalb der Reichsrath die Delegationswahlen erst
zum Herbst vorzunehmen brauche. Gegen Ende Februar beabsichtige
Sraf Thun die Landtage einzuberufen und wenn möglich eine
Ausgleichsaktion in Böhmen und Mähren zu betreiben. Falls es
ungelungen sollte, in Mähren die bereits eingeleitete Ausgleichsaktion
herbeizuführen, dann wolle die Regierung nach diesem Vorbilde
auch in Böhmen den Ausgleich einbahnen. — Parlamentarier der
Linken erklärten, sie glaubten nicht an eine Verständigungs-
aktion während der Reichsraths-Vertagung. Dagegen spreche die
Stimmung der Czechen sowie die tiefe Kluft zwischen der
Regierung und der gesammten Linken. Die Regierung
besitze nicht die Eignung zu einer vermittelnden Stellung zwischen
den Parteien. —

Frankreich.

Paris, 2. Februar. Wie allgemein verlautet, und wie zu er-
warten, haben die Untersuchungen der Kammer-Kommission
ihrerseits nichts Belastendes für den Kassationshof ergeben. Die
Verletzung der Zeugenaussagen hat zum Theil Heiterkeit erweckt, so
kleinlicher Natur waren sie. Die Untersuchungsakten sollen ungenaue
Angaben und sogar Briefe von Kollegen der verdächtigten Mitglieder
der Kriminalkammer und auch von Mazeau selbst enthalten, die
sich in lobender Weise über die Kriminalkammer ausdrücken.
Auch ein Brief Loew's soll sich bei den Akten befinden, in welchem
der Schreiber auf die Beleidigungen und die Todesdrohungen hin-
weist, die gegen die Mitglieder der Kriminalkammer ausgesprochen
worden sind. Er habe deshalb ein unverheiratetes Mitglied der
Kriminalkammer zum Richteramt ernannt, damit nicht eine ganze
Familie in Trübnis gesetzt werde, falls die Drohungen verwirklicht
würden. Die Untersuchungskommission soll die Behauptungen
Beaurepaire's als unbegründet erklart haben.

Die Kommission ließ heute folgendes Communiqué der Presse
zugeben: Infolge der zwischen der Regierung und der Kommission
gepflogenen Erörterungen hinsichtlich der stattgehabten Unter-
suchung beschloß der Justizminister Ledret die mit derselben betraut ge-
wesen Richter um ergänzende Mittheilungen zu ersuchen. — Die
Kriminalkammer des Kassationshofes vernahm die Schreib-
sachverständigen des Prozesses Drejus vom Jahre 1894,
Teyssouier, Gobert, Charovay, Vertillon und Pelletier.

Belgien.

Leopold II. gegen die Arbeiter. Der aus dem Kabinet aus-
getretene Arbeitsminister Ryffens ist, wie bekannt, deswegen ge-
gangen, weil er die vom „Landesvater“ geplante Wahlrechts-
verfeinerung vor der Kammer nicht vertreten wollte.
Dieses ist aber, wenn auch vielleicht die letzte, so doch nicht
die einzige Ursache seines Austritts gewesen. Vielmehr
wird, wie der „Revue“ mittheilt, noch und nach bekannt,
daß es wesentlich auch der Widerstand des Königs gegen die
Arbeiterfrage und Arbeiterversicherungs-Gesetze
gewesen sei, der den Arbeitsminister zum Gehen veranlaßte.
Ryffens selbst hat es dieser Tage in der Kammer erklärt, daß sich
seine Pläne in Beziehung auf die Arbeiter-Gesetzgebung an „hoher
Stelle“ im Allgemeinen keines Entgegenkommens erfreuten. —

Italien.

Das Ministerium Pelloué hat der Kammer das lang-
verprochene Gesetz betreffend die Ausübung der bürger-
lichen Rechte und öffentlichen Freiheiten vorgelegt.
Es ist wie alle derartigen Gesetze reaktionärer Regierungen nicht ein
Gesetz zur Ausübung, sondern ein Gesetz zur Veränderung
des Ausübens der staatsbürgerlichen Rechte und Freiheiten. Das
Gesetz, welches uns in seinen Einzelheiten noch nicht bekannt ist,
regelt die Anordnung der Presse und des Vereinswesens, dehnt
die Gewalten der Polizei aus und bringt die Eisenbahn-
und andere Staatsbeamten unter das Militär-
gesetz, was bisher nur provisorisch angeordnet war. Vereine,
die unfruchtbarer Bestrebungen verdächtig sind, können ohne
Weiteres von der Polizei aufgelöst, Zeitungen, die der gleichen
Schuld verdächtig, sofort unterdrückt werden. Und dieses Anbe-
dehnt sich schliesslich auf ein Gesetz zur Ausübung der
Freiheit! —

Kann, wie Deutsche sind an solche Polizeisätze gewöhnt. Soll
das famose Nachtgesetz denn nicht die Ausübung des
Koalitionsrechts sichern — nach Freiherren von Stumm? —

Bulgarien.

Der bisherige bulgarische Ministerpräsident Dr. Stoulov
scheint das Schicksal Stambulow's zu fürchten, denn es verlautet,
daß er Sofia verlassen will. Er soll erklärt haben, daß, wenn man
ihn für die finanzielle Korruption verantwortlich machen würde, er
über die Vermögenslage des Fürsten Ferdinand Mittheilungen machen
würde, die manches erklären würden.

Wie die „Politische Korrespondenz“ aus Sofia meldet, hat das
dortige makedonische Komitee in der Erkenntnis, daß unter den
gegenwärtigen Verhältnissen jedes Unternehmen aussichtslos er-
scheine, den Vorschlag gemacht, die für das Frühjahr geplante Aktion
in Makedonien zu verschieben. Die Kofalkomitees und die Agenten
in Makedonien sollen die diesbezügliche Instruktionen bereits erhalten
haben.

Afien.

Vom chinesischen Kaiserhof. Aus den verschiedensten Quellen
kommen Nachrichten, daß die Lage des Kaisers von China gefährdet
ist, daß er dem Hasse der Kaiserin-Wittwe zum Opfer fallen wird,
die bereits für einen Thronfolger gefordert haben soll. Der Kaiser
ist, wie die „Voss. Ztg.“ berichtet, noch immer in seinem mitten in
einem Leide gelegenen kleinen Pavillon im westlichen Theile des
Palastes eingesperrt; die Jungfrauen, die nach dem Lande fährt,
darf er nur überschreiten, wenn die Kaiserin ihn zu sehen
wünscht. Das Eis, das sich jetzt um den Pavillon bildet,
wird sofort wieder zertrümmert, damit sich nicht etwa eine
verdächtige Person dem Herrscher nahen könne. Am 30. Januar
traten bereits die Mandchū-Prinzen zusammen, um auf Wunsch der
Kaiserin-Wittwe über die Thronfolge zu beraten, und so wird sich
wohl bald das Schicksal des „Sohnes des Himmels“ erfüllen, der es
unternahm, in China europäische Reformen einzuführen zu wollen.
Die einstigen Rathgeber des Kaisers werden von der
Herrscherin unmaßstäblich verfolgt. Jetzt ist dem Hasse auch
der alte Been-Tungsho zum Opfer gefallen, des Kaisers
Vormund. Been war ganz Chinese, aber er galt als Freund seines
Höglings und ihm zuerst wurde der Vorwurf gemacht, Kuang-Hsi
nicht vor den Einflüssen bewahrt zu haben, die zur Revolution
führten. Die Kaiserin haßte ihn um so mehr, als Been nicht ver-
hehlte, daß er der Ursatorin seiner Rechte über ihren sogenannten
Adoptivsohn zerrennen könne. Fünfzehn Jahre hat die Kaiserin
gegen seinen Einfluß gekämpft, nun hat sie gestezt und Been ist

nicht nur für sich verurtheilt, alle seine Vorfahren sind gleich ihm
aller Ehren beraubt, was nach chinesischer Auffassung eine fürchtbare
Strafe ist. Auch die Entlassung des Oberdirektors der chinesischen
Nordbahnen, Fu, wegen angeblicher Dienstvernachlässigung, wird
auf die Veranlassung der Kaiserin und den Haß gegen Reformen
zurückgeführt. —

Afrika.

Aus der Südafrikanischen Republik wird vom 2. Februar
gemeldet: Heute ist in Pretoria eine Konferenz von Delegirten der
Südafrikanischen Republik und des Oranje-Freistaats zusamen-
getreten, welche die staatlichen Einrichtungen beider Republiken in
engere Uebereinstimmung bringen soll. — Die Regierung fordert
Kaufangebote ein für die „Voorpaalpaan“, d. h. für den der Re-
gierung referirten Grund und Boden im Mingegebiete von Wit-
waterstrand, der einen Werth von mehreren Millionen haben soll. —

Amerika.

In den Schwierigkeiten der Nordamerikaner auf Kuba
wird der „Int. Korresp.“ untern 31. Januar aus New-York ge-
meldet: Dem Führer der kubanischen Aufständischen Maximo Gomez,
welcher sich noch immer an der Spitze eines Heeres von 25 000
Mann im Innern der Insel aufhält, hat die nordamerikanische
Regierung angeboten, ihn im Range eines Generals, mit einem
Jahresgehalt von 30 000 Dollars (120 000 M.) in die Armee der
Vereinigten Staaten aufzunehmen. Gomez hat jedoch nicht nur
dieses Anerbieten abgelehnt, sondern auch erklärt, er werde zu
keinerlei Verhandlungen nach Havana kommen, so lange nicht
die Nordamerikaner die Unabhängigkeit Kubas anerkannt hätten.
Seine äußersten Zugeständnisse seien nominelle Schutzherrschaft über
Vereinigten Staaten über die kubanische Republik, Zollvereinigung,
Gleichheit der Wägen und Gewichte. Die gesammte Verwaltung
und die kubanische Miliz müßten jedoch unter allen Umständen von
jedem Eingreifen der Nordamerikaner freibleiben. —

Washington, 1. Februar. Die Staatsschuld der Union ist um
23 448 464 Dollars gestiegen. Die Zunahme rührt zum großen
Theile von der Einlösung von Bonds her, welcher seiner Zeit zur An-
fertigung der Pacific-Bahnen ausgegeben worden waren. Der Staat-
bestand des Schatzamts beläuft sich auf 911 069 026 Dollars. —

Aus Montevideo. Gegen den erwählten Präsidenten Cuevas
ist eine aufständische Bewegung seitens der Partei der Colorados
ausgebrochen. Ein Trupp von 200 Mann landete bei Carmelo und
bemächtigte sich der Stadt. —

Parlamentarisches.

Die Geschäftsordnungs-Kommission des Reichstages ist
zur ersten Sitzung in dieser Tagung auf den 8. d. M. 12 Uhr
Mittags einberufen worden, um sich über den sozialdemokratischen
Antrag bezüglich Strafverfolgung des Abg. Schmidt (Scherleben)
wegen Majestätsbeleidigung u. s. w. schlüssig zu machen.

In den offiziellen Fraktionsverzeichnis des preussischen
Abgeordnetenhauses ist der Präsident v. Kröcher bei den
Konserverativen, nicht, wie bisher üblich, unter den Fraktions-
losen aufgeführt. Einschließlich des erledigten Mandats für Gum-
binnen sind die Konserverativen 145 Mann stark. Das Zen-
trum zählt einschließlich des verstorbenen Alterspräsidenten Dieben
100 Mitglieder, die Nationalliberalen verfügen unter Ein-
rechnung des Mandats des verstorbenen Landgerichtsraths Wiesel
(Kammburg) über 71 Sitze. Die Freikonserverativen sind
mit 68, die freisinnige Volkspartei mit 28 Mitgliedern
vertreten. 18 Polen und 11 Mitglieder der freisinnigen
Vereinigung sammt 10 „Widen“ schließen das Bild der Partei-
gruppierung ab. —

Partei-Nachrichten.

Der Vorstand der habsbischen Landesorganisation besteht
nach seiner Neuwahl durch die Mitgliedschaft des Bororts Freiburg
im Breisgau aus folgenden Parteigenossen: Friedr. Haug,
Vorsitzender; Oswald Tärke, Kassirer; Aug. Hofmann,
Schriftführer; Justin Kurtwängler und Eberhard
als Beisitzer, sämmtlich in Freiburg. Zu Revisoren wurden Simon
Drensch in Offenburg, Friedr. Schäbelin in Lörrach
und Wilh. Kramer in Freiburg gewählt.

Briefe sind an den Vorsitzenden Friedr. Haug, Bertold-
straße 30, Weiden nur an den Kassirer Oswald Tärke, Welfort-
straße 47, zu senden.

Der Sozialdemokratische Verein für den 1. Ham-
burger Wahlkreis hatte am Jahresabschluss 2805 Mitglieder. Die
Einnahme betrug 18 864,98 M., die Ausgabe 18 882,55 M.

Der Sozialdemokratische Verein für den zweiten Ham-
burger Wahlkreis hatte Ende des vorigen Jahres 3246 Mitglieder.
Davon waren 2179 verheiratet.

Im Alter von 15—20 Jahren standen 50 Mitglieder, im
Alter von 20—30 Jahren 848 Mitglieder, im Alter von
30—40 Jahren 1298 Mitglieder, im Alter von 40—50 Jahren
715 Mitglieder, im Alter von 50—60 Jahren 260 Mitglieder, im
Alter von 60—70 Jahren 78 Mitglieder, über 70 Jahre waren
7 Mitglieder alt.

Dem Verufe nach waren am meisten vertreten: die un-
gelernten Arbeiter mit 465 Mitgliedern, die Tischler, Stuhl-
und Instrumentenmacher mit 288, die Schneider mit 212, die
Schauerleute mit 188, die Maurer mit 168, die Wirthe
mit 145, die Schuhmacher mit 120, die Zimmerer und
Sortierer mit 119, die Raschmisten und Maschinenbauer mit 62,
die Schlosser mit 55, die Maler und Lackierer mit 51, die Schmiede
mit 79, die Heizer mit 78, die Buchdrucker mit 77, die Hausknechte
und Komptoirboten mit 67. Alle anderen Verufe waren mit weniger
als 50 Mitgliedern vertreten. Genannt seien hierbon die Klempner
und Mechaniker mit 49, die Ewerführer mit 43 und die Werftarbeiter
mit 42 Mitgliedern.

Frauen gehörten dem Verein 170 an.
Die Jahreseinnahme betrug (einschließlich 298,68 M.
früheren Bestandes) 20 477,28 M. Unter den Einnahmen befinden
sich 11 546,40 M. Beiträge und 4961,30 M. Erlös aus dem Verkauf
des Kalenders und des „Wahren Jakob“. Die Jahres-Aus-
gabe betrug 18 164,55 M. Es blieb demnach ein Ueberschuß von
4312,68 M.

Der Sozialdemokratische Verein in Garburg hatte am
1. Januar dieses Jahres 1230 Mitglieder, gegen 1200 und 1000 in
den vorhergehenden beiden Jahren. Die Neuzugänge sind hierbei nicht
mitgerechnet.

Der Sozialdemokratische Verein für Wilhelmshurg an
der Elbe zählte Anfang März vorigen Jahres 698 Mitglieder und
jetzt 700. Die Jahreseinnahme betrug 2920,30 M., die Ausgabe
2879,65 M.

Aus Port Angeles, im Staate Washington (Ver-
einigte Staaten von Nordamerika) wird uns mitgetheilt, daß
die Sozialisten dort zusamengetreten sind, um diesen jungen Staat
für den Sozialismus zu erobern. Sie haben ein Tagesblatt: „The
Daily News“ gegründet, das allerdings noch in sehr be-
scheidenem Umfange erscheint und zunächst auf einer Handpresse ge-
druckt wird. Die Genossen sind aber guten Muths und zweifeln
nicht an ihrem Erfolg. Glück auf! —

Politikalisches, Gerichtliches u. s. w.

— Wegen eines Artikels über die Magdeburger Ver-
hältnisse ist gegen den verantwortlichen Redakteur der „Erfurter
Tribüne“ ein Verfahren eingeleitet. Der Polizeipräsident von
Magdeburg und der Landgerichts-Präsident Fr o m m e durch den
Artikel beleidigt sind.

— Die Magdeburger „Volkstimme“ hatte mitgetheilt, der
Leutnant von Klingenstein sei nach Holland gegangen, weil er wegen
einer mißfälligen Aeußerung über den Kaiser demüthigt worden wäre.
Das Generalkommando des vierten Armeekorps sandte darauf eine

Zur Frage der Reform der Berginspektion

Wird uns aus Bergarbeiterkreisen geschrieben:

Jedesmal, wenn von der Arbeiterchaft Reformen verlangt werden, dann heist es unter den Gegnern, nicht dem tatsächlichen Bedürfnis, nicht den eigenen Wünschen der Arbeiter entspringen die Forderungen, sondern der gewissenlosen Begierde geschäftsmäßiger Agitatoren. Ganz besonders gern hüllt sich das Unternehmertum dann in den Mantel sittlicher Entrüstung, wenn besserer Arbeiterschutz und die Mitwirkung der Arbeiter bei der Verwaltung der Stellen und bei der Ueberwachung der Betriebe verlangt wird. Man erinnert sich nur an die Eingabe, die der Verein für die bergbauischen Interessen gegen die von den Vergleuten geforderte Art und Weise einer Reform der Berginspektion an den Minister gerichtet hat. Im Interesse des Staatswohls wird die Regierung beschworen, der Forderung nicht zuzustimmen.

Aber gerade im Interesse des Staates, der nur bei einer gesunden Bevölkerung gedeihen kann, ist ein erhöhter Arbeiterschutz notwendig. Dies sagen nicht etwa nur die vermeintlichen „Heber“, sondern das wird bestätigt durch die Berichte des Knappschaftsvereins und der Ärzte.

Die gesundheitsschädliche Wirkung der Grubenarbeit ist bekannt. Mit unsehbarer Sicherheit ist in einer Arbeiterversammlung der Bergmann an seinem belodenes ungesund, kraftlosen Aussehen zu erkennen, obwohl sich auch die übrigen Arbeiter nicht als kraftstrotzende Gestalten präsentieren.

Nach dem Berichte des „Allgemeinen Knappschaftsvereins“ zu Bochum pro 1897 haben im Berichtsjahre über die Hälfte der Mitglieder Krankengeld bezogen, das heißt über 50 pCt. der Bergknappen haben eine Krankheit mit länger als dreitägiger Dauer zu überstehen gehabt. (Für die ersten drei Tage wird kein Krankengeld gezahlt.) Wie viele aber mögen sich noch mit stichem Körper zur Grube geschleppt haben, weil wegen der Karenzzeit bei dem ohnehin knapp bemessenen Krankengeld sonst die Familie darben müßte! Die hohe Zahl der Krankengeld-Empfänger spricht Bände.

Die Rechnungs-Ergebnisse der letzten Jahre zeigen folgendes Bild:

	1895	1896	1897
Die mittlere Stärke der Belegschaft betrug	159 571	166 062	182 141
Auf dieselbe kamen Krankheitsfälle mit mehr als dreitägiger Dauer	89 034	86 413	94 721

Die durchschnittliche Krankheitsdauer betrug 1,95 Tage. Die ärztlichen Verordnungen bezifferten sich im Berichtsjahre auf 698 513, es kamen im Durchschnitt auf jedes Mitglied (einschließlich der nicht wegen Krankheit Feienden) 3,83 Verordnungen. An Sterbefällen waren, einschließlich der 450 durch Unglücksfälle verursachten Todesfälle, 1449 zu verzeichnen.

Bei solchen Resultaten wird es verständlich, warum die Unternehmer, die doch immer so redselig von angeblich erfolgten Lohn-erhöhungen sprechen, sich konsequent über die Länge der Arbeitszeit ausweichen, innerhalb deren die angeblich hohen Löhne verdient werden. Die Ueberanstrengung in den ungesunden Gruben ist die vornehmste Ursache des hohen Krankenstandes.

Noch mehr! Die Profitgier der Unternehmer hat unter den Knappen im Ruhrrevier eine Krankheit heimisch werden lassen, durch welche hauptsächlich die aller schwersten Gefahren heraufbeschworen sind.

Auf diese Gefahr wurde bereits in der 1897 vom Knappschafts-Oberarzt Dr. Tenholt herausgegebenen Abhandlung über das Gesundheitswesen im Bereiche des „Allgem. Knappschaftsvereins“ zu Bochum hingewiesen. Es heißt da:

„Seit 1885 sind auf den Becken des rheinisch-westfälischen Kohlenreviers vereinzelte, stellenweise aber auch zahlreiche Erkrankungsfälle in Folge der Einwanderung des unter dem Namen Ankylostoma duodenale bekannten Eingeweidewurmes vorgekommen. Noch im Jahre 1869 durfte Leudart, der bedeutendste Forscher auf dem Gebiete der Lehre von den menschlichen Parasiten, in seinem Handbuche sich der Worte bedienen: „Diesseits der Alpen dürfte dieser Wurm völlig fehlen.“

Heute fehlt der Wurm aber nicht mehr, er ist im Ruhrrevier sogar in ganz bedrohlicher Weise heimisch geworden. Und das ist hauptsächlich lediglich die Folge der Profitgier des Unternehmertums.

Bei der Untersuchung über die Einschleppung ist der Verfasser zu dem Resultat gekommen, daß dem deutschen Bergarbeiter die gefährliche Krankheit beiseite worden ist durch Einföhrung billigerer nicht-deutscher Arbeiter. An konkreten Fällen weist Dr. Tenholt nach, daß durch ungarische Bergarbeiter der Wurm eingeschleppt wurde.

Aber die Vorhaltung des Sündenspiegels muß bei den Unternehmern nichts, sie fühlen keine Reue.

Dr. Tenholt gab in seinem Berichte auch gleich Mittel an, wie der gefährlichen Krankheit zu begegnen sei. Er empfahl die Anschaffung von Abtrittslöseln und deren Desinfektion in der Grube, ferner Beschaffung von reinlicher und ausreichender Waschlösung (Wasserbäder), weiter aufmerksame Kontrolle und Untersuchung.

Wie sieht es aber mit der Befolgung dieser gewiß leicht durchzuführenden Vorschriften aus?

In zahlreichen Versammlungen und in der „Deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“ forderten die Bergarbeiter die Einföhrung der vorgeschlagenen Abwehrmittel. Ganz besonders protestirte man gegen weitere Anlegung ungarischer Arbeiter, mindestens nicht ohne vorherige sorgfältige Untersuchung.

Aber nichts von alledem geschah. Die Unternehmer spielten mit der Gefahr. Immer mehr ungarische und österreichische Arbeiter wurden angelegt. Endlich, als das Kind ertrunken war, sollte der Brunnen zugebuddelt werden. Bei späterer Untersuchung stellte sich heraus, daß die neu Zugezogenen wirklich mit dem Wurm behaftet waren. Durch sie wurde der Krankheitsherd vergrößert, dann erst schickte man sie zurück — und ließ andere kommen. Weiter ging man nicht in der Bekämpfung der Krankheit der Forderung nach reichlicher Einföhrung und zweckentsprechender Ueuerung von Abtrittslöseln ist in nur wenigen Fällen Gehör gegeben. Und wo sind die Wasserbäder geblieben?

Die im Interesse des Geldbeutels begangenen fortgesetzten Unterlassungshandlungen an der Arbeiterchaft zeigen denn auch ihre Früchte.

In dem Bericht des „Allgemeinen Knappschaftsvereins“ wird angegeben, daß durch vermehrte Heranziehung österreichisch-ungarischer Arbeiter die Gefahr der Weiterverbreitung der Wurmkrankheit unberechenbar vermehrt ist.

311 Bergknappen sind im Jahre 1897 der eingeschleppten Krankheit erlegen, tausende sind und krank geworden.

Wohier ist die Reform der Grubenkontrolle immer nur mit dem Hinweis auf die Unglücksfälle gefordert worden. Angehts der volksschädigenden Folgen, welche im Bergbau durch die Mithachtung ärztlicher Vorschläge, durch mangelhafte sanitäre Einrichtungen zeitig geworden sind, liegt aber die Frage nahe: Ist nicht schon im Interesse des Gesundheitszustandes der Bergbevölkerung eine Reform der Berginspektion unabweislich staatliche Pflicht?

Die Zahlen im Berichte des Allgemeinen Knappschaftsvereins zu Bochum sprechen ein unzweideutiges Ja.

Außer den 56 pCt. von über die Karenzzeit hinaus Kranken Knappen waren seitens der Vorklasse im Berichtsjahre 60 000 Invaliden, Wittwen und Kinder zu unterstützen. Frühzeitig sieht der Bergmann hin. Im Interesse des Staates und des Gesamtwohls ist ein besserer Schutz der Bergarbeiterchaft unbedingt erforderlich.

Aber die Unternehmer sträuben sich gegen jede Reform. Ihr selbstliches Interesse kann auch nicht die geringste Beschneidung des Profits ertragen, obwohl die skrupellose Mithachtung sanitärer Einrichtungen, überhaupt der mangelhafte Arbeiterschutz den ganzen Bergarbeiterstand bedroht.

Die Regierung hat zu wählen, ob sie dem Drängen einer kleinen Klasse profitgieriger Unternehmer nachgeben und die Heranziehung von Arbeiterdelegirten zur Berginspektion verweigert oder ob sie diese Forderung bewilligen und dadurch die Grundlage schaffen will, auf der allein eine ausföhrliche Reform des Bergarbeiter-schutzes möglich ist.

Gesamtlich hat die Regierung unter dem Eindruck der furchtbaren Grubenkatastrophen des vorigen Jahres eine Kommission nach England, Frankreich und Belgien gesandt, die sich darüber unterrichten sollte, was man mit der in diesen Ländern eingeföhrten Einrichtung der Theilnahme von Arbeitern an der Grubenkontrolle für Erfahrungen gemacht hat. Aus den Berichten dieser Kommission soll, wie der Finanzminister v. Miquel im preussischen Abgeordnetenhause mittheilte, der Handelsminister v. Bresselt die Ansicht geschöpft haben, daß die Einföhrung von Arbeiterausschüssen, die die Grubenkontrolle selbstständig führen, wie das in jenen drei Ländern der Fall ist, sich nicht bewährt hätten. Nun wollte man statt dessen — so wenig sympathisch die ständige Vermehrung der Beamten sei, den Revierbeamten solche Hilfsbeamte geben, die ständig und eingehend die Vergewerte kontrollieren und ihren Vorgesetzten darüber berichten, die selber eben nicht die Zeit hätten, in so kurzen Zeitperioden die Veränderungen zu beobachten, die in den Bergbetrieben stets vorkommen.

Im Etat werden gefordert: 86 000 M. für 50 neue Stellen für Revier-Aufsichtsbeamte und 28 750 M. für Hilfsarbeiter sowie 65 000 M. für Tagelöhner dieser Beamten.

Gegenüber dem Hinweis auf die angeblich schlechten Erfahrungen, die man im Auslande mit der selbständigen Kontrolle der Gruben durch Arbeiterausschüsse gemacht haben soll, ist zunächst zu betonen, daß dieser Hinweis für Deutschland gar nichts be-sagt, denn hier verlangen die Vergewerte nicht die Selbständigkeit der Kontrolle für sich, sondern sie beanpruchen nur, man solle Kameraden, die von ihnen durch die Wahl bestimmt werden, den Revierbeamten als Hilfskräfte beigegeben.

Aber davon abgesehen, in der der „Sozialen Praxis“ äußert sich der frühere Handelsminister Freiherr von Verlepsch über die Frage, wie sich die Kontrolle der Vergewerte durch Delegirte der Arbeiter im Auslande bewährt hat, wie folgt:

„Das belgische Gesetz ist vom 11. April 1897 datirt und erst sechs Monate nach seiner Veröffentlichung in Kraft getreten. Von Erfahrungen wird man also nicht viel reden können, nur kann festgesetzt werden, daß nach der Ansicht des obersten belgischen Bergbeamten das Verhältnis zwischen den Staatsbergbeamten und den Delegirten der Arbeiter sich günstig gehalten hat und daß Klagen der Unternehmer über letztere nicht laut geworden sind.“

„Eine offizielle Äußerung der französischen Regierung oder maßgebender Behörden über die Wirksamkeit der délégués mineurs habe ich nicht ermitteln können. Die Jahresberichte der ingénieurs en chef des mines, die vom Ministerium in den rapports sur l'application pendant l'année 1896 des lois réglementant le travail veröffentlicht sind, enthalten keine Bemerkungen über jene. Private Mittheilungen, die mir während eines Aufenthaltes in Paris mündlich gemacht sind, lassen darauf schließen, daß man in den Kreisen der höheren Beamten der Zentralstelle über den Modus der Wahl der Arbeiterdelegirten kein günstiges Urtheil hat.“ Ueber England sagt Herr v. Verlepsch: „Die englischen Einrichtungen dürften für uns weniger in Frage kommen. Das englische Gesetz (Coal Mines Regulation Act 1887) verleiht den Arbeitern einer Grube das Recht, zwei oder mehrere Personen aus ihrer Mitte zu beauftragen, die Grube auf ihre eigenen Kosten zu inspizieren, die wenigstens einmal im Monat alle Theile der Grube besuchen dürfen. Den Bericht über die vorgenommene Besichtigung tragen sie in ein Buch ein, welches auf der Grube zu halten ist. Kronstatist die Schrift das Vorhandensein einer Gefahr, so hat die Grubenvorwaltung eine genaue Abschrift davon dem königlichen Inspektor des Distrikts einzusenden. Es scheint, daß die Grubenarbeiter nur sehr theilweise von dieser Besuchspflicht Gebrauch gemacht haben.“

Keines dieser drei Zeugnisse des Herrn v. Verlepsch, der sich übrigens für die Theilnahme der Arbeiter an der Grubeninspektion erklärt, spricht jedenfalls gegen die in Rede stehende Forderung der deutschen Vergewerte; denn daß in Frankreich die höheren Beamten der Zentralstelle über den Modus der Wahl der Delegirten kein günstiges Urtheil haben, wie Herr v. Verlepsch schreibt, beweist gerade, daß sie nur gegen die Art und Weise der Wahl, nicht gegen diese selbst sind.

Woher kommt es denn, daß in jenen drei Ländern die Unfall-ziffer im Bergbau verhältnismäßig so niedrig und daß sie in Preußen, wo die Grubenkontrolle nur durch Beamte ausgeübt wird, am höchsten ist? Das liegt zweifellos mit daran, daß in jenen Ländern die Arbeiter durch die Uebertragung der Kontrolle auf Personen ihres Vertrauens in höherem Maße an der Unfallverhütung interessiert sind. Dieses starke Interesse fehlt bei uns; hier ist dem Vergewerte, der sich über Wohlthun in den Gruben bescheidet, wohl fast immer die Abkehr sicher, wenn es durch irgend einen Zufall bekannt wird.

Für die Nothwendigkeit der Theilnahme von Arbeitern an der Grubenkontrolle spricht die neueste Unfallstatistik besonders deutlich. Im Bereiche der Section II der Knappschafts-Versicherungsgenossenschaft (Ruhrrevier) hat sich die Zahl der tödtlichen Unfälle wie folgt gesteigert:

Jahr 1897:	Jahr 1898:
450 tödtliche Unfälle pro 1000 der Belegschaft	647 tödtliche Unfälle pro 1000 der Belegschaft
2,28	3,09

197 Tödtliche wurden im Jahre 1898 mehr gezählt, als im Jahre 1897. Das große Unglück auf der Grube „Karolinnenglück“ brachte allerdings allein 118 Knappen den Tod, aber selbst wenn abgezogen wird von dieser hohen Zahl, dann bleiben für 1898 immer noch 81 tödtliche Unfälle mehr als 1897.

Im Gegenlag zu diesen gräßlichen Zahlen betrug die Unfall-ziffer pro 1000 Mann der Belegschaft im Jahre 1897 in Belgien nur 1,03 und in England nur 1,32, in beiden Ländern weit weniger als in den Jahren 1895 und 1896.

So möge denn noch in letzter Stunde die preussische Regierung sich an das Versprechen erinnern, das sie im Abgeordnetenhause nach der schrecklichen Grubenkatastrophe auf Grube „Karolinnenglück“ abgab, verklausulirt zwar, aber doch! Mag die Kommission, die sie nach dem Auslande geschickt hat, sich auch bemüht haben, die dortigen Verhältnisse vortheilhaft zu hindern — was die hunderttausende der deutschen Vergewerte, katholische, evangelische wie sozialdemokratische, gleichmäßig für die richtigste Lösung der Frage der Reform der Grubeninspektion erklärt haben: die Heranziehung von Arbeiterdelegirten, das wiegt fastlich schwerer als die Ansichten von Leuten, die nicht selber in den Gruben arbeiten.

Eine Bundesraths-Verordnung,

betreffend die Einrichtung und Betrieb der Rosthaarspinnereien, Haar- und Vorkleiderereien, sowie der Bürsten- und Pinselmachereien, ist unterm 28. Januar auf grund der §§ 120e und 139a der Gewerbe-Ordnung erlassen worden. Die Verordnung tritt am 1. Juli 1899 in Kraft und findet Anwendung auf alle Anlagen, wo Pferde- oder Rinder-

haare, Schweinsborsten oder Schweinswolle zu-gewerbet oder zu Krollhaaren versponnen werden, oder wo unter Verwendung solcher Materialien Bürsten, Besen oder Pinsel hergestellt werden.

Die aus dem Auslande stammenden Pferde- und Rinderhaare, Schweinsborsten und Schweinswolle dürfen erst in Bearbeitung genommen werden, nachdem sie desinfiziert sind.

Die Desinfektion muß geschehen entweder 1. durch mindestens einhalbstündige Einwirkung frömmden Wasserdampfes bei einem Ueberdruck von 0,15 Atmosphären, oder 2. durch mindestens einviertelstündiges Kochen in zweiprozentiger Kaliumpermanganatlösung mit nachfolgendem Bleichen mittels drei- bis vierprozentiger schwefeliger Säure, oder 3. durch mindestens zweistündiges Kochen in Wasser.

Mit den desinfektionspflichtigen Materialien dürfen vor Aus-föhrung der vorchriftsmäßigen Desinfektion nur solche Ver-richtungen vorgenommen werden, welche zur Prüfung der Be-schaffenheit der Materialien, zur Verhütung ihres Verderbens sowie zur Vorbereitung und Ausföhrung der Desinfektion unerlässlich sind.

Jur Ausföhrung der Desinfektion dürfen jugendliche Arbeiter nicht verwendet werden. Auch Arbeiter mit wunden Hautstellen, insbesondere an Hals, Gesicht und Händen, sollen dazu nicht verwendet werden.

Die Vorricthe an nicht desinfiziertem Material sind in besonderen, unter Verschluss zu haltenden dichten Behältern oder Räumen auf-zubewahren.

Für größere Betriebe sind u. A. folgende Vorschriften er-laffen:

In Betrieben, in denen in der Regel mindestens zehn Arbeiter beschäftigt werden, müssen die Arbeitsräume mit einem festen und dichten Fußboden versehen sein. Die Wände und Decken müssen, soweit sie nicht mit abwaschbarer Bekleidung oder mit einem Del-farbenanstrich versehen sind, mindestens einmal jährlich mit Kalk frisch angestrichen werden. Bei Errichtung neuer und Erweiterung be-stehender Anlagen ist dafür Sorge zu tragen, daß in den Arbeits-räumen auf jede Person mindestens fünfzehn Kubikmeter Luftraum entfallen.

Die Arbeitsräume sind täglich zweimal mindestens eine halbe Stunde lang, und zwar während der Mittagspause und nach Be-endung oder vor Wiederbeginn der Arbeit, gründlich zu lüften. Die Fußböden sind täglich mindestens einmal, die Arbeitstische mindestens zweimal wöchentlich durch Abwaschen oder feuchtes Ab-reiben vom Staube zu reinigen.

Der Arbeitgeber hat allen bei der Vorbereitung und Aus-föhrung der Desinfektion beschäftigten Arbeitern Arbeitsanzüge nebst Mützen zur Verfügung zu stellen.

Der Arbeitgeber hat dafür Sorge zu tragen, daß die Arbeits-kleider nur von denjenigen Arbeitern benutzt werden, denen sie zu-gewiesen sind, und daß sie mindestens einmal wöchentlich desinfiziert werden.

In einem staubfreien Theile der Anlage muß für die Arbeiter ein Wasch- und Ankleideraum und getrennt davon, soweit hierfür ein Bedürfnis vorliegt, ein Speiseraum vorhanden sein.

Der Arbeitgeber hat für die mit der Bearbeitung der Stoffe beschäftigten Arbeiter u. A. zu verordnen:

Die Arbeiter dürfen Nahrungsmittel nicht in die Arbeitsräume mitnehmen. Die Arbeiter dürfen erst dann Mahlzeiten einnehmen oder die Anlage verlassen, wenn sie zuvor die Arbeitskleider ab-gelegt sowie Gesicht, Hals, Hände und Arme sorgfältig gewaschen haben.

In den Vorschriften ist vorzusehen, daß Arbeiter, die trotz wiederholter Warnung den Bestimmungen zuwiderhandeln, ohne Aufständigung entlassen werden können.

Kommunales.

Jüdische Lehrkräfte. Bei der Verathung über die durch das Provinzial-Schulkollegium verfügten Maßregelungen der jüdischen Lehrerinnen an hiesigen Gemeindefchulen (Entziehung der Ordinarate) war folgender Antrag einem Ausschusse zur Vorberathung überwiesen worden:

Die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß den ohne ihr Verschulden gemahregelten jüdischen Lehrerinnen eine ersprießliche Wirksamkeit und ein mit ihrer per-sönlichen Würde vereinbares Auskommen im städtischen Schul-dienste ermöglicht werde, eventuell durch Veretzung an die höheren Mädchenschulen und wenn nöthig durch Verleihung bis zum Eintritt entsprechender Salarien.

In der gestern Abend stattgehabten Ausschüßsitzung wurde — nachdem der Magistrat die Mittheilung gemacht hatte, daß auf seine Remonstration hin zwischen der Schuldeputation und dem Provinzial-Schulkollegium über die Angelegenheit aufs Neue ver-handelt wird — beschlossen, der Stadtverordneten-Versammlung folgende Beschlüßfassung zu empfehlen:

Die Stadtverordneten-Versammlung nimmt davon Kenntniß, daß eine Antwort des Provinzial-Schulkollegiums auf die Remonstration der städtischen Schuldeputation vom 10. November vorigen Jahres gegen die Veretzung des Provinzial-Schul-kollegiums vom 22. April v. J. höher nicht erteilt worden ist, die Angelegenheit mithin ihre Erledigung noch nicht gefunden hat, und spricht die Erwartung aus, daß der Magistrat mit ihr das Interesse der durch die Veretzung betroffenen jüdischen Lehrkräfte, sowie die bestehenden Einrichtungen unseres Gemeindefschulwesens wahren wird.

Lokales.

Für den zweiten Wahlkreis findet am Sonntag, den 5. d. M., Abends 6 1/2 Uhr, im Lokal von Jubel, Lindenstr. 106, eine Parteiverammlung statt, in der Reichstags-Abgeordneter Fritz Jubel referiren wird. Nach der Versammlung gefelliges Be-sammensein.

Wilde Börsen.

Jedes größere Raubthier hat seine Trabanten, die sich von den Abfällen seiner Mahlzeiten nähren. Ihre Speise fällt ihnen ver-hältnismäßig gefahrlos, ohne besondere Mühe zu. So ein mühe-loses Tafeln ist immer das Ideal aller Schmarozker. Und da in unserer Gesellschaft das Schmarozkertum nur zu oft zum an-gesehensten Beruf erhoben wird, braucht man sich nicht zu wundern, wenn eine ganz ansehnliche Menge Menschen auch an den Gewinnsten der Börse theilnehmen wollen, trotzdem sie nicht zugelassen werden in die eigentliche Börse. Und da es ihnen nicht genügt, nur durch die Vermittelung börsenfähiger Bankiers ihre Geschäfte besorgen zu lassen, sondern sie selbst auf eigene Verrechnung und mit dem ganzen Gemüth des Spiels spekuliren wollen, haben sich nach und nach einige kleine wilde Börsen herausgebildet. Kaffee, geschlecht bestellte Kaffee und Wörren-Kommissionare gibt es bei ihnen nicht. Bei ihnen gilt das gegebene Wort — oder es gibt auch mal nicht. Aber die, die ihr gegebenes Wort als nicht gegeben betrachten sehen wollen, die ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, dürfen nicht allzu lange diese Kosten- und gefahrlose Praxis üben. Ebenso wie an der Börse die Spielanten für „sicher“ oder „nieh“ gelten, so auch diese Klein-spieleranten. Und danach richten sich die Kollegen.

Die Operationsfelder dieser Börsen liegen an mehreren Punkten der inneren Stadt. Die Hauptgründ ist natürlich die große Bankengend, die Behrenstraße und ihre Nachbarschaft. Das geheimnißvolle Treiben in den Banken, wo stündlich Millionen rolliren, läßt seinen Zauber, seine Anziehungskraft gerade auf die Kleinpieleranten aus,

deren romantische Wünsche darauf ausgehen, auch mal solche Geschäfte machen zu können, wie die Riesenspekulationsfirmen. Mancher der „Bild-Vorfänger“ hat schon ein Stückchen moderner Romantik hinter sich. Sind sie doch alle Geschäftsgenossen des „großen“ Spielbuden Grünenthal. In einem ihrer Hauptquartiere, einer Weinstube in der Charlottenstraße, machte und erdachte er seine Geschäfte, zu denen er das gestohlene Reichsgeld verwendete.

Vielleicht ist manchem, der um die Mittagszeit die Umgebung der Behrenstraße passierte, schon aufgefallen, daß vor einzelnen offenen Hausgeschäften eine halbkreisförmige Kette älterer, runderer, kleinerer, ein jüngerer Angehöriger des Geschäfts ist dabei, die jedoch von der Börse telefonierten Kurse in die Kurstafel des Schaufensters einzutragen. Die gierigen Blicke der Männer folgen seinen Fingern genau. Und wenn nun eine Zahl fertig geschrieben ist, welche Verwandlung in den gespanntem Gesichtern! Der eine lächelt, er hat einige Mark gewonnen, seine Papiere oder die, die ihm zu einem bestimmten Preis von einem anderen geliefert werden sollten, sind geküßelt; er verdient, er macht seinen Nebbaß. Der zweite grinst schadenfroh; weih er doch, daß sein guter Freund wieder was eingeschustert hat. Der Dritte stutzt, und Andere murmeln lächelnd oder ärgerlich fortwährend die Nummer.

Dies Bild zeigt sich bei gutem oder erträglichem Wetter. Wenn's stürmt oder schneit oder stark regnet, stehen die Kleinpekulanten in den Hausdauern der Nachbarhäuser und in den nahen Lokalen. Ab und zu wird ein Mitglied der wilden Börse von seinen bedeutenderen, kapitalstärkeren Genossen abgeholt, um die Kurse zu ermitteln. Größere Spekulationsplätze haben auch einen Voten, der einst selbst zu ihnen gehörte, aber heute machte und sich nun von Gelegenheitsverdiensten ernährt. Das Spielhieb geriebt er hier inner noch mit.

Das Publikum besteht aus solchen Männern, denen man wenig von ihrem Beruf ansieht. Sie machen den Eindruck der schwerfälligen Wiederwärtler, ja, die meisten sehen aus wie Zivilbeamte. Viele sind es auch wirklich gewesen. Das bischen erparie und ererbte Kapital ist ihr Spekulationswerkzeug, mit dem sie im Handumdrehen das werden wollen, was sie bisher trotz aller Ananstrengung nicht erreichen konnten. Ja, die Beamtenideale! —

Auch solche sind unter ihnen, die wegen gewisser Manipulationen von der Börse verwiesen sind. Kleinere Geschäftsleute der Friedrichstadt finden sich ebenfalls hinzu, um einen brauchbaren Nebenverdienst zu erhaschen. Die Thätigkeit der wilden Börse beschränkt sich natürlich nicht auf Börsenspekulationen. Synthesen werden vermittelt, Bausgelder gegeben, und manchem, der sich durch ein Darlehen retten wollte, wurde der Strid gedreht.

Man sieht, wie die Großen sungen, so zwischen die Kleinen. Kapitalist bleibt Kapitalist. Nur daß der Eine das staatlich konzessionierte Privilegium hat und gesellschaftsfähig ist, der Andere aber nicht. Ja, wenn er auch Hunderttausende oder Millionen hätte! Es macht ja heute nicht das Wie, sondern das Was, die Masse des „Eigentums“.

Anstrengend ist die Thätigkeit der Mitglieder der wilden Börse nicht. Gegen Mittag finden sie sich an ihrem Versammlungsort ein und nach dem Börsenschluß, um drei Uhr, schließen sie auch ihre Börse. Man sieht, daß es immer noch am bequemsten ist, Kapitalist zu sein, wenn man auch nur Kleinkapitalist ist. Die heutige Wirtschaftform ernährt ja eine Menge solcher unproduktiven Elemente. Man bekommt eine Ahnung, wie viel das sein können, wenn man die wilden Börse beobachtet. Auch vermitteln sie die Kenntnis von der Arbeit mancher Kapitalisten. So, die haben es wirklich zu schwer! Es ist bedauerlich, daß sich für sie noch keiner gefunden hat, um sie durch Gesetze vor Ausbeutung zu schützen. Aber unsere Regierung, die meintenweg die Sozialreform ausführt, wird ganz gewiß auch mal diesen Nothstand abheben. Das würde ihr sicher von bestimmten Kreisen mehr Zustimmung bringen, als wenn sie die Schaffenden und Werththätigen vor gar zu gewaltsamer Auspressung schützt.

Das Allerneueste.

Es ist eine alte Geschichte, daß wir im Zeitalter der Spezialitäten leben. Das ist bekanntlich nicht nur auf dem Gebiete der Kunst oder dem der Wissenschaft der Fall. Auch im Geschäftsleben, dem Detail-Geschäftsleben vollzieht sich die Umwandlung in Geschäfte für bestimmte Artikel werthlich und sicher. Aus dem früheren Kolonialwaaren-Geschäft hat sich schon eine ganze Menge solcher Spezialgeschäfte gebildet: der Kaffeeladen, die Butter- und Käsehandlung zc. Die „Königliche Pemmik- und Mart-Bazaar“ sind auch jedem bekannt. Die Geschäfte, die nur Perrennarartikel führen, wie Arabatten, Hüte, feine Leibwäsche u. a. vermehren sich. Auch jene großen Geschäfte, die nur Ausstattungen feilhalten, nehmen zu. In den Arbeitergebieten ist allerdings von dieser Entwicklung wenig zu merken. Die spekulativen Geschäftsleute richten ihre glänzenden Läden zuerst im Westen ein. Das dort wohnende Publikum hat viel höhere Bedürfnisse und kann sie ja auch viel leichter befriedigen; hat es doch die wüthigen Moneten dazu. Auf die muß es ein kluger Geschäftsmann vor allem absehen. Erst wenn der Westen schon genügend mit dem betreffenden Artikel versorgt ist, sucht sich der Kaufmann ein neues Absatzgebiet — weiter hinaus, wo die Arbeiter den Weg nach ihrem Heim nehmen.

So ist es denn natürlich, daß das Allerneueste auf dem betreffenden Gebiet auch im Westen, in einer großen Verkaufstraße entstanden ist. Es ist ein sogenannter „Baby-Bazaar“. In dem Geschäft giebt es nicht etwa Babys. Nein, nur allerlei Kratzele, die zur Pflege des Kindes gehören.

Da sind erstens ganz reizende Wollschiffchen mit fein glasiertem, krumem Gesicht. Ferner Spielische, Stühle aus Bambusrohr und geschnittenem Holz, Bettchen aus vergoldetem Eisenblech, herrlich bemalte Eßgeschirre, Löffel, Messer und Gabeln in allen Metallen, fein verziert, alles in den Größen, die den Kindern recht handlich und bequem sind. Und dann diese prächtigen Baby-Ausstattungen! Gerichte, mit Spitzen, ja fast nur aus feinsten Spitzen gefertigte Stielstücken, mit seidenern Schleifen geschmückt; niedliche Hemdchen, Socken aus Wolle, Mützen, Bichel, alles verziert und aus feinstem Material. Eine Freude für jede junge Mutter.

Selbstverständlich ist, daß keine Erziehungskraft der modernen Technik, soweit sie für die Kinderpflege in Betracht kommt, fehlt. Da wird allerlei Wunderbüchsen, Essenstischchen, Schwächlein und Cabegeräte, genau wie für die Großen der vornehmen Welt, nur in kleinerem Format. Auch Ernährungsapparate, Wärmeschiffchen aus Nidel und Turngeräte fehlen nicht. Die Hauptattraktion ist aber ein gepolsterter, einen Meter hoher Spielraum, in den die kleinen Wälder gestellt werden, wenn sie im Zimmer der Mama spielen sollen, ohne daß sich diese mit ihnen zu beschäftigen braucht.

Das wäre so ein Ideal für manche Arbeiterfrau. Die könnte es wahrlich nötig gebrauchen, wenn sie mit verdienen und lochen muß. Ja, es ist eben alles da; aber nicht für die, denen es noth thut, die das Bedürfnis dazu haben. . . .

Wirklich, das Herz jeder Arbeiterfrau muß vor Freude springen, wenn sie diesen Laden sieht und erfährt, wie weit wir es in Wirklichkeit schon gebracht haben. Und sie wird das alles gewiß den Kindern der Reichen gönnen. Aber sie wird es auch ihren Kindern wünschen. Ja, wenn sie eine gute Mutter ist, muß sie das ihren Kindern wünschen! Und die Verechtigung zu diesem Wunsch, dieser Forderung wird sie in ihrer Brust fühlen und sich freudiger wie vorher denen anschließen, die das Gute nicht nur den Reichen, sondern Allen verschaffen wollen!

Aus der städtischen Armenpflege.

Ein wichtiger Theil der Armenpflege ist die Armen-Krankenpflege. In der sogenannten „offenen“ Armen-Krankenpflege, die den Armenkranken ärztliche Behandlung nicht in Anstalten, sondern in der eigenen Wohnung gewährt, wurden — nach Angabe des Armendirektions-Berichts pro Etatsjahr 1897/98 — im Kalenderjahr 1897 (bezgl. im Vorjahr 96) von den Armenärzten 48 791 (46 424) verschiedene Fälle von Erkrankungen u. s. w. behandelt, einschließlich einer Anzahl Fälle, wo nur Impf-, Schulbesuchungs- u. s. w. Akte ausgeführt, Krücken, Bandagen u. s. w. verschrieben und verordnete Armenkranke nur als Leiche befristigt

wurden. Auf jeden der 78 (bezgl. 75) Medizinalbezirke, die 1897 (bezgl. 96) zur Ausübung der „offenen“ Armen-Krankenpflege bestanden, kamen durchschnittlich 626 (619) Fälle. In den einzelnen Bezirken war aber die Zahl der Fälle sehr ungleich, entsprechend der ungleichen Verteilung der Armen über die Stadt. Das Minimum war 90 (Vorjahr: 85) Fälle, das Maximum 1626 (Vorjahr: 1714) Fälle. In beiden Jahren hatte das Minimum der 3. Bezirk (Mutter des Linden und benachbarte Straßen), das Maximum der 74. Bezirk (Pappel-Allee und benachbarte Straßen bis hinüber zur Prenzlauer Allee). Die 48 791 (46 424) Fälle vertheilten sich auf 42 882 (38 431) verschiedene Personen, von denen viele in demselben Jahre wiederholt erkrankten. Auf jeden Bezirk kamen durchschnittlich 549 (512) Personen, das Minimum von 29 (28) auf den 3. Bezirk, das Maximum von 1479 (1530) auf den 74. Bezirk. Verordnungen wurden 212 147 (208 133) verschrieben, pro Fall 4,3 (4,5), pro Person 4,9 (5,4). Der Durchschnitt pro Bezirk war 2720 (2775) Verordnungen. In beiden Jahren hatte das Minimum der 3. Bezirk mit 120 (95), das Maximum der 74. Bezirk mit 7557 (7554) Verordnungen. In 12 (Vorjahr: 13) Bezirken ging die Zahl der Verordnungen über 4000 hinaus, — ein Beweis, daß manchen Armenärzten aus ihrem keineswegs glänzend bezahlten Amt eine ganz bedeutende Arbeitslast erwächst. Leider ist aus den Berichten der Armenverwaltung nicht zu ersehen, wie oft die Armenärzte von Armenkranken konsultirt bezgl. die Armenkranken von den Armenärzten bejucht wurden. Die Zahl der Konsultationen und Besuche dürfte aber noch höher als die der Verordnungen gewesen sein. Unter den Erkrankungen-ursachen standen 1897 obenan die Krankheiten der Athmungsorgane mit 10 576 Erkrankten (für 1896 fehlt hier eine Angabe), wovon 495 starben; nächstdem die Krankheiten der Verdauungsorgane mit 8007 Erkrankten (1896 fehlt), wovon 299, darunter 232 Säuglinge, starben. Im Ganzen starben 1557 (Vorjahr: 1504) Behandelte; außerdem wurden 124 Personen (Vorjahr: 249) nur als Leiche befristigt. Ueber die Wohnungsberehältnisse der Armenkranken haben sich die letzten beiden Berichte der Armenverwaltung leider ausgesprochen. Die früheren Berichte pflegten sich hierzu ausführlich zu äußern, wobei sie in der Regel sehr Ungünstiges zu melden hatten.

Das neue Jahrhundert.

Wir erhalten folgende Zuschrift, deren alterthümliche Buchstaben wir allerdings nur mit schwerer Mühe entziffern konnten: Auf Grund des § 11 erlaube ich die Redaktion des „Vorwärts“ um die Aufnahme folgender Berichtigung:

Ihr Blatt gehört leider zu denen, die da behaupten, daß das neue Jahrhundert mit dem 1. Januar 1901 beginnt. Das ist falsch; ich als Schöpfer und Inbegriff aller Zeit muß das entschieden am besten wissen. In meinem Reich herrscht kein Bureaukratismus, und Sie brauchen mich auch nicht zu belehren, daß ich nicht mit dem Jahre 0 angefangen habe. Ich habe, das sollten Sie aus der Philosophie wissen, niemals angefangen, wie ich auch niemals aufhöre.

Der Begriff des Jahrhunderts ist eine ganz willkürliche Einteilung des Menschentums, beruhend auf dem delatidischen Zahlensystem; und demgemäß muß — ohne daß man nöthig hätte, aber das Mäthsel des ersten Anfangs zu grübeln, die Zeiteinteilung mit der Zahleneinteilung übereinstimmen. Die erste Dekade des Zahlensystems beginnt mit 0 und endigt mit 9, die zweite mit 10 und endigt mit 19 u. s. w.

Die Orthographie der Zahl entscheidet, nicht die pedantische Listelei über den chronologischen Anfang. Die neue Zahl bringt das neue Jahrhundert.

Das Volk hat auch, ganz meiner Auffassung gemäß, niemals anders geredet. Die superlunigen Söhne von heute freilich werden die Chilasaten, die vor dem Jahre 1000 sich fürsteten, weil sie von ihm den Weltuntergang erwarteten, nachträglich belehren, daß sie sich ein Jahr zu früh entsetzt hätten; sie hätten bis zum Jahr 1001 mit ihrer Ansicht warten müssen. Aber damals entschied eben die runde Zahl, wie sie auch jetzt niemanden, der volkstümlich zu denken vermag, überzeugen werde, daß er das neue Jahrhundert erst dann beginnen dürfe, wenn er es bereits 365 Tage lang geschrieben hat.

Der Streit zwischen den Pedanten und den Naturburschen der Zeitrechnung ist uralte. Selbst ihr „Großer Mener“ bekennt:

Die Frage, ob ein neues Jahrhundert beispielsweise mit dem 1. Januar 1000 oder 1001 beginnt, hat wiederholt die Geister lebhaft beschäftigt, ums Jahr 1700 sogar so stark, daß man mehrere Medaillen auf den Streit geprägt hat mit lateinischen Aufschriften, wie z. B.: „Gört doch Wunder, im Jahre 1700 wüthten die Zeute nicht, wie alt sie waren u. s. w.“ 1800 hat sich der Streit wiederholt. Die einen sagen, das Jahrhundert, resp. Jahrzehnt beginnt, wenn die betreffende Stelle der Jahreszahl geändert wird, das Jahr 99 sei das letzte des vorigen Jahrhunderts; die anderen sagen, die Jählung jedes neuen Jährlus beginne mit 1 und nicht mit 0. In der Praxis haben die Anhänger der ersteren Auffassung Recht behalten; denn man hat allemal das neue Jahrhundert: am 1. Januar 1000, 1700, 1800 begrüßt.

Und das war recht so; denn man feiert das neue Jahrhundert ebenso, wie es der Geist der Zahleneinteilung erfordert, und es ist sinnlos einen Konflikt zwischen Zahl und Zeit müßwillig heraufzubeschwören.

Uebrigens haben Sie ja in Deutschland die Sache bereits amtlich entschieden: Ihr Bürgerliches Gesetzbuch soll als Jahrhundertwohle am 1. Januar 1900 in Kraft treten. Warum hat man nicht den 1. Januar 1901 mit dieser feierlichen Aufgabe betraut? Nun, weil der 1. Januar 1901 durch die Kraft der Schreibung den „Reiz der Neuheit“ seit einem Jahre eingebüßt hat. Wie Sie sich aber auch entscheiden würden, ob Sie den dären Calcül über die Feinde der jungen Jährgestalt steuern lassen oder nicht, seinen Geburtstag wird am Silvester 1899/1900 feiern.

Jhr in alle Zukunft, und namentlich für die Zukunft treu ergebener Schwager Chronos.

Die Parteigenossen und Genossen des zweiten Reichstags-Wahlkreises werden auf die am nächsten Sonntag Schönleinstr. 6 stattfindende Versammlung aufmerksam gemacht und zu zahlreichem Besuch eingeladen. Nach dem Vortrage gemüthliches Beisammensein. Die Vertrauensperson.

Die Unterrichtsbesuche der Gemeindeschulen. Die Berichte der städtischen Schuldeputation theilen seit einigen Jahren mit, aus welchen Klassen die nach Vollendung der Schulpflicht entlassenen (also in der Regel 14 Jahre alten) Gemeindeschulinder abgegangen sind. Der neueste Bericht (pro 1897/98) giebt an, daß im Jahre 1897 abgingen aus den Klassen:

	I	II	III	IV	V	VI	überhaupt
Anaben	5 657	2376	918	238	11	1	9 201
Mädchen	5 989	2516	992	192	8	2	9 699
Zusammen	11 646	4892	1910	430	19	3	18 900

Von 9201 bezgl. 9699 abgegangenen Anaben und Mädchen hatten 3544 bezgl. 3710, also 38,5 pCt. bezgl. 38,3 pCt., die 1. Klasse nicht erreicht, in die sie unter normalen Verhältnissen schon nach fünfjährigem Schulbesuch mit Vollendung des ersten Lebensjahres hätten verlegt werden müssen. 1168 bezgl. 1194 Anaben und Mädchen, also 12,7 pCt. bezgl. 12,3 pCt., waren nicht einmal bis zur zweiten Klasse gekommen, die sie unter normalen Verhältnissen schon nach vierjährigem Schulbesuch mit Vollendung des sechsten Lebensjahres hätten erreichen müssen. Dieses für die vielgerühmte Berliner Gemeindeschule wenig schmeichelhafte Ergebnis ist zweifellos viel weniger aus Mangel an Pefähigung und Eifer bei den Schülern und den Lehrern zu erklären, als aus den Mängeln der Schule selber, aus der ungewöhnlichen Einteilung des Lehrstoffes, aus der erst wenig geminderten Ueberfüllung der Klassen u. s. w. u. s. w.

Jur Statistik des Berliner Schulwesens bringt der neueste Bericht der städtischen Schuldeputation (pro 1897/98) eine Uebersicht,

nach welcher Ende 1897 (bezgl. 1896) in Berlin im Ganzen 876 (376) Schulen mit 5290 (5193) Klassen und 243 068 (237 378) Schülern und Schülerinnen vorhanden waren. Darunter waren 217 (212) Gemeindeschulen mit 3770 (3647) Klassen und 196 277 (190 250) Schülern. In den Gemeindeschulen kamen auf je 1 Klasse durchschnittlich 82,06 (82,17) Kinder. Die Durchschnitts-Frequenz ist hier in den Klassen seit einer Reihe von Jahren in langsamem Rückgange; sie ist auch im Jahre 1897 weiter gesunken. Dagegen ist die Durchschnittszahl der Kinder pro Schule bereits seit 2 Jahren wieder im Steigen. Ende 1897 (bezgl. 1896 und 1895) kamen auf je 1 Gemeindeschule durchschnittlich 904,5 (897,4, 880,0) Kinder. Man baut eben heute für die Gemeindeschulen fast nur noch ganz große Schulkäuser mit möglichen vielen Klassen, weil das verhältnismäßig billiger ist. Dadurch wird selbst bei fortwährendem Sinken der Klassenfrequenz die Zahl der Kinder pro Schule erhöht. — Was den Antheil der Schulkinder an der Bevölkerung angeht, so ist dieser schon seit zehn Jahren fast ununterbrochen gesunken; es ist das vorwiegend eine Folge des Sinkens der Geburtenziffer. Auf je 10 000 Personen der Bevölkerung vom Jahresende kamen 1897 (bezgl. 1896 und zehn Jahre früher 1887) im Ganzen 1382 (1383, 1454) Schulkinder, darunter speziell 1118 (1109, 1124) Gemeindeschulkinder.

Unter den Führerinnen der bürgerlichen Frauenbewegung ist ein heftiger Zwist ausgebrochen. Derselbe trat in der vor einigen Tagen abgehaltenen Generalversammlung des Vereins „Frauenwohl“ öffentlich in der Erscheinung und zwar gelegentlich der Wahl zweier Vorstandsmitglieder. Gewählt wurden Hrl. Dr. jur. Anita Augsburg und Frau v. Witt, während Frau Bieber-Böhm und Hrl. Meißner unterlagen. Der „Volls-Zeitung“ zufolge soll diese Wahl gleichbedeutend sein mit dem Siege einer entschiedenen Richtung der Frauenbewegung, über eine zahme, nationalliberale. Andererseits werden dagegen die Auslassungen eines Mannes veröffentlicht, der in der bürgerlichen Frauenbewegung auch eine Rolle spielt und daher als Eingeweihter gelten kann. Dieser Herr erblickt den wahren Grund des Krieges unter den bürgerlichen Damen in Hälteleien persönlicher Natur, die schon seit einiger Zeit zwischen Frau Cauer und Frau Bieber-Böhm bestehen. — Mit dem Siege einer entschiedenen Richtung scheint es demnach nichts zu sein.

Zu Sachen des Großschiffahrtsweges Berlin-Stettin empfing der Minister der öffentlichen Arbeiten Theilen gestern eine Abordnung des „Binnenschiffahrtsvereins“ für den Norden und Westen der Provinz Brandenburg, der, außer dem Vorsitzenden Abg. M. Prömel, Fabrikbesitzer C. Vorig, Fabrikdirektor W. Dittmar, Oekonomierath Lamprecht und Bauath a. D. Tollmit angehörten. Die Abordnung überreichte die von Herrn Tollmit verfaßte, für die Westlinie eintretende Schrift und legte ihre Wünsche wegen der mit dem Kanalbau zu verbindenden Meliorationen für das Oberbruch und das Havelland dar. Der Minister erklärte die großen Schwierigkeiten, die durch die gebotenen Rücksichten auf die Landeskultur- und Schiffahrtinteressen, sowie durch technische Fragen der Entschcheidung der Sache bereitet würden, und erklärte, daß die von der Regierung unternommene eingehende Prüfung aller einschlägigen Verhältnisse, inmitten des mannigfach hervorretenden Widerstreits der Interessen, sachlich und unparteiisch fortgesetzt werde.

Der Kaiser auf dem Schimmel Aurfürst. Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt in nothleidenden Deutsch: „Der bekannte Maler von Koffal in Berlin hat gegenwärtig ein neues Gemälde des Kaisers in Arbeit. Daraus wird der Monarch in der Uniform seines hannoverschen Königs-Regiments auf dem Schimmel Aurfürst in dem Augenblicke dargestellt, in welchem er bei Gelegenheit der Kavalleriemänöver in der Senne bei Baderborn, einer Kavalleriedivision voranzureitend, eine Attade reitet.“

Ans dem Händelmaschinenbau dieser Meldung geht nicht klar hervor, ob der Kaiser das Bild zuerst gemalt und es dann dem Herrn Koffal zur Ausarbeitung gegeben oder ob der Monarch nun als Modell an der Herstellung des Gemäldes Antheil hat.

Zu der Angelegenheit in den Verkhäten des Offiziersvereins freut es uns, berichten zu können, daß auch die auf Stüchlohn arbeitenden Sattler für die unfreiwillige Arbeitsruhe des 27. Januar rechtzeitig eine Entschädigung erhalten haben. Es steht zu hoffen, daß nunmehr ebenfalls die Schneider, die im Stüchlohn beschäftigt sind, schadlos gehalten werden.

Der in den Berliner Gärtnereien in großem Maßstab getriebenen Jucht der La France-Rosen droht eine ernste Gefahr. Die Rosen dieser Art werden allerdings von einer bisher nicht beobachteten Krankheit heimgegriffen, die kurz vor der Blüthezeit, also während die Pflanze sich in vollster Vegetation befindet, akut auftritt und sich darin äußert, daß die einzelnen Triebe schlaff werden und innerhalb weniger Tage die Blätter fallen lassen. Ueber die Ursache der Krankheit gehen die Meinungen noch auseinander. Während die wissenschaftlichen Kreise hier die Wirkung eines Wurzelpilzes vermuten, neigen die Praktiker der Ansicht zu, daß es sich um eine allgemeine Schwäche-Erscheinung handelt. Für die Richtigkeit der letzteren Annahme spricht sehr viel. Ein Pilz würde jedenfalls nicht nur die La France-Rosen, sondern auch andere Rosenvarietäten befallen; die Krankheit ist aber bisher nur bei La France-Rosen beobachtet worden. Andererseits ist es eine bekannte gärtnerische Erfahrung, daß Schneiden schwächt. Gerade die La France-Rose aber wird schon seit Jahren fast ausschließlich und viel mehr als jede andere Rosenart „saugtielig“ in den Handel gebracht, und es ist daher sehr erklärlich, daß die Triebkraft dadurch stark geschwächt wird und daß diese Schwächung sich gerade dann äußert, wenn die Pflanze die meiste Kraft braucht, also vor Entfaltung der Blüthe.

Zwei Berliner Professoren schwer verletzt. Die beiden Augenärzte Geheimrath Medizinalrath Professor Dr. Hirschberg und Professor Dr. Greff erlitten schwere Unfälle in der Nacht vom Sonntag zum Sonntag, deren Glatteis bekanntlich viele Opfer forderte. Die beiden Gelehrten sind bei ihrem Sturz sehr lädel fortgekommen. Professor Hirschberg brach den rechten Arm, so daß er für längere Zeit aus Krankenlager gefesselt sein wird. — Uebrigens noch bedenklicher ist der Unfall, der dem dirigierenden Arzte der Augenstation an der k. k. Charitee, Professor Dr. Greff, zugefallen ist. Er glitt aus, fiel hintenüber und schlug so heftig mit dem Hinterkopf auf, daß er sich eine Verletzung des Schädels zuzog. Professor Greff ist auch im günstigsten Falle für lange Zeit seiner Thätigkeit entzogen.

Unter dem Namen „Konsumverein Berlin“ ist hier nach einem Vortrage des Parteigenossen Dr. Leo Kros eine Konsumgenossenschaft gegründet worden, der jetzt über 100 Mitglieder angehören. Der Stammanteil beträgt 30 M. und kann in Raten von mindestens 50 Pf. eingezahlt werden. Die jetzt ausgearbeiteten Statuten werden demnächst einer Vereinsversammlung zur Verathung vorgelegt; als Publikationsorgan des Konsumvereins gilt der „Vorwärts“. Näheres über diese Organisation findet sich im Inseratentheil dieser Nummer.

Auf dem Nordbahnhofe geriech gestern früh der Arbeiter Johann Gerstenberger zwischen die Räder zweier von Arbeitern geschobenen Eisenbahnwagen und erlitt eine erhebliche Quetschung der Brust.

Arbeiter-Tauhiltskommission. Von Herrn Gustav Jakobson, dem Eigentümer des Hauses Fürstenthr. 9, erhalten wir folgende Zuschrift: „Der in Frage kommende Keller Fürstenthr. 9 ist in allen seinen Theilen hell, trocken und luftig. Derselbe hat noch der Straße zu einen großen Verkaufsräum mit Kisten-Regalen, ein durchweg in Oel gestrichenen Wänden, ein großes Fenster und eine Glas Thür, Flächenraum 24 Quadratmeter; daneben eine Kiensteine Stube von 15 1/2 Quadratmetern, Wände tapeziert, Fußboden geölt und mit Linoleum belegt. Nach hinten eine Kiensteine Stube, 17 1/2 Quadratmeter, geölt und mit Linoleum belegt, sowie einen geräumigen Korridor, eine hinreichend große Küche mit 1 Fenster,

1 Räucherzimmer und 1 Kofel. Alles dieses hell, freundlich und erst vor dem Einzug des jetzigen Miethers vollkommen renoviert. Die den Hinterhof in der Entfernung von 270 Meter gegenüberstehenden Kalkstein sind ganz neu, absolut dicht und werden nicht auf dem Hof entleert, sondern auf der Straße gegen freie Ausgewechselt, so daß die Fenster ohne irgend welche Beschwerden fast den ganzen Tag offen stehen können. Die Zu- und Abfließ-Rohre sind im ganzen außerordentlich sauberen und freundlichen Hause vollkommen in Ordnung. Die kleine Beschädigung in der über dem Keller liegenden Wohnung, welche nur das Durchsickern von einigen wenigen Tropfen reinen Wassers verursachte, ist sofort nach gemachter Anzeige beseitigt worden.

Selbstmord-Chronik. Eine 17 Jahre alte Sängerin tötete sich Nachmittags in der Wohnung ihrer Eltern in der Poststraße durch einen Revolvererschuss in den Kopf. Sorge um ihre Zukunft war die Veranlassung zur That. — Erhängt aufgefunden wurde Nachmittags die schwer mitleidende Rentnerin Johanna B. in ihrer Wohnung in der Jahnstraße und Abends der 22jährige Schriftsetzer Kurt S. in einem Hotel in der Straußensstraße. In beiden Fällen liegt unzweifelhaft Selbstmord vor. — In Folge ehelichen Unfriedens verbrachte Abends der 44 Jahre alte Schlosser Theodor A. in seiner Wohnung in der Wienerstraße sich mit einem Zirkelmesser den Hals zu durchschneiden, brachte sich jedoch nur eine leichte Verletzung bei. Nach Anlegung eines Verbandes wurde er nach dem Krankenhaus am Urban gebracht.

Nachkrankheit. Das Königl. Polizeipräsidium theilt mit: Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung vom 20. August v. J. wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die Nachkrankheit unter den Pferden des Speiditens Kempfermann, Laufstraße 34, erloschen ist.

Einen internationalen Kongress veranstaltet der Deutsche Impfgegner-Verein am 18., 19. und 20. Juni in Berlin. Der Deutsche Bund der Impfgegner beabsichtigt die Vertreter des Kaiserlichen Gesundheitsamtes, wie überhaupt die impffreundliche Ärzteschaft unter Zuziehung völler Mediziner zur Teilnahme an den Sitzungen des Kongresses einzuladen. Es soll, wie mitgeteilt wird, die Impffrage vom medizinischen, juristischen und philosophischen Standpunkte in sachlicher Weise und vor voller Öffentlichkeit erörtert werden.

Urania. Heute, Freitag, 8 Uhr, hält in der „Urania“ der Ethnologe Dr. Heilmann einen Vortrag über das „Erwerbaleben der Wilden“ (Ackerbau, Viehzucht, Industrie, Handel und Geld u. s. f.). Zahlreiche Projektionsbilder sowie Sammlungen werden den interessanten Vortrag erläutern helfen. Eine Deputation der „Rahlfisten“ (Passage-Panoptikum) hat ihre Erseinen zugesagt.

Theater. Im Schiller-Theater ist die Besetzung der Hauptrollen in der ländlichen Komödie „Die Bürgermeisterei“ von Max Burghard folgende: Regisseur: Max Paicgg, Assistent: Gustav Dörmann, staatsanwaltschaftlicher Funktionär: Alfred Walter, Notar: Alfred Schmojow, Diener: Karl Dahlen, Wader: Max Wehrandt, Wurzbaumer: Walter Jollin, Mal: Helene Rosner, Kassenwart: August Weigert, Krappfenmüller: Max Laurence, Josef: Grete Meyer, Derfnerbus: Leopold Thurner. In Juida's einaktigen Lustspiel „Unter vier Augen“ ist Paula Lebermann, Elise Seitz, Ferdinand Gregori, Wally Frohse und Leopold Thurner beschäftigt. Die erste Aufführung dieser beiden Stücke findet heute statt. — Im Apollo-Theater hat am Mittwoch die erste Vorstellung des neuen Februar-Programms stattgefunden. Von den bisherigen Künstlern sind die vorzüglichen Kofequilibristen Brang, Ivan Tschernow mit seinen dreifüßigen Hunden, die Akrobaten Carango und vor allem die Wirtelkünstlerin Alexia wieder verpflichtet worden. Aus dem Kreise der neu Hinzugekommenen seien die Sängerin Carmen Jaur und der Verwandlungskünstler Segommer in seiner neuen Nummer als deutscher Fregoli besonders hervorgehoben. Am Sonnabend beginnt das Gastspiel von Hette Gullbert. — Im Passage-Panoptikum hat das Repertoire des Variété-Theaters am 1. Februar einen vollständigen Wechsel erfahren. Von den 22 Programmnummern dürften vor allem die Darbietungen des unheimlichen „Mannes mit dem Riesenschilde“, Dr. Bernardo, Aufsehen erregen. Dr. Bernardo führt verschiedene Säbel, ja selbst Rasiermesser, bis ans Heft in seine Speiseröhre ein, er verschluckt eine überzogene Glühlampe und verpeißt eine Taschenuhr, deren Tiden durch die Magenwand deutlich hörbar ist.

Feuerbericht. Ein größerer Brand verursachte Donnerstag früh einen Alarm nach Holzmarktstr. 60, wo das Garlager der Engrosfirma von Lewin in Flammen stand. Bei Anbruch der Nacht schlugen die Lehteren bereits durch die Fenster, sodas mit mehreren Schlauchleitungen vorgegangen werden mußte. Es gelang zwar in kurzer Zeit, des Feuers Herr zu werden, doch ist der verurachte, durch Verwüstung gedeckte Schaden sehr beträchtlich. Eine Störung des Geschäftsbetriebes tritt nicht ein. Mittwoch Abend brannte Al-Moadit 80/81 der Reimenvorhang in einem Maschinenhuppen.

Aus den Nachbarorten.

Johannisthal, Nieder-Schöneweide! Den Mitgliedern des Sozialdemokratischen Vereins wird bekannt gegeben, daß die nächste Versammlung am 4. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, bei Strecker stattfindet. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Tempelhof, Mariendorf, Marienselde. Der Arbeiter-Vereinsverein hält nächsten Dienstag Abend 8 Uhr im Lokale des Herrn Gerich eine Mitgliederversammlung ab, in welcher der Gewerkschaftssekretär Willars über Unfallversicherungs-Gesetz und die Arbeiter referieren wird. Es wird ein zahlreicher Besuch besonders von den in Tempelhof beschäftigten Fabrikarbeitern erwartet. Gäste sind willkommen. Der Vorstand.

Charlottenburg. Der Bau des Reform-Gymnasiums und einer Gemeindeschule am Savignypfad ist von der Regierung verlagert worden. Als Grund für diese Entschaltung wird bezeichnet, daß der Bauplatz unmittelbar an der Stadtbahn liegt. Von dem lebhaften Verkehr auf derselben befürchtet die Aufsichtsbehörde eine Störung des Unterrichts. Der Magistrat hat demgemäß gestern beschlossen, der Stadtverordneten-Versammlung die Mitteilung zu machen, daß er seinen Antrag über die Ausführung der beiden Schulen zurückziehe. Der Magistrat beabsichtigt, wegen des Baues mit der Regierung in neue Verhandlungen einzutreten.

Aus dem Dorfe der Reichen. Die Kolonie Grunewald, welche am 1. April d. J. in die Reihe der selbständigen Gemeinden tritt, soll nach einem von der bereits gewählten Gemeindevertretung gefassten Beschlusse von jenem Zeitpunkt an den Namen „Grunewald bei Berlin“ führen, so daß also die Bezeichnung „Kolonie“ fortan wegfällt. Zum Gemeindevorsteher ist der Baumeister und Direktor Bied gewählt worden, welcher diesen Posten ehrenamtlich verwaltet wird und bereits vereidigt sowie von der Regierung bestätigt worden ist. Eine gesunde Entwicklung der neuen Gemeinde ist vor allem dadurch gesichert, daß infolge der geringen Schullasten und der fast ganz fehlenden Armenlasten zur Besserung der gesamten Unterhaltungslosten der Gemeinde die den Gemeindegliedern aufzuerlegenden Kommunallosten mit Einschluß der 33 1/2 Prozent betragenden Kreissteuern sich auf höchstens 50 Prozent belaufen werden. Diese im Kreise Teltow und wohl auch in den meisten anderen Kreisen einzig dastehende Thatsache ist eine Folge des hohen Vermögensstandes, dessen sich die Bewohner der Kolonie Grunewald zu erfreuen haben. Die Aufgaben, welche der neuen Gemeindeverwaltung barren, beziehen sich zunächst auf die Erbauung eines eigenen Gemeindepfandhauses, da die Kinder augenblicklich noch die Volksschulen von Charlottenburg und Halensee-Wilmersdorf besuchen, wofür den Eltern der Kinder Schul- und Jahrgeld aus der Gemeindefasse erstattet wird. Sodann soll am 1. April d. J. für Grunewald eine Hundsteuer eingeführt werden. Als eine Folge der Erhebung der Kolonie zur selbständigen Gemeinde ist schon jetzt

die ungemein rege Bauhätigkeit zu betrachten, die augenblicklich in fast allen Theilen des Gemeinbezirktes herrscht. Ueberall werden prachtvolle Wohnhäuser aufgeführt, von denen einige ein geradezu geschmackloses monumentales Gepräge zeigen. Auch die Herstellung einer elektrischen Ringbahn im Grunewald, welche im Anschluß an die bereits vorhandene Dampfstation ihren Weg durch die Königs-Allee nehmen und auch eine Schleife nach dem Bahnhof Grunewald erhalten soll, ist schon so weit vorgeschritten, daß die Bahn zu Anfang des Sommers dem Verkehr übergeben werden kann.

Der Gemeindevorstand von Tempelhof veröffentlicht eine Bekanntmachung des Landraths, daß die Ankerungen für oder gegen die Errichtung einer Zwangsordnung für das Schneiderhandwerk im Bezirk der Gemeinden Steglitz, Lankwitz, Friedenau, Deutsch-Wilmersdorf, Schmargendorf, Zehlendorf, Gr. Lichterfelde, Mariendorf, Marienselde, Tempelhof, Pflendrade, Wilmersdorf und des Gutsbezirktes Dahlem schriftlich bis zum 15. Februar oder mündlich vom 1. bis 15. Februar d. J. werktäglich von 9 bis 2 Uhr im Dienstgebäude, Berlin W., Viktorstr. 18, Zimmer 15, erfolgen können. — Nur diejenigen Neuankömmlinge haben Gültigkeit, aus denen die Zusage oder Verneinung deutlich hervorgeht.

Einen Schutzoll auf Obst verlangte eine Versammlung von Werder'schen Obstzüchtern, die vor einigen Tagen abgehalten wurde. Die Herren wogten es angefaßt der Thatsache, daß ihnen die amerikanische Schußlaus so wunderbar helfend zur Seite gestellt wurde und daß ein Pfund einigermaßen genießbarer Apfel jetzt 30 bis 40 Pf. kostet, von einem rapiden Rückgang der Obstpreise und von einer geradezu erdrückenden Konkurrenz des Auslandes zu reden. Den Arbeitern ist es schon lange nicht mehr möglich, einheimisches Obst in guter Qualität zu erziehen; sollen die Werder'schen Apfel hinfort etwa nur für Pastiermaschinen da sein?

Zwei Menschenleben sind am Dienstag Nachmittag in der Nähe des Havelstädtchens Werder beim Eislauf zu Grunde gegangen. Die sechs Schüler, welche in Glinow von dem dortigen Ortspfarrer Herrn Hoffmann für das Seminarregimen vorbereitet wurden, verabredeten eine Schlittschuhpartie auf dem Glinower See; es waren dies die Brüder Arnold und Albert Stampa, Söhne einer Lehrermittwe aus Probowin in der Uckermark, Otto Gommel, der einzige Sohn eines Glinower Eigentümers, Ottomar Hoffmann, ein Sohn des Glinower Pfarrers, Walter Andrich, Sohn des Glinower Hauptlehrers, und Gustav Wiling, Sohn einer Wittve in Charlottenburg. Nachdem die sechs jungen Leute die Tragfähigkeit des Eises geprobirt hatten, fuhren vier von ihnen in der Richtung nach Begow, während Albert Stampa und Walter Andrich eine andere Richtung einschlugen. Arbeiter, welche mit dem Abmähen von Schilfrohr beschäftigt waren, warnen die vier dahinjaukelnden Läufer vor einer gefährlichen Stelle des Eisfeldes, die am Tage vorher noch offenes Wasser gezeigt habe. Die jungen Leute ließen die Warnung jedoch unbeachtet, und Otto Gommel und Arnold Stampa, welche ihren Gefährten etwa 60 Meter voraus waren, brachen an der ihnen bezeichneten Stelle durch das nur etwa 10 bis 12 Millimeter starke Eis ein und verschwanden im Wasser. Ottomar Hoffmann, der das Unglück wahrnahm, steuerte sofort dem Ufer zu und holte von dort zwei Stangen, mit denen er den mit dem Tode kämpfenden Kameraden zu Hilfe kommen wollte. Bei dem Rettungsversuche brach er aber selbst ein und vermochte sich nur mit vieler Mühe wieder auf festes Eis zu schwingen. Er und Wiling mußten nun, da weitere Rettungsversuche ausgeschlossen waren, mühsam mit ansehen, wie ihre beiden Freunde Gommel und Arnold Stampa den Tod im Wasser fanden.

Aus Groß-Lichterfelde wird uns geschrieben: Die Betriebsleitung der elektrischen Bahn in Lichterfelde hat 60 M. Belohnung demjenigen zugesagt, der ihr zur Wiedererlangung des in voriger Woche in der Teltowstraße gestohlenen Kupferdrahtes verhilft. — Die diesjährige Militär-Musterung für Groß-Lichterfelde findet am 7. und 8. März in Henning's Restaurant statt. Am 7. März kommen die Militärpflichtigen des Jahrganges 1870, am 8. März die der Jahrgänge 1877 und 1878 zur Aushebung. — Der Brutto-Verbrauch für Kugelflugelzucht in der Chausseestraße 12 haben Einwohner einen Besuch abgestattet. Sie wurden jedoch verweigert, bevor sie ans Ziel gekommen.

Nicht weniger als drei erdichtete Ueberfälle sind in der letzten Zeit von Mädchen bei der Polizei zu Groß-Lichterfelde zur Anzeige gelangt. Auch die mit den Ueberfällen in Verbindung gebrachten Verabmigen waren erfunden. Es handelte sich in allen Fällen um Thätlichkeiten infolge Streites mit dem „Bräutigam“.

Aus Spandau wird berichtet: Vom Feuerwerkslaboratorium in Spandau ist eine Anzahl Maschinen für die Zündhütchen-Fabrikation nach dem gleichnamigen Institut in Siegburg geschickt worden, wo dieser Zweig des militärischen Betriebes nunmehr auch eingeführt werden soll. — Die Untersuchung wegen der im Feuerwerkslaboratorium auf der Havelinsel Eißwerder bei Spandau vorgekommenen Brände ist vollkommen ergebnislos verlaufen. Inzwischen ist eine ununterbrochene von Beamten des Instituts zu verrichtete Bewachung während der Nacht eingeführt worden; nebenher versteht natürlich noch das seit den Bränden verstärkte Wächterpersonal seinen Dienst. Der Verkehr fremder Personen auf der Insel wird streng kontrollirt. Es ist dafür gesorgt, daß sich zur Nachtzeit niemand der Insel auf dem Wasserwege nähern kann, ohne bemerkt zu werden.

Für Taubstummheiter kann die ebenso alte wie läbliche Gewohnheit, sich zugelegene Tauben kurzer Hand anzueignen, jetzt unter dem Eindruck des Gesetzes zum Schutz der Brieftauben seltener Folgen haben. So wurde kürzlich in Spandau ein Arbeitermeister, der eine in seinen Schlag verirrte Taube des Militärbrief-Taubenvereins „Eile“ behalten hatte, deshalb zu drei Wochen Gefängnis verurtheilt.

Soziale Rechtspflege.

Unregelmäßige Lohnzahlung berechtigt nicht nur zur sofortigen Arbeitsniederlegung, sondern begründet event. auch Entschädigungsansprüche. Mehrere Bauarbeiter hatten die Arbeit niedergelegt, weil sie statt am Sonnabend erst am Montag Geld erhielten, und überdies noch nicht einmal den vollen Betrag. Die Leute verklagten den ehemaligen Arbeitgeber beim Gewerbergericht, indem sie auch Entschädigungen dafür verlangten, daß der Unternehmer sie gezwungen habe, nicht erst bis zum Ablauf der Kündigungsfrist zu warten. Die Kläger machten geltend, sie hätten befürchtet, möglicherweise umsonst arbeiten zu müssen. Die Kammer III erkannte nach ihrem Antrage. Der Vorsitzende führte aus, die Kläger hätten sofort gehen können, denn der Arbeitgeber sei nicht nur zur Lohnzahlung verpflichtet, sondern auch dazu, den Lohn pünktlich zu zahlen. Hier sei nun anzunehmen, daß der Vorklage Herrg durch sein Verhalten es den Klägern unmöglich gemacht habe, die vertragsmäßige Dauer der Arbeit ungeschwächt, also mindestens noch 14 Tage zu bleiben. Aus diesem Grunde müsse Vorklage für den Ausfall entschädigen, den sie während der 14 Tage hatten.

Unbefugtes Verlassen der Arbeit fand der Inhaber der Zypfongesellschaft Hoffmann u. Romp darin, daß der Werkmeister B. von der Wahrnehmung eines Gerichtstermins, wozu er die Erlaubnis hatte, am fraglichen Tage nicht mehr zur Arbeit zurückgekehrt war. Er kündigte deshalb B., als dieser am nächsten Arbeitstage erschien. B. verklagte darauf die Gesellschaft beim Gewerbergericht und verlangte eine Lohnentschädigung. Er erklärte, der Termin sei allerdings schon um 1 Uhr Mittags beendet gewesen; er habe aber geglaubt, die infolge des Termins in Verzug kommenden Familienangelegenheiten gleich am Nachmittage erledigen zu sollen. Demgegenüber berief sich der Vertreter der Beklagten darauf, daß er zu B. ausdrücklich gesagt habe: Weilen Sie sich, es giebt wichtige Arbeiten. — Die Kammer V verurtheilte indessen die Be-

klage zur Zahlung von 60 M. und Gewerbergericht Teltow führte aus: Es könne hier nur von einer eigenmächtigen Verklagerung des Urlands gesprochen werden. Eine solche sei aber nicht als Entlassungsgrund anzusehen. Der Auftrag, sich zu beurlauben, wäre nur dann bedeutungsvoll, wenn dabei für den Fall des längerbleibens die sofortige Entlassung angedroht worden wäre.

Wegen Beschäftigung von Arbeitern in einem gesetzlich bestimmten Feiertage war der Fabrikant Hied in Köln angeklagt worden. Er hatte am Himmelfahrtstage in seiner Fabrik arbeiten lassen und sollte dadurch den § 105 b der Gewerbe-Ordnung, sowie die bekannte Kabinetsordre von 1837 verletzt haben. Der Angeklagte wurde jedoch in zweiter Instanz unter folgender Begründung freigesprochen. Hied, der Katholik sei, habe sich vorher erkundigt, ob der Himmelfahrtstag zu den gesetzlich bestimmten Feiertagen gehöre, und da sei ihm der fallische Bescheid geworden, der Himmelfahrtstag wäre kein solcher Feiertag. Es sei hiernach ein thätlicher Irrthum im Sinne des § 59 des Strafgesetzbuches anzunehmen, und der Angeklagte löme darum nicht bestraft werden. Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein und machte geltend, die Anwendung des § 59 sei nicht berechtigt; das Kammergericht verwarf aber die Revision der Staatsanwaltschaft und führte aus, daß unter den obwaltenden Umständen der § 59 insbesondere mit Recht angewendet worden sei, weil § 105 b der Gewerbe-Ordnung die Frage, welche Tage zu den gesetzlich bestimmten Feiertagen gehörten, offen lasse.

Gerihts-Beitrag.

Wegen Verleumdung der Mitglieder des Schöffengerichts in Spandau hatte sich gestern der Genosse Rieger aus Spandau vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts II zu verantworten. Am 26. August d. J. wurde vom Schöffengericht in Spandau gegen vier Zimmergesellen wegen Streifvergehens verhandelt; der Zimmerer Meinte wurde allein zu einer Woche Gefängnis verurtheilt, die übrigen Angeklagten aber freigesprochen. Beim Verlassen des Saales soll nun Rieger in Bezug auf die Mitglieder des Schöffengerichts eine beleidigende Äußerung gefahren haben, die der Zimmermeister Samdach jur., der insbesondere auch gegen die vier Zimmergesellen den Strafantrag gestellt hatte, schleunigst zur Anzeige brachte. In der gestrigen Verhandlung bekundete der Zeuge Meinte jedoch mit aller Bestimmtheit, daß die inkriminierte Äußerung sich auf ihn selbst bezogen hätte; Rieger hatte ihm, Meinte nämlich, da er sich in seiner Klagefahse mangelhaft vertheidigt hätte, Vorwürfe gemacht.

Der Belastungszeuge Sambach, der seine ursprüngliche schriftliche Anzeige später noch ergänzt hatte, blieb jedoch im gestrigen Termine dabei, daß mit der betreffenden Äußerung das Schöffengericht gemeint gewesen sei und setzte sich dergestalt mit der eiddlichen Aussage des Meinte, an den die Worte gerichtet waren, in Widerspruch. Nach einem überzeugenden Plaidoyer des Vertheidigers Dr. Löwenstein erkannte das Gericht auf kostenlose Freisprechung des Angeklagten, indem es der Aussage des Meinte vollen Glauben beimaß. Der Staatsanwalt hatte zwei Wochen Gefängnis beantragt.

Die Beschäftigung von Kindern im zartesten Alter nimmt bei den ostpreussischen Landwirthen forgesetzt zu. Angehlich aus Mangel an ausreichenden Arbeitskräften beschäftigte der Besitzer Partschies in Schillehnen auf seiner Besitzung den neun-jährigen Jungen Temigleit. Das Kind wurde hauptsächlich als Hülfsjunge, vorkommendenfalls auch beim Häufelschneiden und Dreschen zum Anreiben der Pferde beschäftigt. Die Pferde mußte er von einem über dem verlebten Räderwerk befindlichen Stuhl aus antreiben. Im September v. J. fiel das Kind denn auch in die Maschine, wobei ihm ein Bein am Knie abgequetscht wurde. Der ärztlichen Kunst gelang es wohl, den armen Jungen am Leben zu erhalten, doch ist er ein Krüppel, der sich mit Hilfe zweier Krücken nur mühsam vorwärts bewegen kann. Wegen fahrlässiger Körperverletzung stand dieser Tage der Besitzer vor der zehnten Strafkammer als Angeklagter. Es wurde in der Verhandlung festgestellt, daß es der Mann nicht einmal für nötig gehalten hatte, das Kind auf die bei der Arbeit vorhandene Gefahr aufmerksam zu machen. Das Gericht verurtheilte ihn zu 20 Mark Geldstrafe oder zwei Tagen Gefängnis.

Das Urtheil verdient jetzt, wo gegen streikende Arbeiter die schwersten Strafen verhängt werden, einige Beachtung. Es fehlte den Richtern aufsehend nicht an Verständnis für die Nothlage, in welcher sich die Landwirthe infolge des Arbeitermangels befinden, denn es wurde kein verurtheilendes Wort darüber ausgesprochen, daß Kinder in dem Alter zur Arbeit — und zu gefährlicher Arbeit — herangezogen werden.

In der Strafsache gegen den Kunstmaler Dvorak hat der Vertheidiger, Rechtsanwalt Grönung, das Urtheil im Revisionswege angefochten, die Revision aber auf die beiden Punkte beschränkt, soweit die Verurtheilung Dvorak's wegen Untreue und Unterschlagung zum Nachtheile der Gebr. Schring erfolgt ist.

Unter dem Juchthausurtheil. Der Maurer Emil Biederich, der sich gestern wegen Röhigung vor der 9. Strafkammer des Landgerichts I verantworten mußte, hatte Lohnanspruch gegen seinen Arbeitgeber geltend gemacht. Der Kaufmann Köppe hatte für einen Neubau die Verlegung von Gipsplatten übernommen und mit den Arbeiten den Angeklagten und einige andere Maurer betraut, denen ein bestimmter Lohnsatz pro Quadratmeter zugesichert war. Der Angeklagte machte nun eines Tages Lohnforderungen gegen Köppe geltend, die dieser nicht anerkannte. Es kam darüber schon auf dem Bau zu einem Austritte, und A ging mit dem Angeklagten behufs weiterer Aussprache in ein in der Nähe gelegenes Schanklokal. Hier forderte der von anderen Arbeitern unterstützte Angeklagte, der seinen sauer verdienten Lohn gebrauchen müsse, unter „drohenden Geberden“ die Verdrückung seiner bestrittenen Forderung. Als A darauf das Schanklokal verlassen wollte, wurde ihm der Ausgang verwehrt und ihm zu verstehen gegeben, daß er aus dem Lokal nicht eher herauskomme, als bis er das Geld bezahlt haben würde. Er mußte schließlich mit dem Lohn herausreden, erstattete aber gleich darauf die Strafanzeige. Da der Angeklagte schon verurtheilt ist, so verurtheilte ihn der Gerichtshof zu 4 Monaten Gefängnis.

Gesellige Vereine, die in Freuden in eigenen Vereinsräumen nur an Mitglieder solche Getränke abgeben, die vom Verein in größeren Mengen eingekauft worden sind, bedürfen jetzt nach einer neuesten Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts einer Schankkonzession. Maßgebend für diese Entscheidung ist der § 33 der Gewerbe-Ordnung in seiner Fassung vom 6. August 1896 und der Ministerialerlaß vom 27. Dezember 1896, der sich auf den § 33 stützt. Dem Einwand des klagenden Vereins „Victoria“, daß sein Zweck die Pflege der Geselligkeit und nicht die Ausübung des Schankbetriebes sei, erklärte der dritte Senat für unerheblich.

Soziales.

Die „Berliner Politischen Nachrichten“ prahlen wieder einmal mit den Leistungen, zu denen die Unternehmer durch die Versicherungsgesetze verpflichtet sind und die, wie jedes Kind weiß, der größte Theil der Unternehmer nie und nimmer auf sich nehmen würden, wenn sie der Staat nicht dazu zwänge. Die genannte Zeitungskorrespondent sagt: „Was die Verteilung der Lasten auf die drei in Betracht kommenden Faktoren betrifft, so werden von den durchschnittlichen jährlichen Gesamtlosten der gewerblichen Arbeiterversicherung für jeden Versicherten von den Arbeitgebern 22,16 M., von den Arbeitern 14,94 M. und vom Reich (Invaliditäts- und Altersversicherungs-Zuschuß) 2,88 M. aufgebracht. Hiernach zahlen

die Arbeitgeber im Gesamtdurchschnitt für die gewerbliche Arbeiterversicherung rund 50 pCt. an Beiträgen mehr als die Arbeiter.

Wenn sich daran die Robuste der Unternehmer zeigen soll, so ist das Beispiel herzlich schlecht gewählt. Daß z. B. die Unternehmer für die in ihren Betrieben vorkommenden Unfälle in Gestalt des Beitrags an die Unfallversicherung wenigstens einen Theil des Schadens dem verunglückten Arbeiter ersetzen müssen, ist doch kein Beweis für ihren Edelmut, denn nach dem Haftpflicht-Gesetz würden ihnen die Unterlassungsstrafen, die sie sich in Beziehung auf die Unfallversicherung zu Schulden kommen lassen, unter Umständen viel höher angedroht werden. In den übrigen Zweigen der Arbeiterversicherung — zur Kranken-, Invaliditäts- und Altersversicherung — zahlen aber die Unternehmer nicht mehr, sondern weniger als die Arbeiter.

Entscheidend ist jedoch, daß der Unternehmer die Beiträge, die er für die Arbeiterversicherung aufwenden muß, aus dem Betriebe seines Geschäfts wieder herauszuschlagen kann, was wohl nur in sehr seltenen Fällen nicht geschieht. Uebrigens haben die Arbeiter sich durchaus nicht nach den Beiträgen der Unternehmer geehrt, denn sie mühten mit diesen Beiträgen ihre Selbständigkeit im Versicherungswejen aufgeben.

Arbeiter-Mittheilung. Aus Deutchen wird gemeldet: Auf eine entsehrliche Weise kam in der Deutschland-Grube der Häuer Warkeska ums Leben. Er hatte beim Sprengen der Kohle das Augenlicht verloren und als er sich die Brandwunden mit Wasser kühlen wollte, gerieth er unter die Seilbahn und wurde von einem aussteigenden Kasten vollständig zerquetscht.

Im Waldenburger Revier, in der Gläschill-Grube zu Hermsdorf, wollte der Häuer Kitz einem in Gefahr gerathenen Kameraden helfen, fand aber dabei selbst seinen Tod. Herabstürzendes Gestein erschlug ihn.

Beim Magdeburger Gewerbegericht sind im vorigen Jahre insgesamt 783 Klagen anhängig gemacht worden, gegen 801 im Jahre 1897. Sämmtliche Klagen wurden erledigt. 704 waren von Arbeitern, 14 von Unternehmern eingereicht; die übrigen betrafen das Lehrverhältnis. Das Verhältniß der erhobenen Klagen nach dem Werthe des Streitgegenstandes stellt sich folgendermaßen: Klagen mit einem Streitgegenstand von 1 bis 10 Mark 163, von 10 bis 25 Mark 206, von 25 bis 50 Mark 251, von 50 bis 100 Mark 100 bis 200 Mark 15, von 200 bis 500 Mark 12, von 500 und mehr 4, zusammen 733.

Die Gewerbe-Inspektions-Bezirke Oesterreichs sind am 1. Februar von 17 auf 20 vermehrt worden. Die wichtigste und zugleich notwendigste Veränderung ist in Galizien vorgenommen worden. Dieses Land, das um ein Drittel größer ist als Böhmen, bildete bis zum Jahre 1898 mit der Bukowina einen Aufsichtsbezirk, während Böhmen in sechs Aufsichtsbezirke eingetheilt war. Durch die neue Verordnung wird Galizien in zwei Aufsichtsbezirke — mit dem Sitz Lemberg für Ostgalizien und Krasau für Westgalizien — getheilt und die Bukowina zu einem eigenen Aufsichtsbezirk erhoben. Ferner wird in Böhmen ein neuer Aufsichtsbezirk mit dem Sitz in Leitzen gebildet, sodas Böhmen nun in sieben Aufsichtsbezirke getheilt ist.

Für jeden der 20 Aufsichtsbezirke ist ein Gewerbe-Inspektor bestimmt. Außerdem fungirt der Binnen-Schiffahrt-Inspektor als Spezial-Gewerbe-Inspektor für das Schiffergewerbe im ganzen Geltungsbereich des Gewerbe-Inspektoren-Gesetzes und ein Organ der Generalinspektion der österreichischen Eisenbahnen als Gewerbe-Inspektor für die Ausführung der öffentlichen Verkehrsanlagen in Wien; beide mit dem Amtssitze in Wien.

Schweizerische Bauernorganisation. Der erste Jahresbericht des schweizerischen Bauernsekretariats, zugleich der Jahresbericht des leitenden Ausschusses des schweizerischen Bauernbundes, führt an, daß der Verband jetzt 74 595 Mitglieder zählt. Die Rechnung des Sekretariats schließt bei einem Bundesbeitrag von 18 000 Franken mit einem in Mobilien, Bibliothek etc. ausgewiesenen Vermögensbestand von 8092 Franken.

Versammlungen.

Die Hiesigen nahmen in ihrer Versammlung am 26. Januar die Abrechnung des Vertrauensmannes vom letzten Halbjahr entgegen. Danach betrug die Einnahme 430,95 M. und die Ausgabe 135,70 M. Mit einem vorhandenen Ueberfluß vom vorigen Halbjahr erhöhte sich der Bestand auf 970,21 M. Zum Vertrauensmann wurde hierauf Harberste, zum Stellvertreter Huzke gewählt. Die Sammlungen werden in Zukunft nicht mehr auf Büchern sondern auf Karten erfolgen. Im Januar sollen keine Beiträge geleistet werden.

Charlottenburg. Die hiesige Filiale der Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tischler und Weißbinder Deutschlands hielt am 25. Januar ihre Generalversammlung ab, in der die Neuwahl der Ortsverwaltung vollzogen wurde. Gewählt wurde Flemming als Bevollmächtigter; Nagle als Kassier; Labude als Kassier und Köbel als Schriftführer. Das Amt als Revisoren nahmen Lücke und Scheuerbrandt an. — Zur nächsten Versammlung soll nach Antrag Philipp die Verathung der Arbeitsvermittlung auf die Tagesordnung kommen.

Charlottenburg. Am 31. Januar fand in „Wismarhöhe“ eine Versammlung der Maurer statt. W. Schulze und Panzer gaben den Geschäftsbericht und Abrechnung der Lohnbewegung im Jahre 1898. W. Schulze und Bunge wurden hierauf als Lohnkommissions-Mitglieder wiedergewählt. Bernsee erstattete sodann Bericht über die Thätigkeit des Gewerkschafts-Komitees. Der Bericht-erstatler giebt den Rath, die arbeitslosen Maurer möchten den städtischen Arbeitsnachweis, der bisher nur für ungelernete Arbeiter besteht, mehr in Anspruch nehmen, damit die Stadtverwaltung sehe, daß ein Bedürfnis dafür vorhanden ist. Zu Delegirten für die Gewerkschaftskommission wählte die Versammlung Graf und Wiemer. Bunge giebt bekannt, daß der Gewerkschaftskommission 50 M. vom öffentlichen Fonds überwiesen wurden. Die Sammlerkarten sind am 1. Februar ausgegeben und beginnt die Sammlung mit der Woche vom 13.—18. Februar. Der Beitrag ist 25 Pf.

Brig. Am 26. Januar fand im „Landhaus“ eine Volksversammlung statt. In derselben sprach der Reichstags-Abgeordnete Fritz Jubel über „Die Verhandlungen des deutschen Reichstags und die neue Militärvorlage“. Nach einer regen Diskussion, die dem Vortrag folgte, wurde vom Vorsitzenden unter Verschiedenem auf den Streik im „Lokal-Anzeiger“ aufmerksam gemacht, und die Genossen aufgefordert, überall dafür Sorge zu tragen, daß dieses Blatt abgekauft wird.

Friedrichshagen. Ueber die politische Lage sprach R. Fischer am Donnerstag vor einer gut besuchten Versammlung. Der Vortragende behandelte die politischen Ereignisse der letzten Zeit, u. A. den Reichstags-Schießerlaß, die Ausweisungen in Schleswig-Holstein und Schlesien, die Mahregelung des Professors Delbrück u. s. w. — in erschöpfender Weise. Zum Schluß besprach Redner die jüngsten Vorkommnisse im „Lokal-Anzeiger“, verurtheilte das Vorgehen des Herrn Scherl und forderte die Anwesenden auf, um derartigen Vergewaltigungen von Seiten der Arbeitgeber wirksam entgegenzutreten zu können, sich sowohl politisch als gewerkschaftlich zu organisiren. Nach dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrage erfolgte eine kurze Diskussion, die mit Ausnahme des ersten Theiles der in Berlin in Bezug auf den „Lokal-Anzeiger“ angenommenen Resolution endete.

Der Arbeiterverein von Stralau, Rummelsburg und Umgegend hielt am 29. Januar bei Schonerer seine Generalversammlung ab. Das Referat hatte Genosse Alshner übernommen, der in interessanter Weise eine Lebensbeschreibung Gottfried Kinkels gab. Eine Diskussion fand nicht statt. Es folgte dann der Kassienbericht, der eine Einnahme von 498,79 M. und eine Ausgabe von 302,42 M. verzeichnete. Der Kassier giebt bekannt, daß 47 neue Mitglieder hinzugekommen und 14 ausgestiegen sind. Berger berichtet, daß im letzten Vierteljahre 30 Bände gelesen wurden und forderte Redner die Genossen auf, sich recht regen an der Bibliothek zu betheiligen. Die Bücherausgabe erfolgt jeden Freitag, Abends von 8—9 Uhr, Goethestr. 11, vorn 4 Treppen. Mihe stellte den Antrag, den Kreideler Webern 50 Mark und den Hildburghäuser Glasmachern 50 Mark zu bewilligen. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Unter Verschiedenem theilte Ritter mit, daß der hiesige katholische Verein ungehindert sein Stiftungsfest abhält, während der Arbeiterverein nie die Erlaubniß zu einem Stiftungsfest mit Familie bekommt. Alshner stellte den Antrag, Protest beim Landrath zu erheben. Reuberl empfahl darauf, den Antrag Alshner dem Vorstand zu übergeben, der die geeignet erscheinenden Schritte unternehmen möge. Der Vorsitzende gab sodann bekannt, daß die Billets von der Treptower Sternwarte das ganze Jahr Giltigkeit haben und forderte die Genossen auf, in ihren Kreisen dahin zu wirken, daß der „Berliner Lokal-Anzeiger“ abbestellt wird.

Vermischtes.

Aus Steffen meldet man: Im Hause Große Bollwedderstraße 33/34 wurden Mittwoch Abend gegen 7 Uhr der dort wohnende Schneidermeister Johannes Zaluska, 26 Jahre alt, und dessen Braut Anna Theel aus Stargard, ein Mädchen von etwa 20 Jahren, erschossen aufgefunden. Neben der Leiche des Mädchens lag ein Revolver. Es wird nun angenommen, daß Z. von seiner Braut, die ihm ein Kapital zur Verfügung gestellt haben soll, durch einen Revolverbeschuß getödtet worden ist, weil die verabredete Geirath zweifelhaft geworden war, und daß dann die Mörderin sich selbst erschossen hat. Die Leichen wurden nach dem Krankenhaus gebracht.

Von einer neuen Spezies der Weinreisenden erzählt Francisque Sarcch im „Figaro“. Diese neue Gattung, die in Bordeauxweinen arbeitet, deutet die großen Schnelldampferlinien aus; sie besteht aus sehr feingekleideten Herren, die sich für verlorenen Söhne ausgeben, die von ihren Verwandten zur Verhütung neuer Verschwendungen hinaus in die Welt geschickt werden. Sie sprechen über alles, Theater, Börse, Kunst, wissen alles und haben sich nach Verlauf von acht Tagen das allgemeine Vertrauen erworben. Selbstverständlich schimpfen sie über die Kost und noch mehr über die Weine an Bord, und preisen dabei die Gewächse ihrer Verwandten, die leider davon nur wenig ablassen wollen. Die beständigen Anpreisungen verfehlen ihren Zweck nicht; jeder Passagier sucht sich im Geheimen einer Sendung dieses kostbaren Rothweines zu verschern, und die Fahrt schließt dann für den verlorenen Sohn mit einer Menge von Bestellungen ab. Sobald er eine Linie abgegrast hat, sucht er sich eine andere aus. Die Schiffahrts-Gesellschaften selbst, um sich sein Stillhalten zu erkaufen, bestellen bei ihm. Uebrigens soll sein Wein durchaus nicht schlecht sein.

Aus Nizza wird gemeldet: Die Geschworenen sprachen gestern nach hiesigem Landesbrauche eine gewisse Bonassi frei, die ihren Liebhaber ermordet hatte. Einige Freunde des Getödteten, weniger galant als die Geschworenen, warteten vor dem Gerichtspalast auf die Bonassi, die sofort enthaftet wurde, als der Freispruch erfolgt war, nahmen sie in ihre Mitte und schnitten ihr ohne Federlesens den Hals ab; den Leichnam liehen sie vor dem Gerichtspalast liegen.

Eingelassene Druckschriften.

„Die Emser Depesche“ oder „Wie Kriege gemacht werden“ von B. Liedtnecht ist schon in heftiger, bedeutend vermehrter Auflage erschienen. Diese Neuauflage enthält einen besonderen Nachtrag bezieht: Die Emser Depesche und „Wismar nach“, in dem der Verfasser die Verbindlichkeiten des Buchs, sowie Wismars Geban und Erinnerungen einer eingehenden Kritik unterzieht. Die 72. Bogen starke Broschüre ist durch alle Buchhandlungen und Kolportage um den Preis von 35 Pf. zu beziehen.

Für den Blethenfonds habe ich erhalten durch die Buchhandlung Sorowis 8 Mark, welche ich hiermit dankend quittire. Berlin, 2. Februar 1899. B. Liedtnecht.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde wird Dienstag, Donnerstag und Freitag abends von 7½ bis 8½ Uhr abgehalten. Nowak. Bitte! Erhalten Sie durch das Handlungsgehilfenblatt, Berlin C, Unterstr. 25, II, Anhaltstr. Wir können Ihren Wunsch leider nicht erfüllen.

S. P. 10. Fragen Sie einen Arzt. H. P. 30 I. Wir nennen Ihnen „Feld und Garten“, Monatschrift, Charlottenburg, Pens u. Co., Holzmarktstr. 4, II. Deutsche Landwirtschaftszeitung. Erped. Gneisenaustr. 88.

Es. R. 1. Und ich nicht bekannt, daß die Polizei eine derartige Liste führt, das wäre auch zwecklos. 2. 52 000. 3. Ueber derartige Personalien, die kein öffentliches Interesse haben, müssen wir die Auskunft ablehnen. 4. Dr. Oppenheimer ist nicht Sozialdemokrat. 5. Aus Freiburg i. S. wurden vor einigen Jahren mehrere ausländische Studierende wegen Vertheils mit Sozialdemokraten ausgewiesen.

Australien. Und ich davon nichts bekannt. Fragen Sie im Arbeitsnachweis der Metallarbeiter, Kanenstr. 39, an.

Mag Mathies. 1. Haben wir bereits viermal beantwortet, lesen Sie den „Vorwärts“ nach. 2. Wir haben keinen Einfluß auf die Benennungen der Straßen.

W. d. bel. Ref. Wir können nicht über jeden Unglücksfall berichten. Beschränken Sie sich auf die tödtlichen Unfälle.

Witterungsübersicht vom 2. Februar 1899, Morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Temp. u. G. °C.	Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Temp. u. G. °C.
Swinemünde	748	SW	3	Dunst	0	Saparanda	751	SE	2	kl. bed.	-30
Hamburg	745	W	1	hebt	-1	Petersburg	751	—	—	—	—
Berlin	745	SW	2	Schnee	-2	Gort	751	O	—	—	—
Wiesbaden	747	SW	2	kl. bed.	-5	Karlsruhe	753	SW	—	—	—
München	747	SW	3	kl. bed.	-11	Paris	747	NO	—	—	—
Wien	750	W	1	wolfl.	-2						

Wetter-Prognose für Freitag, den 3. Februar 1899. Etwas kälter, zeitweise aufklarend, vorwiegend trübe mit leichten Schneefällen und mäßiger Luftbewegung. Berliner Wetterbureau.

3. Wahlkreis.

Sonntag, den 5. Februar, Abends 6½ Uhr, in den Central-Festsälen (früheres Orphanum), Alte Jakobstraße 32:

Versammlung mit Frauen.

Tages-Ordnung:
Vortrag des Genossen Georg Wagner über: „Kursführer“. Ferner: Geselliges Beisammensein. 240/5
Entree 10 Pf. Garderobe 10 Pf. Die Vertrauensperson.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

(Verwaltungsstelle Berlin.)
Sonntag, den 5. Februar, Vormittags 10 Uhr:
Ausserordentliche General-Versammlung
in der Brauerei Friedrichshain, Am Friedrichshain 22/29.
Tages-Ordnung:
1. Verathung der Anträge zur Arbeitslosen-Unterstützung.
2. Wahl von 27 Delegirten zur Generalversammlung in Halle a. S.
Ohne Mitgliedsbuch kein Eintritt.
Die Vertrauensleute sind verpflichtet, allen Mitgliedern die Mitgliedsbücher auszubändigen.
Jedes Mitglied erhält beim Eintritt eine gedruckte Stimmliste, bezüglich hat eine solche zu fordern. Spätere Reklamationen können nicht berücksichtigt werden.
Die Stimmliste enthält die Namen aller in der Generalversammlung vom 3. Januar aufgestellten Kandidaten.
Während der Wahlhandlung bleibt das Lokal geschlossen; die Wahl beginnt Punkt 12 Uhr und haben später ankommende Kollegen keinen Zutritt mehr.
Der 8 Wochenbeitrag reht, ist nicht wahlberechtigt und hat keinen Zutritt, bedinglich haben Mitglieder anderer Verwaltungsstellen keinen Zutritt.
Von den auf der Stimmliste verzeichneten Namen sind so viele zu streichen, daß 27 Namen übrig bleiben. Stimmzettel, welche mehr als 27 Namen enthalten, sind ungiltig.
110/7 Die Ortsverwaltung.

Berein der Bauanschläger

Berlin und Umgegend.
Sonntag, 5. Februar, Vormittags 11 Uhr, bei Herrn Buske, Grenadierstr. 33:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Festsetzung der Beiträge und Verrechnung der Vereinsgelder. 3. Wahl des Verwaltungskomitees und Festsetzung der Vergütungen. 4. Verschiedenes und Fragensachen. Beiträge werden in der Zeit von 10—11 Uhr entgegengenommen.
Der Vorstand.

M. Cohn's Festsäle,

Beuthstr. 21.
Folgende Sonntage sind frei geworden und unter kaulanten Bedingungen zu Radendällen etc. zu vergeben: 19. u. 26. Februar, 12. u. 19. März.

Achtung! 6. Wahlkreis. Achtung!

Sonntag, den 5. Februar 1899, Nachmittags 1/6 Uhr, im Kösliner Hof, Köslinerstr. 8:

Volks-Versammlung für Männer und Frauen.

T. O. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten G. Horn-Dresden über: Die Sozialpolitik im Reichstag. 2. Diskussion.
Nach der Versammlung: Gemüthliches Beisammensein. Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein
219/3 Der Vertrauensmann.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Genie Freitag, Abends 8½ Uhr, bei Cohn, Beuthstraße 20—21:
Sitzung der Ortsverwaltung.
Achtung! Mitglieder Achtung!

der Allgemeinen Orts-Krankenkasse gewerblicher Arbeiter und Arbeiterinnen!

Sonntag, den 5. Februar 1899, Vormittags 10 Uhr, im Feen-Palast, Burgstr. 22:
Große Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Dr. Mugdan über: „Augentuberkulose“. 2. Diskussion. 3. Abrechnung der Dreizehner-Kommission. 4. Ergänzung der Dreizehner-Kommission. 5. Verschiedenes.
Mitglieder! Der Tagesordnung wegen ist es Pflicht, daß ein jeder in der Versammlung erscheint.
Die Dreizehner-Kommission. J. H. Eugen Skerl, Uferstr. 14d.

Tischler-Verein.

Sonabend, den 4. Februar, Abends 8½ Uhr, Melchiorstr. 15:
Außerordentl. General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
Beschlusfassung über das diesjährige Sommerergebnis und Vereinsangelegenheiten. Mitgliedsbuch legitimirt. Der diesjährige Maskenball 1198/3
Anbet am 11. Februar in den Andreas-Festsälen, Andreasstraße 21, Patt. Billets sind in der Versammlung zu haben. Der Vorstand.

M. Cohn's Festsäle,

Beuthstr. 21.
Folgende Sonntage sind frei geworden und unter kaulanten Bedingungen zu Radendällen etc. zu vergeben: 19. u. 26. Februar, 12. u. 19. März.

Achtung! Lederarbeiter. Achtung!

Freitag, den 3. Februar 1899, Abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Cranz (Viktoriagarten), Badstraße 12:
Öffentliche Versammlung aller in der Lederfabrikation beschäftigten Arbeiter.
Tages-Ordnung:
1. Die Differenzen in der Kurpias'schen Färberei. 2. Gewerkschaftliches. 3. Verschiedenes. 5136
Das Erscheinen sämmtlicher Kollegen ist unbedingt notwendig.
Der Vertrauensmann.

Verband der Bau-, Erd- u. gewerblich. Hilfsarbeiter Deutschlands. Zahlstelle Berlin I.

Sonntag, den 5. Februar, Vormittags 10½ Uhr, bei Feuerstein (oberer Saal), Alte Jakobstr. 75:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. Referent: Genosse Link. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. Neue Mitglieder werden in der Versammlung aufgenommen. 32/3 Die Ortsverwaltung.

Achtung! Putzer. Achtung!

Zentralverband der Maurer Deutschl., Zahlstelle Berlin I.
Sonntag, den 5. Februar, Vormittags Punkt 11 Uhr, im Lokale Arminhallen, Kommandantenstrasse 20:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal 1898. 2. Neuwahl der Lohnkommission. 3. Wahl eines Delegirten zur Konferenz der Provinz Brandenburg und Neuwahl der Hilfskassier. 4. Vereinsangelegenheiten.
Um recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
134/4 Die örtliche Verwaltung.

Große öffentliche Versammlung der Zimmerer von Niddorf u. Brig.

Sonntag, den 5. Februar, Mittags 12 Uhr, im Deutschen Wirthshaus, Bergstraße 136—137:
Tages-Ordnung:
1. Wie ist es möglich, in unserem Beruf für Berlin und den Vororten feste Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erzielen, mit besonderer Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse. Referent G. Knäuper. 2. Diskussion. 3. Der bevorstehende Bauarbeiter-Kongress und Wahl eines Delegirten zu demselben. 4. Verschiedenes. 234/6
Der Vertrauensmann.

Versammlungen.

Im Wahlverein für den dritten Reichstags-Wahlkreis, der am Mittwoch in Möhring's Saal tagte, hielt Reichstags-Abgeordneter **Vaudert** aus Apolda einen beifällig aufgenommenen Vortrag. Er entwarf ein anschauliches Bild von der kapitalistischen Entwicklung in Industrie und Landwirtschaft und fügte seiner Schilderung manche charakteristischen Einzelheiten aus dem Leben der Landproletarier bei; dem tatsächlichen Elend der Arbeiterbevölkerung stellte der Redner die unzulänglichen Versuche, welche zur Milderung desselben auf sozialpolitischem Gebiet bisher gemacht worden sind, gegenüber und wies am Schluss seines 1 1/2 stündigen Vortrages darauf hin, daß anstatt einer Fortführung der Sozialreform dem Arbeiter neue Zwangsmassregeln in Aussicht gestellt werden. Die Sozialdemokratie werde sich aber dadurch nicht beirren lassen, sondern auf ihrem bisherigen Wege vorwärts zu schreiten. Eine Diskussion entstand nicht. Der Vorsitzende gab bekannt, daß Eintrittskarten zur Treptower Sternwarte à 70 Pf. in allen Zahlstellen zu haben sind.

Einen äußerst stürmischen Verlauf, sodas sie mehrfach der vollzähligen Auflösung nahe war, nahm eine Versammlung der Handlungsgehilfen und -Geheulinnen, die zu Mittwoch Abend im „Schützenhaus“, Linienstraße, einberufen worden war. Die Versammlung war gut besucht von den Anhängern des Zentralverbandes, während sich die Deutsch-Nationalen zunächst wenig bemerklich machten. Reichstags-Abgeordneter **Rosenow** hielt einen Vortrag über das Thema: „Wer verbessert die Lage des Handlungsgehilfen und der Handlungsgeheulinnen?“ Er schilderte die Lage der Berufsgehilfen in sehr eingehender Weise und bewies, wie durch die kapitalistische Entwicklung, die die Frauenarbeit, die Großbetriebe, die Teilarbeit in den großen Geschäften das Elend der Handlungsgehilfen erzeugt habe, die Lage des Handlungsgehilfen verschlechtert worden sei. Nur eine starke Organisation, die auf die Gesetzgebung einzuwirken vermöge, könne den Berufsgehilfen helfen. Der Vortrag fand reichen Beifall. Es hatten sich mittlerweile eine große Anzahl Angehörige des Deutsch-nationalen Handlungsgehilfen-Verbandes eingeschunden, die sich schon gegen Ende des Vortrages durch Zwischenrufe bemerklich machten und nun versuchten, die Sozialdemokratie zu vernichten. Nach den Ausführungen des Vertrauensmannes der Handlungsgehilfen, **Genossen Kohn**, der sich gegen brieflich an ihn gerichtete schmutzige antisemitische Angriffe wehren mußte, machten die Antisemiten schon solchen Skandal, daß der überwachende Beamte mit Auflösung drohte. Es gelang jedoch der Majität des Vorsitzenden **Penn**, die Ruhe wieder herzustellen. Der Lärm der Antisemiten steigerte sich wieder, als ihre Redner zum Worte kamen. Von diesen war es namentlich ein Herr **Sachs**, der mehrfach durch die Art seiner Kampfweise den Unwillen der Versammlung hervorrief. Das antisemitische Gerede wurde durch die Genossen **Liepmann**, **Rosenow** und **Rach** gebührend abgelehnt. Bei den Ausführungen des Letzteren zogen die Herren Deutsch-Nationalen unter hervorstechendem Geräusch und Siegesjubel ab, was wiederum Szenen hervorrief, die die Auflösung nahe erscheinen ließen. Da jedoch der Vorsitzende die Versammlung nicht vertagte, gelang es, nach dem Abziehen der Antisemiten sie zu einem befriedigenden Ende zu führen. Nachdem noch zwei Genossen das Wort ergriffen hatten und die Rednerliste erschöpft war, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie.

Die Generalversammlung des Verbandes der Möbelpolierer, welche am 30. Januar bei Kessler tagte, nahm zunächst den Bericht des Vorstandes entgegen; demselben ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl von 512 auf 746 gestiegen ist, außer den noch etwa 300, die länger als 8 Wochen reisen. Verbreitet wurden der Jahresbericht und 300 Gewerkschaftsprotokolle der Lokalorganisation, sowie zwei Flugblätter in je 1000 Exemplaren. Versammlungen wurden 40 abgehalten, davon 5 Generalversammlungen. Streiks und Differenzen wurden aus 10 Werkstätten mit 64 Kollegen gemeldet; von den Streiks ging einer, an dem 5 Arbeiter beteiligt waren, verloren. Im unentgeltlichen Arbeitsnachweis wurden von 1890 eingelaufenen Adressen 1459 erledigt. Die Bibliothek ist von den Mitgliedern ziemlich rege benutzt. Die Sachkommission hat hauptsächlich wegen der Lehrlingszählerei mehrere Sitzungen abhalten müssen. Rechtschutz haben 15 Mitglieder erhalten. Dem Kassenbericht zufolge ist eine Einnahme nebst allem Bestand vom 1. Januar 1898 von 11 566,29 M. zu verzeichnen, der eine Ausgabe 4032,48 M. gegenübersteht; mithin ist ein Bestand von 7533,81 M. vorhanden. Ueber den Werth und Zweck der Zettel, auf welchen über die Hautkrankheiten Aufzeichnungen gemacht werden sollen, sprach **Lederhause**. Redner bemerkte, daß er sowohl als der Berliner Gewerbe- und der Anstalt seien, daß die bei den Polierern vorkommenden Hautkrankheiten lediglich durch den Gebrauch des sogenannten Schleifels hervorgerufen werden und nicht durch den Spiritus, weil die in den Lackfabriken beschäftigten Arbeiter ebenfalls an einem derartigen Ausschlag leiden. Der Spiritus, insbesondere der mit Birindinbasen versetzte scheint auf die Augen eine sehr nachteilige Wirkung auszuüben. Die Erscheinung tritt so oft auf, daß es den Militärärzten bei der Aushebung auffiel. Redner ist der Meinung, daß Abhilfe nur dadurch geschaffen werden kann, wenn sich alle leidenden Kollegen einer Untersuchung durch **Dr. Blaschko** unterziehen, und das Ergebnis der Regierung durch den Gewerbe- und den Anstalt hierzu seine Vereinstätigkeit erklärt hat, übermitteln wird. Alle Leidenden mögen sich an **H. Schulz** wenden. Der Antrag des Vorstandes, dem § 5 Abs. 3 folgende Fassung zu geben: „Die Kollegen, welche sich zur Aufnahme gemeldet haben, müssen bei Beginn der Sitzung verlesen werden und gelten damit erst als bestätigt, das heißt als Mitglieder, wenn in den nächsten 14 Tagen keine schriftliche Beschränkung über sie einläuft“, wurde angenommen. Der Antrag, § 6, Absatz 3 zu streichen, wurde ebenfalls angenommen. Die Abänderung des § 2 bezüglich der Krankenunterstützung bestimmt den Zuschuß auf 4,50 M. pro Woche, Karenzzeit 1 Woche, Mitgliedschaft 1 Jahr, Dauer der Unterstützung 20 Wochen im Jahr. Eine Erhöhung der Beiträge tritt nicht ein. Dem Antrage des Kassierers, ihm statt 100 M. pro Jahr 200 M. Entschädigung zu gewähren, wurde zugestimmt. Ebenso erhalten die Zahlstellenkassierer statt 1 pCt. 2 pCt. und die Vorstandsmitglieder bei außerordentlichen Sitzungen 0,50 M. pro Abend. Zum Revisor wurde **Karhe** zum Vortragskomitee **Schlunke** gewählt. Den Anwesenden Webern wurden während der Dauer des Streiks pro Woche 50 M. bewilligt. Nachdem ein Vertreter der Treptower Sternwarte die Einrichtungen derselben kurz erläuterte, beschloß die Versammlung, dieselbe am 10. März, Nachmittags 5 Uhr, zu besuchen.

Am 23. Januar beschloß die Filiale Südost, zu empfehlen, daß das Krankengeld von 3 M. auf 4,50 M. erhöht werde. Berliner Kranken-Unterstützungs- und Begräbnis-Verein für Frauen und Mädchen, gegr. 1892. Jeden Freitag, Abends 7 Uhr, Jagelände bei Mehrwald, Alte Jakobstr. 64/65. - Neue Mitglieder werden dabei aufgenommen.

Arbeiter-Bildungsschule. Freitag: Geschichte (Geschichte vom 16. Jahrhundert bis auf die Jetztzeit, mit besonderer Berücksichtigung des geistigen Lebens). Schriftsteller **Dr. Rudolph Steiner**.

Les- und Diskussionsklub. Freitag, Dleggen, Schröder, Bielefeldstr. 39. - **Rail Mary**, Raumann, Bielefeldstr. 42. - **Strafan**, Witzig, Strafanstr. 17. - **Reimer**, Seidel, Geislerstr. 19.

Arbeiter-Sängerbund Berlin und der Umgegend. Vorsitzender **Adolf Reumann**, Brunnenstr. 150. - Alle Veränderungen im Vereinsstatuten sind zu richten an **Friedr. Kortum**, Montenußstr. 60, v. 2 Tr. Freitag, Liedungsstunde abends 8-11 Uhr. Aufnahme von Mitgliedern. - **Differenzen** wurden aus 10 Werkstätten mit 64 Kollegen gemeldet; von den Streiks ging einer, an dem 5 Arbeiter beteiligt waren, verloren. Im unentgeltlichen Arbeitsnachweis wurden von 1890 eingelaufenen Adressen 1459 erledigt. Die Bibliothek ist von den Mitgliedern ziemlich rege benutzt. Die Sachkommission hat hauptsächlich wegen der Lehrlingszählerei mehrere Sitzungen abhalten müssen. Rechtschutz haben 15 Mitglieder erhalten. Dem Kassenbericht zufolge ist eine Einnahme nebst allem Bestand vom 1. Januar 1898 von 11 566,29 M. zu verzeichnen, der eine Ausgabe 4032,48 M. gegenübersteht; mithin ist ein Bestand von 7533,81 M. vorhanden. Ueber den Werth und Zweck der Zettel, auf welchen über die Hautkrankheiten Aufzeichnungen gemacht werden sollen, sprach **Lederhause**. Redner bemerkte, daß er sowohl als der Berliner Gewerbe- und der Anstalt seien, daß die bei den Polierern vorkommenden Hautkrankheiten lediglich durch den Gebrauch des sogenannten Schleifels hervorgerufen werden und nicht durch den Spiritus, weil die in den Lackfabriken beschäftigten Arbeiter ebenfalls an einem derartigen Ausschlag leiden. Der Spiritus, insbesondere der mit Birindinbasen versetzte scheint auf die Augen eine sehr nachteilige Wirkung auszuüben. Die Erscheinung tritt so oft auf, daß es den Militärärzten bei der Aushebung auffiel. Redner ist der Meinung, daß Abhilfe nur dadurch geschaffen werden kann, wenn sich alle leidenden Kollegen einer Untersuchung durch **Dr. Blaschko** unterziehen, und das Ergebnis der Regierung durch den Gewerbe- und den Anstalt hierzu seine Vereinstätigkeit erklärt hat, übermitteln wird. Alle Leidenden mögen sich an **H. Schulz** wenden. Der Antrag des Vorstandes, dem § 5 Abs. 3 folgende Fassung zu geben: „Die Kollegen, welche sich zur Aufnahme gemeldet haben, müssen bei Beginn der Sitzung verlesen werden und gelten damit erst als bestätigt, das heißt als Mitglieder, wenn in den nächsten 14 Tagen keine schriftliche Beschränkung über sie einläuft“, wurde angenommen. Der Antrag, § 6, Absatz 3 zu streichen, wurde ebenfalls angenommen. Die Abänderung des § 2 bezüglich der Krankenunterstützung bestimmt den Zuschuß auf 4,50 M. pro Woche, Karenzzeit 1 Woche, Mitgliedschaft 1 Jahr, Dauer der Unterstützung 20 Wochen im Jahr. Eine Erhöhung der Beiträge tritt nicht ein. Dem Antrage des Kassierers, ihm statt 100 M. pro Jahr 200 M. Entschädigung zu gewähren, wurde zugestimmt. Ebenso erhalten die Zahlstellenkassierer statt 1 pCt. 2 pCt. und die Vorstandsmitglieder bei außerordentlichen Sitzungen 0,50 M. pro Abend. Zum Revisor wurde **Karhe** zum Vortragskomitee **Schlunke** gewählt. Den Anwesenden Webern wurden während der Dauer des Streiks pro Woche 50 M. bewilligt. Nachdem ein Vertreter der Treptower Sternwarte die Einrichtungen derselben kurz erläuterte, beschloß die Versammlung, dieselbe am 10. März, Nachmittags 5 Uhr, zu besuchen.

Arbeiter-Sängerbund Berlin und der Umgegend. Veränderungen im Vereinsstatuten sind zu richten an **Hermann Braunstweig**, Dresdenstr. 80, 2. Hof. Freitag: „Germania“, Kubast, Amst. 25. - „Große Stunde“, Wauger, Alexandrinenstr. 122.

Gesang, Turn- und gesellige Vereine. Freitag. **Alteisen**, Helfensf., Bötzcher, Krautz. 6. - **Wulfo**, Arion, Gabriel u. Jäger, Heidenstraße. - **Rauchklub**, „Ohne Zwang“, Spät, Weinst. 28. - **Turnv.** „Gesundbrunnen“, abends von 8 1/2-10 1/2 Uhr: 1. Männerabth., Pant. 10. - **Turnv.** „Osten“, Blumenstr. 63a, 8 1/2-10 Uhr (Beihilfsabteilung); Krautz. 49, von 8-9 1/2 Uhr (Damenabth.). - **Wulfoverein**, „Alteisen“, Bötzcher, 38. - **Stoffklub**, „Gemüthlichkeit“, Restaurant „Bogenhof“, Bausinger Platz 10. - **Stattklub**, „Schloßberg-Grund“, Gäbke, Krautz. 6. - **Arbeiter-Turnv.** „Weihense“, Turnstunden abends 8-10 Uhr **Alteisenhof**, Poststraße. - **Bergbauverein**, der „Jules-Advent“, Sitzung jeden Freitag nach dem 1. und 15. im Monat, **Reichsclubhaus**, Kommandantenstr. 72.

Arbeiter-Turnbund. Freitag. **Turnv.** „Fichte“, Berlin, Adth. von 8-10 Uhr: 2. Männerabth. Stallstr. 55-56. 4. Männerabth.: Stephanstr. 3. 5. Männerabth. Kaserstr. 67. 6. Männerabth. Stallschreiberstr. 54. 1. Beihilfsabth. Friedenstr. 57. 3. Beihilfsabth. Boedstr. 21. 1. Damenabth. Mariannen-Str. 1a. - **Freie Turnerschaft**, Rixdorf-Brick. 3. Schillerabth. von 8 1/2-10 1/2 Uhr. 3. Männer- und Beihilfsabth. von 8 1/2-10 1/2 Uhr abds., **Hoffmann**, Bergstr. 151/152. - **Turnverein** d. W. „Kerens“, Männerabth. von 8-10 Uhr abds., **Reichsbergstr.** 151/152. - **Turnverein** „Eiche“, Köpenick, Männer- und Jugendabteilung von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends, **Hotel Klein** am **Bilderspielplatz**.

Arbeiterverein „Vorwärts“. **Köpenick.** Jeden Freitag im **Berkendahl**, **Korsgade** 49: Versammlung. Dasselbe befindet sich auch die Bibliothek des Vereins. Die nach **Köpenick** kommenden Genossen wollen dies beachten.

Verband der Vergolder

Filiale Berlin.

Sonnabend, den 4. Februar, in **Quarg's Festhale** (Grand-Hotel), **Alexanderstraße 42:**

9. Stiftungsfest

Grosses Instrumental-Konzert.

Auftreten des beliebten **American-Ensembles.**

Dir.: **W. Kröning** u. **M. Roleff.**

Nach dem Konzert: **Grosser Ball.**

Anfang präz. 8 1/2 Uhr. Programme: Herren inkl. Tanz 50 Pf., Damen 30 Pf.

Abendkasse findet nicht statt.

Einen gemächlichen Abend versprechend, ladet alle Freunde und Kollegen herzlich ein **Der Vorstand.**
Avis! Am Sonntag, den 19. Februar, Nachmittags 4 1/2 Uhr, findet ein Besuch der **Treptower Sternwarte** statt. Biletts zu halben Kasseneisen (à 75 Pf. mit Benutzung des **Wiesens-Fernrohrs**) sind beim Vorsitzenden **Emil Oehlers**, **Koppenstraße 94**, Portal II, 2 Tr. sowie beim Kassier **G. Krüger**, **Kunzstraße 38**, Hof 3 Tr. bei **Hildebrandt**, zu haben. 225/2 D. C.

Süddeutscher Bock.

Der Anstich beginnt

Sonnabend, den 4. Februar,

in unseren sämtlichen Ausschanklokalen.

Süddeutsche Brauerei Carl Kintz & Co.

Aktiengesellschaft.

Der Ausstoss unseres diesjährigen

Bockbieres

beginnt am

Sonnabend, den 4. Februar cr.

Wir liefern frei Haus:

30 Flaschen für Mk. 3,-
1/2 Hektoliter „ „ 3,50

Brauerei Königstadt

Aktion-Gesellschaft

Schönhauser Allee 10/11.

Wästen-Garderobe.
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Verein. Preisermäßigung.
Fr. Panknin,
Oranienstraße Nr. 178
II. Adalbertstraße 91.
Ede. Oranienstraße.

5000 M. verdienen.
und mehr kann jeder Herr und jede Dame durch Übernahme unserer Agenten (ohne Fachkenntnis) verdienen.
Offerten unter **M. P. 27** poste restante **Wien, Hauptpost.**

Vorlesung **2,50 M.**
Woche! **2,50 M.**
u. **2,75 M.** je 3 W.
25, 30, 40 Pf.
Blatt **50 Pf.**
Kaninchen,
Gänse, Hühner, Enten, Tauben billigst.
A. Ritschl, Dresdenstraße 61.
Adth. u. Geflügelhdl.

Keine Fleischnoth mehr!

denn täglich treffen infolge günstigen Fanges **200 bis 300 Centner lebendfrische Seefische** ein, die wir unter unserer Devise:

Frische Fische - gute Fische

wie folgt empfehlen:

	In allen Größen bis zu 7 Pfd. pro Stück	zum Kochen wie zum Braten sehr zu empfehlen,	pro Pfd.	25-30 Pf.
Schellfische				
Cabljan,				20-25
Seelachs,		sehr fein,		27-30
fr. Stör,		sehr fein,		100-120
Austernfisch,		sehr fein,		30-40
Schollen (Goldbutten),		gross und mittelgross,		25-30
Bratflundern,				25
Rothzungen (bester Ersatz für Seezungen)				55-60
Seeaal 30 Pf., Heilbutten				65
Knurrhahn (Seeforelle), vorzügl. Brat- und Kochfisch,				25-30
Steinbutten und Seezungen				110-160

Im Ausschnitt stellen sich die Preise um 5-10 Pf. pro Pfund höher.

Ferner täglich frisch geräucherter: **Flundern 60 Pf., Roche**, bester Ersatz für Stör, **60 Pf., Knurrhähnchen 60 Pf., Schellfische 35 Pf., Seeaal 70 Pf.** pro Pfund.

Marinierte Seefische in grosser Auswahl.

Verkauf: **Wochentags bis 9 Uhr Abends, Sonntags von 7-10 Uhr Morgens.**

Deutsche **NORDSEE** Nordenham. Dampffischerei-Gesellschaft

Grösste Hochseefischerei Deutschlands mit 28 eigenen Fischdampfern. Eigener Fischerel-Hafen. Eigene Fisch-Transport-Waggons mit Kühlvorrichtung. Eigene Räucherel und Marinir-Anstalt. Aktien-Kapital 3 Millionen Mark.

Haupt-Filliale: **Berlin C. 22, Bahnhof Börse, Bogen 9-10.** Fernsprecher Amt III, 8804.

Unsere weiteren Filialen befinden sich:

No. II. Charlottenburg, Wilmersdorfer Strasse 10-11, am Wilhelmplatz. **No. III. Berlin NW.,** Lüneburger Strasse, Ecke Paulstr., Stadtbahnbogen 389 (Centrallager).

No. IV. Im Schlesischen Bahnhof, Madaistr. 22. **No. V. Berlin N. (Wedding)** Reinickendorfer Strasse 1, Eing. Schulzendorfer Strasse.

No. VI. Prinzenstrasse No. 30, zwischen Moritzplatz und Ritterstrasse.

NB. Eröffnet am Donnerstag, den 2. Februar cr.

Telephonisch sind unsere sämtlichen Filialen durch die Telephon-Centralstelle Amt III 8804 zu erreichen.

Hochachtungsvoll **Johs. Skorezyk**, Bevollmächtigter General-Vertreter für Berlin.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Freitag, 2. Februar.
Opernhaus. Die Meistersinger von Nürnberg. Anfang 8 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Julius Caesar. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Frauenna Gensche. Anfang 7 1/2 Uhr.
Lipping. Die Besche. Unter blunden Sehen. Ein Ehrenhandel. Liebes-träume. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Gewaltmacht. Anfang 7 1/2 Uhr.
Residenz. Der Schlafwagen. Kontrollent. Vorher: Zum Einsiedler. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Der Sohn der Frau. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neurolog. Die kleinen Michu's. Hierauf: Die Engeldjäger. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Die Bürgermeisternwahl. Unter vier Augen. Anfang 8 Uhr.
Weiten. Am Wärdiger See. Hierauf: Der Postillon von Bonjaneau. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Die Puppe. Anf. 7 1/2 Uhr.
Thalia. Schiddebold's Engel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Luisen. Wildes Blut. Hierauf: All Hell! Anfang 8 Uhr.
Salle-Alliance. Die Blaupostzeit. Anfang 8 Uhr.
Circus. Der Brandstifter. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmshäusliches. Oufel Louis Hütte oder: Schaven: leben in Amerika. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Berliner Rädel. Anfang 8 Uhr.
Parodie. Die schöne Kosterbäuerin, oder: Der Palmenkranz bei St. Anna. Anfang 7 1/2 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48-49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr Vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Das Land der Fjorde.

Urania
Taubenstraße 48/40.
Im Theater:
Das Land der Fjorde.
Im Hörsaal:
Dr. Hellborn: „Das Erwerbs-löden der Naturvolker“. (Völker-kunde 4.)
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.

Passage-Panopticum.
Wespa v. 9 Uhr früh bis 10 Uhr Abends.
Nur noch kurze Zeit:
40 Krieger des Mahdi.
Im Theateraal von 6 Uhr ab:
Théâtre variété.

Castan's Panopticum.
Ital. Sänger- u. Tänzer-Gesellsch.
„Santa Lucia“
Die berühmten „lebenden Bilder“.
Neu! Dreyfus-Esterhazy.

Luisen-Theater
31. Reichenerstraße 31.
Abends 8 Uhr:
Zum 2. Male:
Wildes Blut.
Lebensbild in 3 Akten von R. Schwab.
Hierauf: Zum 2. Male:
All Heil.
Schauspiel in 1 Akt von Leo Breo.
Sonnabend, Nachm. 3 Uhr:
15. Schüler-Vorstellung zu besonders ermäßigten Preisen:
Die Räuber. — Abends 8 Uhr:
Wildes Blut. Hierauf: All Heil.

Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73.
Gastspiel Emil Thomas
Schiddebold's Engel.
Pöbe mit Gesang in 4 Akten von W. Mannhardt. Musik von demselben.
Komplott von Alfred Reuber.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Olympia
Spezialitäten-Theater
Karistr. (Circus Renz) Karistr.
Grosse
Spezialitäten-Vorstellung
zu volkstümlichen Preisen.
Gastspiel Josef
Strohschneider.
Hanlon
Cleo Hanlon
die Adler der Lüfte.
Bergère-Quartett
und das übrige solistische
Spezialitäten-Programm.
Zum 143. Male:
Mene Tekel.
Rauchen im ganzen
Theater gestattet.
Parquet 1,25, Gallerie 30 Pf. etc.
Jeden Sonntag Nachm. 7 1/2 Uhr:
Dornvöseln.
Preis wie bekannt. 1 Kind frei.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Circus Renz-Riesen-Tunnel.
Direktion: J. M. Hatt.
Täglich: Grosses
Konzert u. Spezialitäten-
Vorstellung
mit stets wechselndem Programm.
Sonnabend, den 4. Februar: Wieder-
holung des mit so großem Beifall
aufgenommenen: Karnevalistisches Uk-
Abends mit neuen Ueberrassungen.

Alcazar-Theater
Dresdenerstr. 52/53, City-Passage.
Direktion: Richard Winkler.
Sensationell! Hochinteressant!
Neu! Neu!
Der beste Mimiker der Weltzeit
Carl Jörgensen,
unerreicht in seinem Widmard:
Julius: Bismarck vom Zing-
ling bis zum Greise.
Großer Erfolg bei unermesslichen
Wasserpöbe
Die Kneippkur.
Täglich wechselndes hochorigin.
Spezialitäten-Programm.
Anfang. Wochenf. 7 1/2 Uhr.
Sonntag 6 1/2 Uhr.
Vorzugsbillets haben Gültigkeit.

Apollo-Theater.
Direktion E. Waldmann.
10 neue Debuts.
Me. Carmen Faur
The black Troubadours
Mr. Segommer
Geschw. Alexia
!! Prolongiert !!
Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Sonnabend, den 4. Februar 1899:
Me. Yvette Guilbert.
Ververkauf an der Theater-
kasse von 10-1 Uhr u. beim Künstler-
dank, Unter den Linden 65.

Quarg's Spezialitäten-Theater.
im Grand Hôtel Alexanderplatz.
Neues Februar-Programm!
Frieda Schwarz.
Louis Höhn.
Neue Bilderreihe des Micrograph etc.
Anfang 8 Uhr. — Sonntag 7 Uhr.
Avis! Die Feste und Konzertsäle
des Grand Hôtel Alexanderplatz sind
unter sonstigen Bedingungen zu
Versammlungen, Privat-
festlichkeiten etc. zu vermieten.

Moabiter Gesellschaftshaus.
Alt-Moabit 80-81.
Jeden Sonntag:
Ball.
Anfang 4 Uhr.
Jeden Mittwoch:
Hippel's Stettiner
Gesellschaft.
Anfang 8 Uhr.
Passo-partouts haben Gültigkeit.
C. Peters.

Concerthaus
Leipzigerstr. No. 48.
Täglich:
Goffmann's
Quartett-Humoristen
Heute Freitag:
Guten Morgen Herr
Fischer.
Sonnabend: Geschlossen.
Sonntag: Versprechen
hinterm Herd. — Guten
Morgen Herr Fischer.

Reichshallen.
Stettiner Sänger
(Weibel,
Victor, Britton,
Steidl, Krone,
Köhl, Schneider
und Schrader.)
Zum Schluss:
Frauen-Emanzipation
Reinhold Ensemble von Meyel.
Anfang 8 Uhr.
Entree (Saal durchweg)
50 Pf. Vorverkauf 40 Pf. Num.
Balkon 75 Pf., Balkon-Logen 1 M.,
Orchesterlogen 1,50, Fremdenl. 2 M.
Tagelasse von 11-1 Uhr.

Feen-Palast-Theater
Burgstr. 22, Burgstr. 22.
Das neue großartige
Februar-Programm.
Neu! Berliner Neu!
Konfektionseusen.
Sefangsposse von W. Gerde.
Hitzberg aus Kalau:
Direktor Frödel.
Durchweg neue
Spezialitäten.
Felicitas-Truppe, Leo Ba.
Gebrüder Alfredo, Osadassan,
Roberty Telo, Teo Pilotti,
Marletta Berndt, Helene Voss.
Lebende Photographie,
das Interessanteste der Neuzeit.
Anfang 7 1/2, Sonntag 6 Uhr.
Billet-Born. Form. v. 11-1 Uhr.

W. Noack's Theater
Brunnenstr. 16.
Jeden Sonntag, Dienstag und
Donnerstag:
Grosse Extra-Theater-Vorstellung
Dorf und Stadt.
Schauspiel in 4 Aufzügen
von Charlotte Birch-Pfeiffer.
Nach der
Vorstellung: Langkränzen.
Circus Busch
Freitag, den 3. Februar 1899.
Zum 62. Male:
PERSIEN.
Besonders hervorzuheben: Mit über
die hundert Fuss hohe Burgmauer.
Anderen: Amateure-Konturren-
gelen. (Wer dreimal die Ränge
beim Wettrennen, erhält eine Prämie
von 50 M.) Gestern zum 1. Male:
König Bogdanowsky mit dem ver-
hängnisvollen Hute. Zum 1. Male:
Wigert-König Alfred Daniels als
Professor der Magie. König Oskar
Leo mit seinen neu dreifachen Thieren.
Direktor Busch mit seinen neuen
Freiheitsdrücken. In der Langhunde.
Schulquadelle, gestirnt von 6 Damen
und 8 Herren auf 12 Schupferben.
Aufstehen des Hr. Boom mit seinem
Sporting Akt.
Morgen Sonnabend Abend 7 1/2 Uhr:
Persien.
Schlafstelle für Herrn, separat, bei
Wollwoll, Wollwollstr. 33, 2 Tr.

Konsumverein Berlin.
Folgende Personen sind bereit, Mitglieder und Beiträge entgegenzunehmen:
Klasse, Anhalterstr. 41, part.
Schoffler, Schweinestr. 49, 3 Tr.
Walther, Brunnenstr. 82.
Schäfer, Ruppinerstr. 28, 4 Tr.
Mars, Kottbuserstr. 96.
Frau Mesch, Vögelerstr. 33.
Meyer, Brunnenstr. 181, Hof 2 Tr.
Rupp, Oberbergerstr. 12, Hof 1 Tr.
Kowalzek, Bernauerstr. 79, 3 Tr.
Kühn, Rheindorferstr. 83, 3 Tr.
Schulze, Demminstr. 14, 2 Tr.
Reimann, Pflaumerstr. 80, part.
Wir erinnern daran, daß es im Interesse jedes einzelnen Konsum-
genossen liegt, namentlich in seiner Nachbarhaft neue Genossen zu
werden. [265/10]
Die Kommission.

Für Vereine, Versammlungen, Hochzeiten etc.
ist mein Saal (150 Personen) mit Parkettboden nebst anschließendem Ver-
einssaal (70 Personen) noch an mehreren Sonntagen, Wochen- und
Sonntagen unter sonstigen Bedingungen zu vergeben. Glas Bier 10 Pf.
und die große Weisse nur 20 Pf. Berlin O.,
8162* Fritz Wilke, Andrastr. 26.

Deutsche Schuh-Fabrik
vorm. G. Markus & Co., Ges. m. beschr. H.
Erfurt-Ilversgehofen
Renommirtes Fabrikat. Beste Zuthaten.
Wir empfehlen:
Herren-Zugstiefel, gewollt, Spezialität, 7 M.
" " ohne Naht, Spiegel, 8,50 M.
" " Befah u. Knopfverzierung 3,90, 4,50,
5,50, 6,50, 7,50 bis 15 M.
" Agraffenstiefel, Befah, 6,50, 7,50, 8,50 bis
18 M.
" Schnür-, Zug-, Haus-, Kellenschuhe in den
verschiedenen Dessins und Preislagen.
Arbeitschuh, reell, solid, kräftig, 4,50 bis 6,50 M.
Schaffstiefel, Reitstiefel.
Damen-Zugstiefel 2,60, 3,50, 4,50, 5,50 bis 14 M.
" Knopf-u. Schnürstiefel, elegant, mit Befah u. Kappe,
von 5,50 M. an.
" Schnürschuhe von 3,50 M. an.
" Hausschuhe von 3,00 M. an.
Knaben-, Mädchen- u. Kinder-Stiefel u. Schuhe,
äußerst solid gearbeitet,
zu anerkannt sehr billigen Preisen.
Ballschuhe in den geschmackvollsten Mustern von 2,50 M. an.
Größe Auswahl in Gummi-, Turn-, Reise- u. Filz-
schuhen, sowie Pantoffeln in allen Preislagen.
Die Verkaufspreise werden von der Fabrik aus auf
die Sohlen aufgestempelt, daher jede Ueberschneidung
ausgeschlossen. [6402*]
Verkaufsstellen:
Berlin SW., Belle-Alliance-
straße 102.
W. Schillstraße 12.
Stettin, Neffschlagerstraße 14.
Hannover, Marktplatz 7a.
Hamburg, Steinstraße 18.
Bremen, Hauptstraße 5.
Düsseldorf, Schadowstraße 57.
Ahn a. Rh., Fingelstein 66.
Frankfurt a. M., Neudamm-
berg 29.
Biel 67.
München, Sendlingerstraße 10.
Dachauerstraße 83.
Landsbergerstraße 7.
Humboldtstr. 22.
Amalienstr. 23.

Die Produktiv- und Einkaufsgenossenschaft für Radfahrer
ermöglicht Jedermann, durch ihr Spar- und Arbeitslohn-System in den
Besitz eines guten und billigen Fahrrades und aller Bedarfsartikel
zu kommen, wenn man derselben als Mitglied beitrete. 140b
Geschäftsstelle: Sickingenstr. 7.

Charlottenburg!
Grosses Lager! [517L*]
Reparaturen gut und billig.
Uhrmacher F. Kunstmann, Wallstr. 1.

Möbel auf Theilzahl. Oranienstr. 131.
Konstante H. & M. Lewent. Beamten
Zahl.-Beb.

Mähr's Theater
Oranienstr. 21.
Täglich Vorstellung.
Täglich:
Gediegene Gesellschaft.
Schwan von Leopold Gfy.
Und das gesammte Personal.
Sonntag 6 Uhr.
Wons haben Wochentags Gültigkeit.

Achtung! Vereine.
Zwei Zimmer, 20 u. 40 Personen
fassend, empfiehlt Ernst Tier.
Alte Jakobstraße 119.

Neu-Beigeniee, Bäckerei
Büchstr. 34
ist die
billigste sofort zu vermieten. Bis
zum 1. April d. J. ist die Bäckerei
mietbefrei. — Näheres beim
Bemalter Metzger. 44/28

Sophastoffe
auch Kette
in Nips, Damast, Crepe,
Phantasia, Gobelin und
Wisch spottbillig! [6124*]
Proben franko!
in allen Qualitäten
zu haben.
Berlin S.,
Oranienstr.
Emil Lafèvre, Nr. 158.
Betten, Steppdecken, Gardinen,
Vorhänge, Winterpolster,
Kissen, Klemmenten, Regulatoren,
Operngläser spottbillig. Handliche
Neanderstr. 6.

Unserem Gesangsbruder Max
Lehmann zu seinem heutigen
Wochenfest ein donnerndes Hoch!!!
Der Stiefelklub vom Sonntag.
Sonntag, den 12. d. M., Form.
10 Uhr im Restaurant Woll-
schlagler, Crandstr. 193:
General-Versammlung
der Kranken- u. Begräbnis-
der Zeitschriften u. Berufs-
(G. d. Nr. 17) zu Berlin.
Tages-Ordnung:
1. Jahres-Bericht. 2. Vorhand-
wähl. 3. Statutenänderung (S. 21,
Abf. 1.) 4. Verschiedenes.
5. Quittungsbuch legitimirt.
505b Der Vorstand.

Achtung! Achtung!
Friedrichsberg!
Die Jahreshilfe des Vereins zur
Wahrung der Interessen der
Maurer Berlins und Umgegend,
sowie der Bauhandwerker-Kranken-
kasse (G. d. Nr. 118) befindet sich
jetzt bei Oswald Grauer,
„Restaurant zum Landhause“, Gürtel-
straße Nr. 22.
129/3 Der Vorstand.

Unser Hausbrot
Brot wiegt jetzt 5 Pfd.
„Wilhelma“, Dampfbrotfabrik,
Andreasstr. 32. [2805]
Speck, unger., 65 Pf.
Schinken, 65 Pf.
Thür-Rothwurst, 30 Pf.
Zwiebelwurst, 50 Pf.
ff. Leberwurst, 75 Pf.
Schlachtwurst, 85 Pf.
Salami, 85 Pf.
Mettwurst, 80 Pf.
Braunschw. Mett-
wurst, 85 Pf.
E. Klähn, Köpcke-
straße 163.
Telephon-Nr. IV 5151.

Kranke! Halber ein Jahr neues
Geschäftsbrot zu verl. Annahmehung,
Brins Albersstr. 5a, bei Bergert.

Arbeitsmarkt.
Achtung, Holzarbeiter!
Bei der Firma
Fork, Kreischarmar & Co.
Barnimstr. 13.
(Magazin Jannowitz-Brücke), haben
sämtliche Tischler wegen Differ-
enzen die Arbeit niedergelegt.
Zuzug fernhalten!
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Holzarbeiter.
Bei der Firma Carl Latze
(Adlerhof) haben sämtliche
Tischler wegen Differenzen die
Arbeit eingestellt. 70/20
Zuzug ist fernzuhalten.

Ledermodelleure
finden bei gutem Lohn (81/9*)
sogar dauernde Beschäftigung
bei O. Schellin, Wilhelmstr. 55, Berlin.
Liniere, zweifelhafte, auf Ver-
sicherungs-Maschinen, wollen sich melden
bei Hofmann, Zumpo & Comp., Ge-
schäftsbücherei, Holzmarktstr. 67.
Wami, auf Damen-Jaquetts verl.
Dr. Isosky, Gdritzerstr. 70, v. H.
Stieperlin auf Hosen im Hause,
Kaiser, Kottbuserstr. 36, I, 4. [4996]

Phantasia-Federn.
Geübte Arbeiterinnen finden dauernde
Stellung. Wilhelm Freytag,
Kommandantenstr. 80/81, II. [45/2*]

Dirigent
Sucht alter Gesangsverein für Mitt-
woch. Offerten an Emil Schmidt,
Stalderstr. 54a. 5026

Tüchtige Schlosser, aber nur
solche, stellt die Wärdische Metall-
warenfabrik Wenzel u. Co.,
Reubenbergerstr. 5, ein. Meldezeit von
8-10 Uhr Sonntags. 501b

Mehrere Schraubendreher gesucht
bei Wille, Kopfsch. 1. 8312*

Tüchtiger Vergolder
sowie mehrere erste
Schriftenmaler
erhalten sofort bei hohem Lohn
dauernde Stellung.

Wilh. Borgmann,
Ratingen-Düsseldorf.
Größe und bedeutende Firmen-
schreiber-Fabrik.
Tiegeldruckerinnen
verlag Buchdruckerei Felschenfeld,
5105 Beuthstr. 19.

Putzfedern!
Sehrschönen, 14-16 Jahre, beschliffen,
gegen sofortige Vergütung Schreyer,
Hollmannstr. 17. 504b

Zeitungsfrau
mit Hilfe, im Potsdamer Viertel
wohnend, Lohn 24 M., sucht Fuchs,
Leipzigerstr. 29. 503b

Zettelvertheiler
mit polizeil. Legitimation, wollen sich
heute Vormittag von 9-10 melden
bei Mörchel, Lindenstr. 36. 509b